

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2001

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

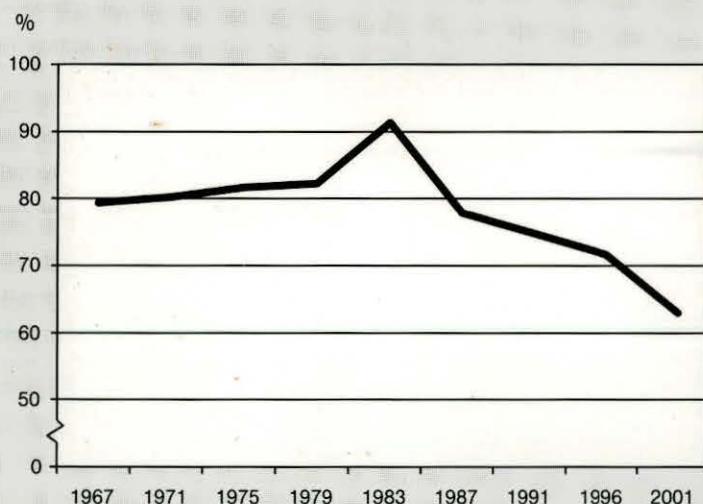
September

Oktober

November

Dezember

Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 1967 bis 2001



Inhalt

Die Wahl zum 14. Landtag Rheinland-Pfalz am 25. März 2001 – Ergebnisse und erste Analysen –	65	Erstmals hat das Statistische Landesamt noch am Wahlabend eine Analyse der Landtagswahl erstellt. Im Mittelpunkt stehen dabei die Zusammenhänge zwischen ausgewählten demographischen, sozialen sowie ökonomischen Merkmalen und der Wahlentscheidung.
Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 2000	88	In Rheinland-Pfalz verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2000 besser als 1999. Einen maßgeblichen Einfluss hatte der Außenhandel mit einer hohen Exportdynamik. Anders als im Vorjahr kamen nicht zuletzt dadurch aus dem verarbeitenden Gewerbe wieder nachhaltige positive Impulse.
Kurzbeiträge	106	Neuregelung der Statistiken in der Elektrizitätsversorgung ab Januar 2001
Anhang	25*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	31*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Die Landtagswahl am 25. März 2001

– Amtliches Endergebnis –

Nur rund 62% der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger haben von ihrem Recht, den 14. Landtag Rheinland-Pfalz zu wählen, auch Gebrauch gemacht. Damit ist die Wahlbeteiligung auf den niedrigsten Stand seit Bestehen des Landes gesunken.

Die SPD ist eindeutiger Gewinner dieser Landtagswahl mit einer Erhöhung ihres Anteils um fast fünf Prozentpunkte gegenüber der Landtagswahl 1996. Mit einem Stimmenanteil von 44,7% ist sie nun die mit deutlichem Abstand stärkste Partei in Rheinland-Pfalz.

Der Stimmenanteil der CDU verringerte sich auf 35,3% (-3,4 Prozentpunkte). Das ist das niedrigste Anteilsergebnis der CDU bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz.

Auch die F.D.P. hatte Verluste bei ihrem Stimmenanteil zu verzeichnen. Ihr Anteil (7,8%) liegt um etwas über einen Prozentpunkt niedriger als 1996. Trotz dieser Einbußen bleiben die Freien Demokraten, die seit 1991 mit der SPD gemeinsam die Landesregierung bilden, die drittstärkste politische Kraft in Rheinland-Pfalz.

Der Stimmenanteil der GRÜNEN ging erstmals seit ihrer Beteiligung an rheinland-pfälzischen Landtagswahlen (1983) zurück. Sie erreichten nur 5,2% (-1,7 Prozentpunkte).

Die Sitzverteilung im Landtag wird sich aufgrund des Wahlergebnisses wie folgt ändern: SPD 49 Sitze (+6), CDU 38 Sitze (-3), F.D.P. 8 Sitze (-2), GRÜNE 6 Sitze (-1).

Als Teil des „Bürgerorientierten Informationsdienstes“ des Statistischen Landesamtes sind die vorläufigen Ergebnisse der Landtagswahl bereits zeitnah in einer mehrteiligen Veröffentlichungsreihe dokumentiert:

- Teil 1: Landesergebnis, Kreisergebnisse
- Teil 2: Landesergebnis, Verbandsgemeindergebnisse
- Teil 3: Wahlanalyse
- Teil 4: Repräsentative Wahlstatistik (in Vorbereitung)

Ein Beitrag zur Wahlanalyse ist auch in dem vorliegenden Heft veröffentlicht. Eine Dokumentation mit den endgültigen Ergebnissen wird folgen. Alle Publikationen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems bestellt werden:

Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45,
Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15,
E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

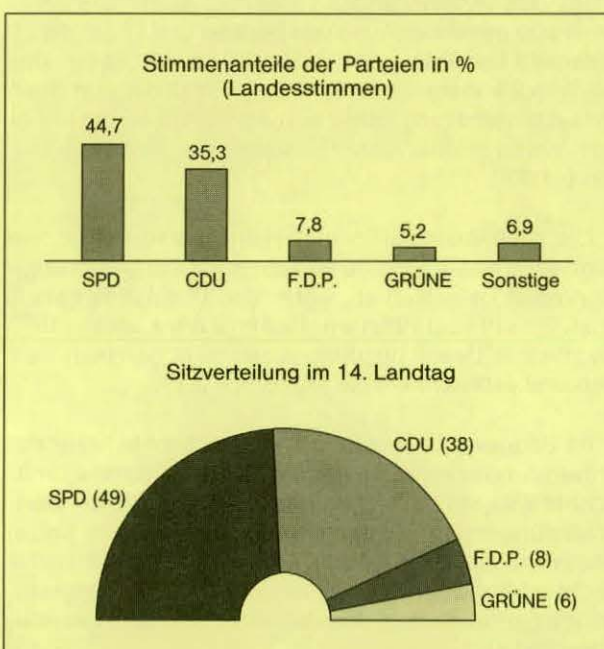
Darüber hinaus werden alle Ergebnisse bis zur Gemeindeebene über das Internet – www.statistik-rp.de – bereitgestellt.

Die Landtagswahl am 25. März 2001

– Amtliches Endergebnis –

	Wahlkreisstimmen		Landesstimmen	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Wahlberechtigte	3 025 090		3 025 090	
Wähler	1 879 960	62,1	1 879 960	62,1
Ungültige Stimmen	62 040	3,3	46 114	2,5
Gültige Stimmen	1 817 920	96,7	1 833 846	97,5
SPD	789 660	43,4	820 610	44,7
CDU	723 214	39,8	647 238	35,3
F.D.P.	134 729	7,4	143 427	7,8
GRÜNE	92 702	5,1	95 567	5,2
REP	23 417	1,3	44 586	2,4
ödp	4 603	0,3	5 458	0,3
NPD	559	0,0	9 110	0,5
PBC	314	0,0	5 379	0,3
FWG	46 470	2,6	46 549	2,5
Tierschutz	-	-	15 922	0,9
Bürgerliste	551	0,0	-	-
Jansen	395	0,0	-	-
NATURGESETZ	376	0,0	-	-
PDS	660	0,0	-	-

Ergebnis der Landtagswahl 2001



Gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2000 in Rheinland-Pfalz besser als 1999

Das Bruttoinlandsprodukt, die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen, ist im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr real, d. h. von Preiseinflüssen bereinigt, um 3,1% gestiegen. Damit verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr wesentlich besser als 1999 (+1,3%) und auch etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt (+3%).

Auf dem Arbeitsmarkt hat die wirtschaftliche Entwicklung für mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit gesorgt. Im Jahresdurchschnitt 2000 waren in Rheinland-Pfalz 1,9% mehr Personen erwerbstätig als 1999. Die Arbeitslosenquote, berechnet auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, sank binnen Jahresfrist von 9,1 auf 7,7%.

Einen positiven Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung hatte der Außenhandel. Die weiterhin zügige Expansion der Weltwirtschaft und insbesondere der anhaltende Boom in den USA hatten maßgeblichen Anteil an einer hohen Ausfuhrdynamik. Überdies hat sich durch die deutliche Abschwächung des Euro die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus dem Euro-Raum erheblich verbessert.

Anders als im Vorjahr kamen im Jahr 2000 aus dem verarbeitenden Gewerbe wieder nachhaltige positive Impulse für die rheinland-pfälzische Wirtschaft. Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten setzten 119,6 Mrd. DM um. Das waren 5,2% mehr als im Jahr zuvor. Trotz der günstigen Umsatzentwicklung setzte sich der bereits in den früheren Jahren beobachtete Rückgang der Beschäftigung fort (-1,3%).

Die rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen schlossen das Jahr 2000 allerdings mit insgesamt stagnierenden Umsätzen ab, wobei das Vorjahresergebnis um 0,2% unterschritten wurde. Ähnlich wie bereits 1999 konnte das Beschäftigungsniveau nicht gehalten werden und verzeichnete ein Minus von 2,7%.

Im Baugewerbe war immerhin eine leichte Aufwärtsentwicklung erkennbar, während sich im Bundesdurchschnitt hier ein deutlicher Rückgang der realen Wertschöpfung ergab. Die baugewerblichen Umsätze sind in Rheinland-Pfalz im letzten Jahr zwar nominal leicht angestiegen. Die Entwicklung der Auftragseingänge gab im Verlauf des Jahres jedoch kein einheitliches Bild ab.

Wesentlich beigetragen zum Wirtschaftswachstum haben aber auch wiederum die Dienstleistungsbereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister.

Im rheinland-pfälzischen Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen – übertraf die nominale Umsatzentwicklung 2000 das Vorjahresergebnis deutlich (+4,1%). Die Beschäftigtenzahl (-0,2%) blieb insgesamt geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 88.

Positive Umsatzentwicklung im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe

Im Jahr 2000 konnte das rheinland-pfälzische Gastgewerbe seine Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 1,8% steigern. Überdurchschnittlich hoch waren insbesondere die Zuwächse in der Hotellerie (Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen), die vor dem Hintergrund einer nachhaltigen Aufwärtsentwicklung beim Gäste- und Übernachtungsaufkommen eine Umsatzsteigerung von 6,8% verbuchte.

In Restaurants, Cafes, Eisdielen und Imbissshallen blieb der Umsatz gegenüber 1999 nahezu konstant (+0,2%). Im sonstigen Gaststättengewerbe, zu dem Schankwirtschaften, Diskotheken und Tanzlokale gehören, gingen die Umsätze dagegen um 3% zurück. el

Erstmals mehr Rotwein- als Weißweinrebsorten gepflanzt

Im Weinwirtschaftsjahr 1999/2000 wurden in Rheinland-Pfalz erstmals mehr rote als weiße Rebsorten gepflanzt. Von den insgesamt 2200 ha Wiederanpflanzungen entfielen über 60% auf Rotweinsorten. Mit dem geänderten Anbauverhalten reagieren die Winzer auf die steigende Nachfrage nach Rotwein. Dornfelder (557 ha) lag in der Gunst der Winzer erneut weit vorn, vor allem in Rheinhessen und der Pfalz. Mehr Spätburgunder (280 ha) als Riesling (253 ha) und mehr Blauer Portugieser (190 ha) als Müller-Thurgau (120 ha) verdeutlichen den Wandel in der Rebsortenstruktur.

Knapp 66 700 ha bestockte Rebfläche gab es im Sommer 2000 im größten Weinbaugebiet Deutschlands. Davon entfielen ein knappes Viertel (23%) auf Riesling und 19% auf Müller-Thurgau. Der Kerner erreichte 8%, Silvaner und Portugieser jeweils rund 7% und Dornfelder knapp 6%. ka

Die Wahl zum 14. Landtag Rheinland-Pfalz am 25. März 2001 – Ergebnisse und erste Analysen –

Bei der Landtagswahl am 25. März 2001 überschritt die Zahl der Wahlberechtigten erstmals die Grenze von 3 Mill. Bürgerinnen und Bürgern, das waren rund 38 000 mehr als 1996. Damit wurde die höchste Zahl von Wahlberechtigten seit Bestehen des Landes erreicht; bei der ersten Landtagswahl 1947 waren rund 1,7 Mill. Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer wahlberechtigt. Neben dem amtlichen Endergebnis wird in diesem Beitrag die Analyse der Zusammenhänge zwischen ausgewählten demographischen, sozialen sowie ökonomischen Merkmalen und der Wahlentscheidung vorgestellt. Die Analyse wurde auf der Basis der vorläufigen Wahlergebnisse noch in der Wahlnacht erstellt.

Wahlbeteiligung sowie Ergebnisse der Parteien und Wählergruppen

Wahlbeteiligung auf neuem Tiefststand

Nur etwa 62% der über 3 Mill. Wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger haben von ihrem Recht, den 14. Landtag Rheinland-Pfalz zu wählen, Gebrauch gemacht. Damit ist die Wahlbeteiligung zum vierten Mal hintereinander gesunken, und zwar auf den niedrigsten Stand seit Bestehen des Landes. Der Rückgang gegenüber 1996 betrug 8,7 Prozentpunkte. Das ist die stärkste Abnahme in der Geschichte der rheinland-pfälzischen Landtagswahlen – abgesehen von dem Rückgang um 13,4 Prozentpunkte im Jahr 1987, der in erster Linie dadurch zu erklären ist, dass 1983 die Landtagswahl gleichzeitig mit der Bundestagswahl bei entsprechend hoher Wahlbeteiligung stattfand.

Damit ist Rheinland-Pfalz, dessen Bürgerinnen und Bürger zuvor im Vergleich zu den anderen Bundesländern immer recht fleißige Wähler waren, ins Mittelfeld zurückgefallen. Von den Ländern, in denen seit der letzten Bundestagswahl im September 1998 gewählt wurde, war das Interesse nur noch in Brandenburg (September 1999) und in Nordrhein-Westfalen (Mai 2000) deutlich schwächer als in Rheinland-Pfalz. Dort gab nur etwas mehr als die Hälfte der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme ab.

Wieder einmal gab es in den rheinland-pfälzischen Städten eine deutlich geringere Beteiligung als „auf dem Land“: Für die kreisfreien Städte errechnete sich eine Wahlbeteiligung von rund 58%, für die verbands-

Wahlberechtigte, Wähler und Nichtwähler bei den Landtagswahlen 1947 bis 2001

Wahljahr	Wahlberechtigte	Wähler		Nichtwähler	
	Anzahl		%	Anzahl	%
1947	1 666 547	1 298 567	77,9	367 980	22,1
1951	2 021 104	1 512 643	74,8	508 461	25,2
1955	2 151 228	1 634 750	76,0	516 478	24,0
1959	2 266 778	1 749 227	77,2	517 551	22,8
1963	2 363 313	1 784 261	75,5	579 052	24,5
1967	2 387 307	1 872 966	78,5	514 341	21,5
1971	2 584 585	2 052 908	79,4	531 677	20,6
1975	2 648 336	2 141 144	80,8	507 192	19,2
1979	2 717 051	2 211 862	81,4	505 189	18,6
1983	2 811 713	2 541 834	90,4	269 879	9,6
1987	2 866 516	2 205 967	77,0	660 549	23,0
1991	2 928 865	2 163 556	73,9	765 309	26,1
1996	2 987 099	2 114 933	70,8	872 166	29,2
2001	3 025 090	1 879 960	62,1	1 145 130	37,9

**Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen seit der letzten Bundestagswahl 1998
sowie deren Veränderung zur jeweils vorangegangenen Landtagswahl**

Bundesland	Wahltermin	Wahl- beteiligung	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
Wahlbeteiligung/Stimmenanteile in %						
Hessen	07.02.1999	66,4	39,4	43,4	5,1	7,2
Bremen	06.06.1999	60,1	42,6	37,1	2,5	8,9
Brandenburg	05.09.1999	54,3	39,3	26,6	1,9	1,9
Saarland	05.09.1999	68,7	44,4	45,5	2,6	3,2
Thüringen	12.09.1999	59,9	18,5	51,0	1,1	1,9
Sachsen	19.09.1999	61,1	10,7	56,9	1,1	2,6
Berlin	10.10.1999	65,5	22,4	40,8	2,2	9,9
Schleswig-Holstein	27.02.2000	69,5	43,1	35,2	7,6	6,2
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	56,7	42,8	37,0	9,8	7,1
Baden-Württemberg	25.03.2001	62,6	33,3	44,8	8,1	7,7
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	62,1	44,7	35,3	7,8	5,2
Veränderung zur vorangegangenen Landtagswahl in Prozentpunkten						
Hessen	07.02.1999	0,1	1,4	4,2	- 2,3	- 4,0
Bremen	06.06.1999	- 8,5	9,2	4,5	- 0,9	- 4,1
Brandenburg	05.09.1999	- 2,0	- 14,8	7,9	- 0,3	- 1,0
Saarland	05.09.1999	- 14,8	- 5,0	6,9	0,5	- 2,3
Thüringen	12.09.1999	- 14,9	- 11,1	8,4	- 2,1	- 2,6
Sachsen	19.09.1999	2,7	- 5,9	- 1,2	- 0,6	- 1,5
Berlin	10.10.1999	- 3,1	- 1,2	3,4	- 0,3	- 3,3
Schleswig-Holstein	27.02.2000	- 2,3	3,3	- 2,0	1,9	- 1,9
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	- 7,3	- 3,2	- 0,7	5,8	- 2,9
Baden-Württemberg	25.03.2001	- 5,0	8,2	3,5	- 1,5	- 4,4
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	- 8,7	4,9	- 3,4	- 1,1	- 1,7

freien Gemeinden von über 59% und für die Verbandsgemeinden von mehr als 64%. Mit -9,2 Prozentpunkten verzeichneten die kreisfreien Städte und verbandsfreien Gemeinden den stärksten Rückgang der Wahlbeteiligung; in den Verbandsgemeinden ging der Wähleranteil um 8,3 Prozentpunkte zurück.

Die höchste Wahlbeteiligung wurde mit 73% in der Verbandsgemeinde Cochem-Land, die niedrigste mit 53% in Idar-Oberstein ermittelt. Der stärkste Rückgang ergab sich mit über 15 Prozentpunkten in der Verbandsgemeinde Puderbach im Landkreis Neuwied.

SPD bleibt in Rheinland-Pfalz stärkste Partei und baut ihren Vorsprung kräftig aus

Die SPD ist eindeutiger Gewinner dieser Landtagswahl mit einer Erhöhung ihres Anteils um fast fünf Prozentpunkte. Mit einem Stimmenanteil von 44,7% hat sie

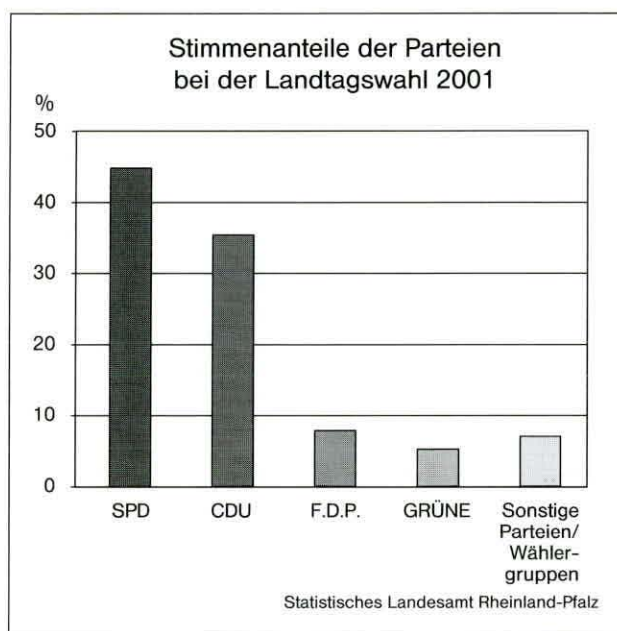
ihr vormals bestes Ergebnis von 1991 praktisch eingestellt. Damit ist die SPD nun die mit deutlichem Abstand stärkste Partei in Rheinland-Pfalz.

Die SPD verbesserte ihren Stimmenanteil, da sie eine fast unveränderte Gesamtzahl an Stimmen von rund 820 000 erreichen konnte, während die Zahl aller gültigen Stimmen um fast 230 000 sank. Die Sozialdemokraten hatten also geringere Mobilisierungsprobleme.

Ihr bestes Ergebnis erzielten die Sozialdemokraten mit über 60% in der Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler, wie die SPD im Landkreis Kusel überhaupt vergleichsweise stark abgeschnitten hat. Schwach im Vergleich zum Landesergebnis ist die SPD nach wie vor in der Eifel; in der Verbandsgemeinde Adenau (Landkreis Ahrweiler) musste sie mit etwas über 26% (fast 20 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt) ihr schlechtestes Ergebnis hinnehmen. Den stärksten Rückgang ihres Stimmenanteils gab es für die Sozialdemokraten in der Verbandsgemeinde Daaden

Ergebnisse der Landtagswahlen 2001 und 1996

Merkmal	2001		1996		Veränderung 2001 gegenüber 1996	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	Prozent- punkte
Wahlberechtigte	3 025 090		2 987 099		37 991	
Wähler	1 879 960	62,1	2 114 933	70,8	- 234 973	- 8,7
Ungültige Stimmen	46 114	2,5	51 207	2,4	- 5 093	0,1
Gültige Stimmen	1 833 846	97,5	2 063 726	97,6	- 229 880	- 0,1
SPD	820 610	44,7	821 539	39,8	- 929	4,9
CDU	647 238	35,3	798 166	38,7	- 150 928	- 3,4
F.D.P.	143 427	7,8	184 426	8,9	- 40 999	- 1,1
GRÜNE	95 567	5,2	142 665	6,9	- 47 098	- 1,7
Sonstige Parteien/Wählergruppen	127 004	6,9	116 930	5,7	10 074	1,2

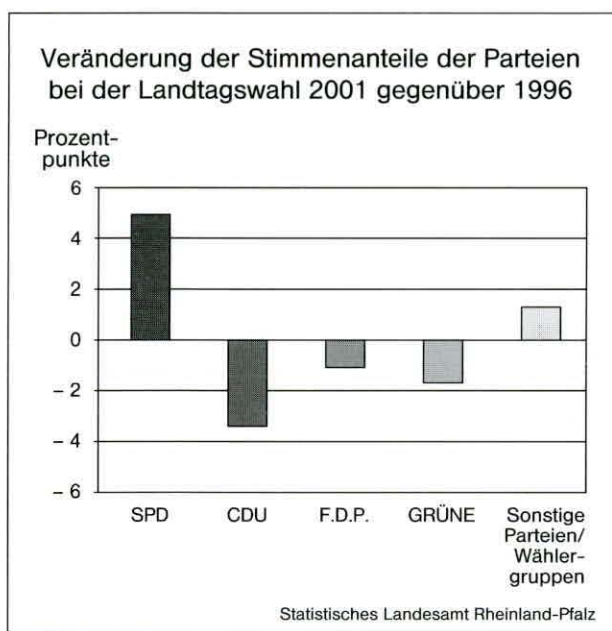


(Landkreis Altenkirchen) mit –3,2 Prozentpunkten; den kräftigsten Zugewinn konnten sie mit über zehn Prozentpunkten in der verbandsfreien Gemeinde Boppard verbuchen. In der Vergangenheit lag die SPD in Boppard stets hinter der CDU. Hier erzielten die Sozialdemokraten meistens unterdurchschnittliche Ergebnisse, während die CDU oft über ihrem Landesdurchschnitt lag. Nun liegt in Boppard die SPD vorne. Ganz ähnlich verhält es sich in vielen anderen Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden.

CDU musste schlechtestes Ergebnis bei Landtagswahlen hinnehmen

Nachdem der Stimmenanteil der CDU bei den Landtagswahlen 1991 und 1996 bei rund 39% stagnierte, verringerte er sich jetzt auf 35,3%. Das ist das niedrigste Anteilsergebnis der CDU bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz. Dieses Ergebnis geht auf einen überproportionalen Rückgang ihrer Wählerzahl zurück: Die Union verlor per Saldo gegenüber 1996 rund 151 000 Wählerinnen und Wähler.

Ihre besten Ergebnisse erzielte die CDU in der Eifel, so in der Verbandsgemeinde Ulmen (Landkreis Cochem-Zell) mit knapp über 55% und in der Verbandsgemeinde Adenau (Landkreis Ahrweiler) mit knapp unter 55%. Schlechte Ergebnisse gab es vor allem in den Verbandsgemeinden des Landkreises Kusel, insbesondere in der Verbandsgemeinde Glan-Münchweiler, wo die CDU nur auf 20,1% kam, sowie in den Verbandsgemeinden Daaden (Landkreis Altenkirchen) und Kirn-Land (Landkreis Bad Kreuznach), wo sie ebenfalls nur um die 20% erreichte. Lediglich in 13 von 212 Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden bzw. kreisfreien Städten konnte die CDU zulegen; den höchsten Zugewinn erzielte sie in der Verbandsgemeinde Rodalben (Landkreis Südwestpfalz) mit knapp zwei Prozentpunkten. Den stärksten Verlust mit über zehn Prozentpunkten mussten die Christdemokraten in der Verbandsgemeinde Hillesheim im Landkreis Daun hinnehmen.



F.D.P. verfehlte ihr gutes Ergebnis von 1996

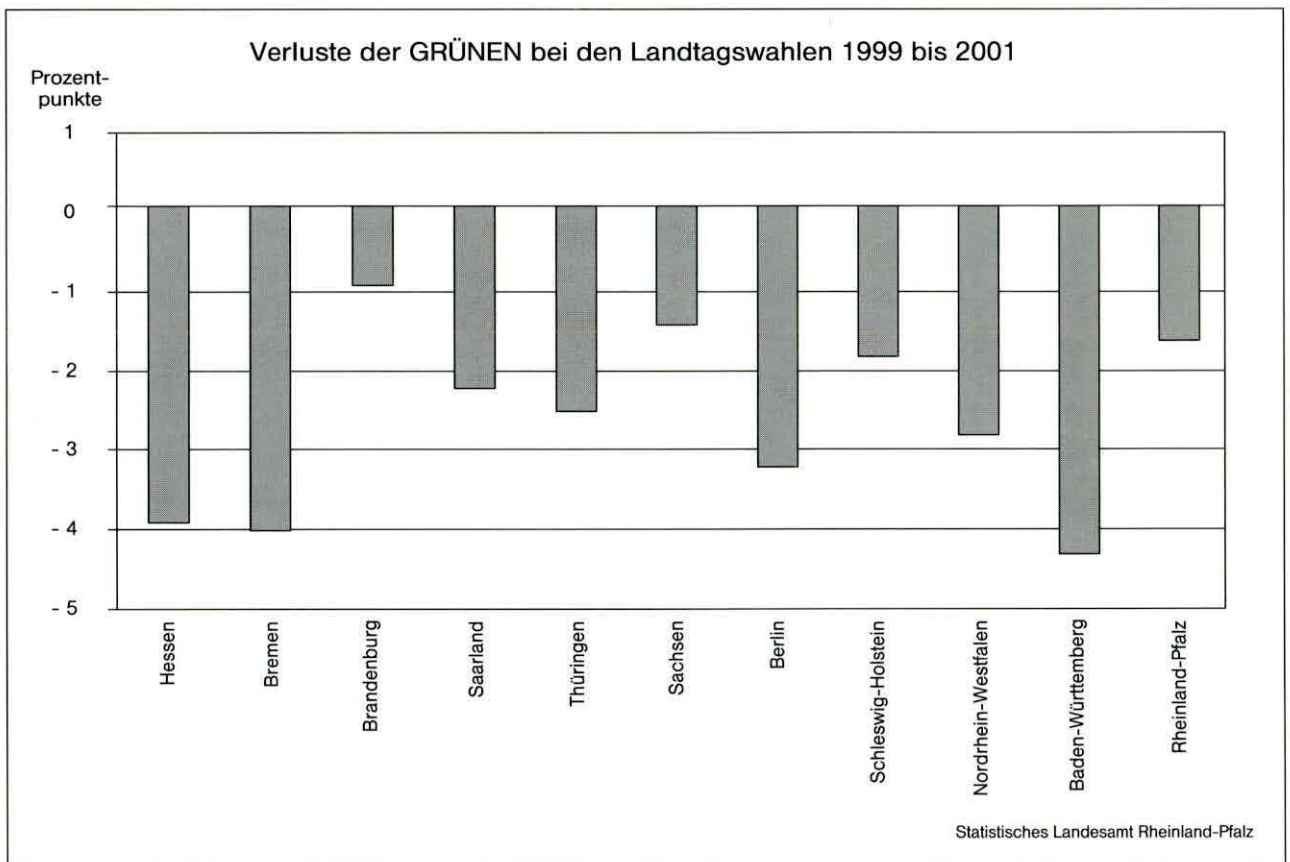
Auch die F.D.P. hatte Verluste nicht nur bei ihrem Stimmenanteil, sondern auch bei der Wählerzahl zu verzeichnen. Ihr Stimmenanteil ging um etwas über einen Prozentpunkt zurück; die Wählerzahl sank um über 40 000. Trotz dieser Einbußen bleiben die Freien Demokraten, die seit 1991 mit der SPD gemeinsam die Landesregierung bilden, die drittstärkste politische Kraft in Rheinland-Pfalz.

Ihr Spitzenergebnis holte die F.D.P. in der Verbandsgemeinde Daaden (Landkreis Altenkirchen), wo sie über 24% der Stimmen für sich verbuchen konnte. Am deutlichsten unter ihrem Landesdurchschnitt blieben die Freien Demokraten in der Verbandsgemeinde Rülzheim im Landkreis Germersheim. In Daaden gab es für die F.D.P. auch die stärksten Gewinne mit sechs Prozentpunkten. Die höchsten Verluste verzeichnete die Partei in der Verbandsgemeinde Wachenheim an der Weinstraße (Landkreis Bad Dürkheim); hier verlor sie 5,6 Prozentpunkte.

GRÜNE auch in Rheinland-Pfalz im Abwärtstrend

Der Stimmenanteil der GRÜNEN ging erstmals seit ihrer Beteiligung an rheinland-pfälzischen Landtagswahlen (1983) zurück. Nachdem sie 1996 noch 6,9% erzielt hatten, erreichten sie bei dieser Wahl nur 5,2%; das sind 1,7 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren. Der Abwärtstrend der GRÜNEN bei Landtagswahlen, der nach der Bundestagswahl 1998 begann, setzte sich also fort.

Die GRÜNEN erzielten ihre besten Ergebnisse wieder in den Universitätsstädten Mainz und Trier mit über 10%. Besonders schwach schnitten sie in der Verbandsgemeinde Wallhalben (Landkreis Südwestpfalz) ab, wo sie nur 1,6% der gültigen Stimmen erhielten. Die GRÜNEN konnten nur in den verbandsfreien Gemeinden Lambsheim und Römerberg (beide im Landkreis Ludwigshafen) sowie in der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues (Landkreis Bernkastel-Wittlich) ihr Ergebnis verbessern,



wobei der größte Zugewinn lediglich 0,8 Prozentpunkte betrug. Ansonsten gab es nur Verluste, den höchsten (-5,6 Prozentpunkte) in der Verbandsgemeinde Rodalben im Landkreis Südwestpfalz.

FWG konnte nicht in den Landtag einziehen

Erstmals seit 1987 haben sich die Freien Wählergruppen wieder an einer Landtagswahl beteiligt. Ihr Ziel, in den rheinland-pfälzischen Landtag einzuziehen, haben sie verfehlt; sie erreichten lediglich einen Anteil von 2,5% an den gültigen Stimmen. Die Freien Wählergemeinschaften werden also auch weiterhin nur in kommunalen Parlamenten vertreten sein.

Ihre besten Ergebnisse erzielte die FWG in der Pfalz; in der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd kam sie auf beachtliche 14,5% Stimmenanteil und in der Verbandsgemeinde Wachenheim an der Weinstraße (Landkreis Bad Dürkheim) auf 12,3%. In Kaiserslautern-Süd haben alle etablierten Parteien Anteile eingebüßt. Die FWG kam noch in zwei weiteren Verbandsgemeinden auf über 10% der gültigen Stimmen, und zwar in Deidesheim (Landkreis Bad Dürkheim) und Göllheim (Donnersbergkreis). Das schwächste Ergebnis gab es für die FWG in der Verbandsgemeinde Rhaunen (Landkreis Birkenfeld); dort erhielt sie nur 0,4% der gültigen Stimmen.

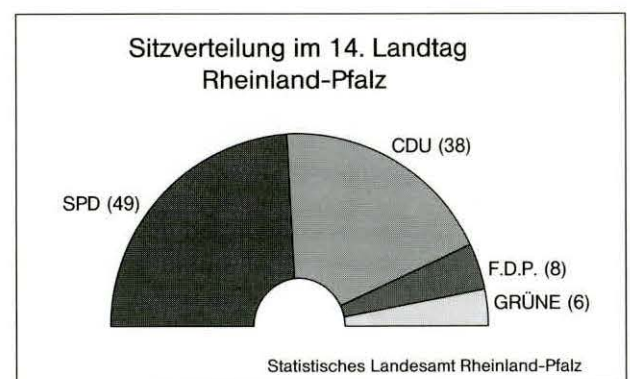
Sitzverteilung im neuen Landtag Rheinland-Pfalz

Der 14. Landtag Rheinland-Pfalz wird sich aus 101 Abgeordneten zusammensetzen, es gibt keine Überhang- und Ausgleichsmandate. Von den 101 Sitzen hat

die SPD durch ihr gutes Abschneiden bei der Wahl am 25. März 2001 nunmehr 49 Sitze für sich gewinnen können, das sind sechs mehr als im 13. Landtag. Die Sozialdemokraten haben die absolute Mehrheit im Landtag nur um zwei Mandate verfehlt. Für die CDU werden 38 Abgeordnete im neuen rheinland-pfälzischen Parlament sitzen, drei weniger als in der vergangenen Legislaturperiode. Die F.D.P. erhält acht Sitze, zwei weniger als 1996. Die GRÜNEN müssen im neuen Landtag auf einen Sitz verzichten, ihnen haben die Wählerinnen und Wähler sechs Mandate zugebilligt.

Nichtwähleranteil erneut höher als Wähleranteile der Parteien

Der Rückgang der Wahlbeteiligung hinterlässt deutliche Spuren bei den Wähleranteilen der Parteien (Anteil an der Zahl der Wahlberechtigten).



**Nichtwähleranteil und Wähleranteile der Parteien an den Wahlberechtigten insgesamt
bei den Landtagswahlen 1967 bis 2001**

Wahljahr	Nichtwähler	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
Anteil an den Wahlberechtigten in %					
1967	21,5	28,4	36,1	6,4	-
1971	20,6	31,8	39,2	4,7	-
1975	19,2	30,9	43,2	4,5	-
1979	18,6	34,0	40,3	5,1	-
1983 ¹⁾	9,6	35,4	46,5	3,1	4,0
1987	23,0	29,5	34,2	5,5	4,5
1991	26,1	32,5	28,1	5,0	4,7
1996	29,2	27,5	26,7	6,2	4,8
2001	37,9	27,1	21,4	4,7	3,2
Veränderung zur vorangegangenen Wahl in Prozentpunkten					
1971	- 0,9	3,4	3,1	- 1,7	-
1975	- 1,4	- 0,9	4,0	- 0,2	-
1979	- 0,6	3,1	- 2,9	0,6	-
1983 ¹⁾	- 9,0	1,4	6,2	- 2,0	-
1987	13,4	- 5,9	- 12,3	2,4	0,5
1991	3,1	3,0	- 6,1	- 0,5	0,2
1996	3,1	- 5,0	- 1,4	1,2	0,1
2001	8,7	- 0,4	- 5,3	- 1,5	- 1,6

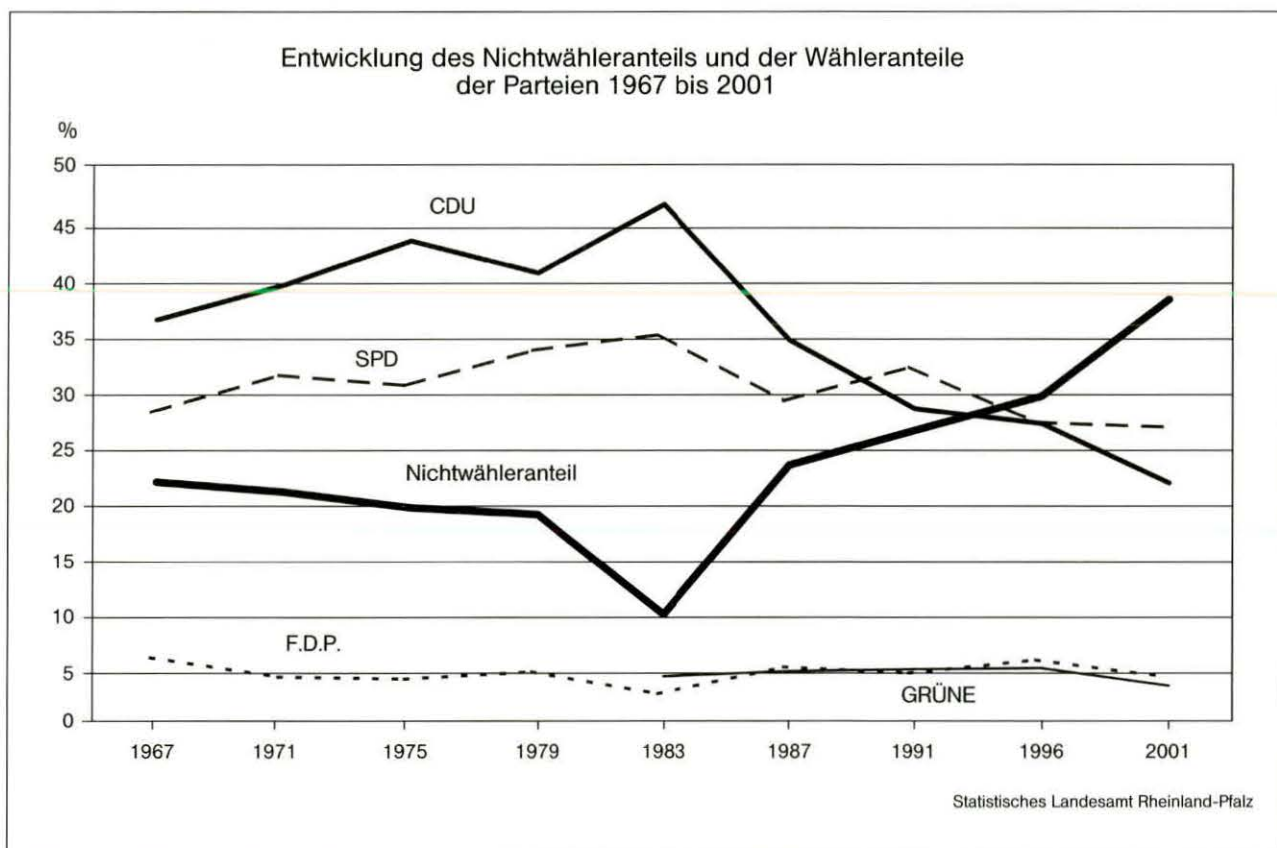
1) 1983 fand am gleichen Tag die Bundestagswahl statt.

Der Wähleranteil der SPD ist fast gleich geblieben; die Sozialdemokraten finden bei 27,1% der Wahlberechtigten Zustimmung, da die Zahl der Wahlberechtigten gegenüber 1996 nur leicht angestiegen und die Zahl der SPD-Wähler annähernd gleich geblieben ist.

Der Wähleranteil der CDU an den Wahlberechtigten ist gegenüber der Landtagswahl 1996 um 5,3 Prozent-

punkte gesunken. Die Christdemokraten finden nur noch bei etwa einem Fünftel der Wahlberechtigten Unterstützung.

Die Zahl der Nichtwähler ist gegenüber 1996 um mehr als 270 000 gestiegen (+31,3%). Der Anteil der Nichtwähler an den Wahlberechtigten liegt jetzt bei über einem Drittel (37,9%).



Einflüsse der demographischen, sozialen und ökonomischen Struktur auf Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung¹⁾

Überdurchschnittliche Wahlbeteiligung in ländlichen Räumen, schwächere Wahlbeteiligung in städtisch geprägten Gebieten

Wichtige Einflussgrößen auf die Wahlbeteiligung sind Bevölkerungsdichte, Ausländeranteil, Haushaltsstruktur, Wirtschaftsstruktur, Pendleranteil und Arbeitslosigkeit – dies zeigte eine umfangreiche Untersuchung des Statistischen Landesamtes im Vorfeld der Landtagswahl.²⁾ An diesen Grundzusammenhängen hat sich auch bei der Landtagswahl 2001 kaum etwas geändert (vgl. Korrelationstabelle und Tabellen im Anhang).

Die Wahlbeteiligung war deutlich niedriger als im Landesdurchschnitt in Gebieten, wo Bevölkerungsdichte und Ausländeranteil hoch sind, wo die Menschen vor allem in kleinen Haushalten (mit ein oder zwei Personen) leben, wo in der Betriebsgrößenstruktur häufiger auch größere Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten anzutreffen sind, wo es viele Einpendler gibt und eine vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit herrscht. In diesen Gebieten lag die Wahlbeteiligung zwischen 1,7 und 3,9 Prozentpunkte unter dem Landesdurchschnitt und zwischen 3,3 und 6,5 Prozentpunkte unter der Beteiligung in den Gebieten mit niedrigen Anteilswerten dieser Merkmale. Den stärksten gegensätzlichen statistischen Zusammenhang zur Wahlbeteiligung weist die Arbeitslosigkeit auf, der Korrelationskoeffizient beläuft sich bei diesem Merkmal auf $-0,42$.

Im Gegensatz dazu gab es auch diesmal eine höhere Wahlbeteiligung in Gebieten mit einem eher ländlichen Charakter, wo die Bevölkerungsdichte niedrig ist, viele Beschäftigte auspendeln, kleinbetriebliche Strukturen (Betriebe mit weniger als zehn Beschäftigten) vorherrschen, der Selbständigenanteil hoch ist und im Vergleich zum Landesdurchschnitt größere Haushalte mit vier und mehr Personen hohe Anteile aufweisen. In diesen Gebieten lag die Wahlbeteiligung bis zu 3,4 Prozentpunkte über der landesdurchschnittlichen Beteiligung. Allerdings ist auch hier das Interesse an der Wahl rückläufig, jedoch im Schnitt weniger als in den anderen Räumen.

Über dem Landesdurchschnitt lag die Wahlbeteiligung auch in Gebieten mit einem hohen Angestelltenanteil, mit einem hohen Anteil von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, einem hohen Anteil an Absolventen der Haupt- oder Realschule und einem hohen Katholikenanteil.

SPD in ihren traditionellen Gebieten stark

Wie schon bei der vorangegangenen Wahl 1996 schnitt die SPD in Gebieten mit einem hohen Anteil an evangelischen Kirchenangehörigen, einem hohen Arbeitslosenanteil, einem hohen Anteil an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, einem hohen Anteil von

Zwei-Personen-Haushalten und einem hohen Arbeiteranteil überdurchschnittlich gut ab. Deutlich über dem Landesdurchschnitt lag die SPD in Regionen mit einem hohen Anteil an evangelischen Kirchenangehörigen (fast fünf Prozentpunkte darüber) und an Arbeitslosen (fast zwei Prozentpunkte darüber). In Gebieten mit einem hohen Anteil an evangelischen Kirchenangehörigen lag die SPD sogar rund neun Prozentpunkte über ihrem Ergebnis in Gebieten mit einem niedrigen Anteil; bei den Arbeitslosen betrug der Unterschied des Stimmenanteils der SPD zwischen Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und solchen mit niedriger Arbeitslosigkeit fast fünf Prozentpunkte. Diese beiden Merkmale wiesen auch die höchsten positiven Korrelationen zum Stimmenanteil der SPD auf (mit $+0,62$ bzw. $+0,33$). Bei den Merkmalen Beschäftigte im produzierenden Gewerbe, Zwei-Personen-Haushalte und Arbeiteranteil ergaben sich zwischen Gebieten mit jeweils hohem bzw. niedrigem Anteil Unterschiede in den Stimmenanteilen der SPD von bis zu 2,8 Prozentpunkten.

Mit schwächeren Ergebnissen mussten sich die Sozialdemokraten in Regionen begnügen, in denen der Abiturientenanteil, der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich, der Angestelltenanteil und der Selbständigenanteil hoch ist. Allerdings konnte die SPD hier gegenüber 1996 überall deutliche Ergebnisverbesserungen erzielen.

Am deutlichsten unter ihrem Landesergebnis lag die SPD wie schon bei früheren Wahlen in Gebieten mit einem hohen Katholikenanteil. Der Abstand zu Gebieten mit einem niedrigen Katholikenanteil belief sich auf über neun Prozentpunkte. Dieser Zusammenhang ließ sich statistisch auch am deutlichsten nachweisen (der Korrelationskoeffizient betrug bei diesem Merkmal $-0,59$). Allerdings sind die Zugewinne der SPD in den katholischen Hochburgen bemerkenswert. Der Abstand der SPD zu den Christdemokraten beläuft sich nun nur noch auf weniger als zwei Prozentpunkte, während er früher bei etwas über zehn Prozentpunkten lag.

CDU verlor auch in Gebieten mit hohem Katholikenanteil

Für das Wahlergebnis der CDU spielt nach wie vor der Katholikenanteil die wichtigste Rolle – wenn auch mit weiter abnehmender Tendenz (die Korrelation ist deutlich schwächer geworden). Auch bei dieser Wahl lag die Union in den katholischen Hochburgen (Gebiete mit einem Katholikenanteil von über 67%) mit $+6,5$ Prozentpunkten deutlich über ihrem Landesdurchschnitt. Allerdings hat sich der Vorsprung der CDU gegenüber der SPD in den Katholikenhochburgen stark verringert.

Gute Ergebnisse verbuchte die CDU darüber hinaus in Gebieten mit einem hohen Anteil an großen Haushalten mit vier und mehr Personen sowie in Regionen mit einem hohen Anteil an Beschäftigten in der Landwirtschaft und an Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss. Der Unterschied zu Gebieten mit niedrigen Anteilen dieser Merkmale belief sich auf zum Teil über drei Prozentpunkte.

¹⁾ Diese Aggregatdatenanalyse beruht auf der Auszählung von Stimmbezirken mit insgesamt 96% der Wahlberechtigten.

²⁾ Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz vor der Landtagswahl 2001 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen. Bad Ems 2001.

Korrelationen zwischen der Wahlbeteiligung bzw. den Stimmenanteilen der Parteien
bei den Landtagswahlen 2001 und 1996 und sozialstrukturellen Merkmalen
(Korrelationskoeffizienten nach Bravais-Pearson)

Merkmal	Wahl- beteiligung	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige
Landtagswahl 2001						
Bevölkerungsdichte	- 0,29	0,05	- 0,18	- 0,06	0,53	0,03
Ausländer	- 0,29	0,02	- 0,11	- 0,08	0,43	0,05
Evangelische Kirchenangehörige	- 0,01	0,62	- 0,70	0,17	- 0,10	0,40
Katholische Kirchenangehörige	0,12	- 0,59	0,73	- 0,17	- 0,08	- 0,39
Ein-Personen-Haushalte ¹⁾	- 0,39	0,03	- 0,13	0,04	0,62	- 0,08
Zwei-Personen-Haushalte ¹⁾	- 0,23	0,23	- 0,27	- 0,01	- 0,07	0,10
Haushalte mit vier und mehr Personen ¹⁾	0,39	- 0,15	0,24	0,05	- 0,49	- 0,05
Haupt- oder Realschulabschluss	0,17	0,14	0,21	- 0,16	- 0,76	0,08
Abitur	- 0,10	- 0,15	- 0,22	0,17	0,76	- 0,12
Selbständige ^{1) 2)}	0,29	- 0,18	0,11	0,30	- 0,15	- 0,04
Arbeiter	0,00	0,21	0,10	- 0,13	- 0,61	0,15
Angestellte	0,09	- 0,13	- 0,23	0,09	0,42	0,04
Arbeitslose	- 0,42	0,33	- 0,21	- 0,16	0,02	0,13
Beschäftigte in der Landwirtschaft	0,32	- 0,16	0,08	0,08	- 0,15	0,24
Beschäftigte im produzierenden Gewerbe	0,12	0,19	- 0,06	- 0,15	- 0,54	0,32
Beschäftigte im Dienstleistungsbereich	- 0,05	- 0,14	- 0,13	0,10	0,59	- 0,13
Beschäftigte in kleinen Arbeitsstätten ^{2) 3)}	0,41	- 0,06	0,03	0,04	- 0,36	0,17
Beschäftigte in großen Arbeitsstätten ^{3) 4)}	- 0,38	0,09	- 0,10	- 0,11	0,34	- 0,06
Eipendler	- 0,30	0,01	0,02	0,08	0,32	- 0,21
Auspendler	0,45	- 0,04	0,02	- 0,02	- 0,46	0,16
Landtagswahl 1996						
Bevölkerungsdichte	- 0,41	- 0,06	- 0,18	- 0,13	0,47	0,44
Ausländer	- 0,41	- 0,09	- 0,15	- 0,13	0,43	0,49
Evangelische Kirchenangehörige	- 0,02	0,70	- 0,79	0,18	- 0,01	0,36
Katholische Kirchenangehörige	0,14	- 0,63	0,81	- 0,16	- 0,17	- 0,48
Ein-Personen-Haushalte ¹⁾	- 0,59	- 0,10	- 0,15	- 0,04	0,57	0,28
Zwei-Personen-Haushalte ¹⁾	- 0,18	0,31	- 0,29	- 0,06	- 0,03	0,14
Haushalte mit vier und mehr Personen ¹⁾	0,54	- 0,08	0,28	0,12	- 0,47	- 0,38
Haupt- oder Realschulabschluss	0,18	0,23	0,11	- 0,23	- 0,77	- 0,09
Abitur	- 0,06	- 0,22	- 0,10	0,27	0,77	0,00
Selbständige ^{1) 2)}	0,33	- 0,20	0,15	0,56	- 0,19	- 0,34
Arbeiter	- 0,08	0,26	- 0,01	- 0,30	- 0,63	0,16
Angestellte	0,30	- 0,13	- 0,12	0,25	0,49	0,03
Arbeitslose	- 0,61	0,31	- 0,33	- 0,30	0,08	0,42
Beschäftigte in der Landwirtschaft	0,40	- 0,19	0,10	0,28	- 0,18	0,05
Beschäftigte im produzierenden Gewerbe	0,23	0,30	- 0,15	- 0,22	- 0,49	0,27
Beschäftigte im Dienstleistungsbereich	- 0,05	- 0,22	- 0,02	0,20	0,59	- 0,04
Beschäftigte in kleinen Arbeitsstätten ^{2) 3)}	0,58	0,04	0,06	0,21	- 0,35	- 0,21
Beschäftigte in großen Arbeitsstätten ^{3) 4)}	- 0,52	0,01	- 0,13	- 0,22	0,34	0,32
Eipendler	- 0,50	- 0,11	0,00	- 0,03	0,28	0,09
Auspendler	0,70	0,10	0,06	0,10	- 0,42	- 0,19

*) Angaben aus der Volkszählung bzw. Arbeitsstättenzählung 1987; die übrigen Merkmale beziehen sich auf das Jahr 1999. – 1) Einschließlich mithelfende Familienangehörige. – 2) Arbeitsstätten mit weniger als 10 Beschäftigten. – 3) Arbeitsstätten mit 100 und mehr Beschäftigten.

Alle genannten Merkmalskonstellationen sind insbesondere in ländlichen Gegenden anzutreffen, sodass der Schluss gezogen werden kann, dass die CDU nach wie vor insbesondere in Gebieten mit ländlicher Prägung relativ stark ist. Entsprechend lag die Union in den Gebieten mit einer hohen Bevölkerungsdichte um 2,6 Prozentpunkte unter ihrem Stimmenanteil in Gebieten mit einer niedrigen Bevölkerungsdichte.

Sehr schwache Anteilsergebnisse musste die CDU in den Regionen mit einem hohen Anteil an evangelischen Kirchenangehörigen und in Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit hinnehmen. In den erstgenannten Regionen

verfehlte sie ihren Landesdurchschnitt um fast sechs Prozentpunkte, in den zweitgenannten um 1,5 Prozentpunkte. In den Regionen mit hohem Anteil an evangelischen Kirchenangehörigen betrug der Abstand der Christdemokraten zu den Sozialdemokraten rund 20 Prozentpunkte. Der Unterschied zwischen dem christdemokratischen Stimmenanteil in Regionen mit einem hohen Anteil an evangelischen Kirchenangehörigen und solchen mit einem niedrigen Anteil betrug mehr als zwölf Prozentpunkte. In Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit war der Stimmenanteil der CDU über vier Prozentpunkte niedriger als in Gebieten mit geringer Arbeitslosigkeit.

Vergleichsweise schwach war die Union auch in Gebieten mit einem hohen Ausländeranteil sowie einem hohen Anteil an Angestellten und an Personen mit Abitur. Hier verlor sie auch überdurchschnittlich. Ebenfalls schwach war sie in Gebieten mit einem hohen Anteil an kleinen Haushalten, an Großbetrieben und an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, wobei ihre Verluste in diesen Regionen im Landesdurchschnitt lagen oder sogar geringer waren.

F.D.P. nach wie vor stark in Gebieten mit vielen Selbständigen

Am deutlichsten über ihr Landesergebnis kam die F.D.P. in Gebieten mit einem hohen Selbständigenanteil; sie erzielte dort 8,7% und damit fast einen Prozentpunkt mehr als im Landesdurchschnitt. Der Abstand zu Gebieten mit niedrigem Selbständigenanteil belief sich auf 1,6 Prozentpunkte.

Leicht überdurchschnittlich waren die Ergebnisse der Freien Demokraten darüber hinaus in Regionen mit einem hohen Anteil an Abiturienten und an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich.

Schlechter als im Landesdurchschnitt schnitten die Liberalen in Gebieten mit vielen Arbeitern und vielen Arbeitslosen ab.

GRÜNE in den städtischen Räumen überdurchschnittlich

Die GRÜNEN haben auch bei dieser Wahl ihre besten Ergebnisse in Gebieten mit einem hohen Anteil an Abiturienten, hoher Bevölkerungsdichte sowie hohen Anteilen an Ausländern, an Ein-Personen-Haushalten, an Beschäftigten im Dienstleistungsbereich, an Beschäftigten in Großbetrieben, an Angestellten und an Pendlern erzielt. Dabei konnten zum Teil starke positive statistische Zusammenhänge festgestellt werden. Die mit Abstand stärkste positive Korrelation ergab sich zum Merkmal Abitur. Schwach schnitten die GRÜNEN dagegen in Regionen mit einem hohen Anteil an Personen mit Haupt- oder Realschulabschluss, an Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, an großen Haushalten, an Auspendlern und an Beschäftigten in Kleinbetrieben ab. Bis zu 1,1 Prozentpunkte lag die Partei in diesen Gebieten unter ihrem landesdurchschnittlichen Anteil an den gültigen Stimmen.

Entwicklung in den „Hochburgen“

Abgrenzung der Parteihochburgen

Ziel der Untersuchung der Parteihochburgen ist es, den Zusammenhang zwischen dem Landtagswahlergebnis einer Partei und den zugehörigen regionalen, sozialen und ökonomischen Strukturen bei der Wahl zu erkennen. Daher werden diejenigen Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und kreisfreien Städte als Hochburgen bezeichnet, in denen eine Partei bei der Landtagswahl 2001 ein um mindestens 20% über ihrem Landesdurchschnitt liegendes Ergebnis erzielen konnte.

Die Karten im Anhang verdeutlichen die regionalen Schwerpunkte der einzelnen Parteien. Die Hochburgen entsprechend der gewählten Definition sind dunkel markiert, die Verbandsgemeinden mit überdurchschnittlichem Ergebnis hell unterlegt. Dabei versteht sich, dass mit durchgängig steigendem Gesamtniveau einer Partei, wie im Falle der SPD bei dieser Landtagswahl, der Hochburg-Charakter der über dieses hohe Niveau hinausreichenden Werte dann nur noch seltener zu verzeichnen ist.

SPD-Hochburgen

Die Hochburgen der SPD befinden sich in der nördlichen Westpfalz, in der Region Rheinhessen-Nahe sowie in einigen rechtsrheinisch gelegenen Verbandsgemeinden. Besonders stark ist der Zuspruch für die Sozialdemokraten nach wie vor im Landkreis Kusel, wo fünf der sieben besten SPD-Ergebnisse erzielt wurden, sowie in den unmittelbar angrenzenden Gebieten. Die höchsten Stimmenanteile gab es für die SPD in den Verbandsgemeinden Glan-Münchweiler, Kirn-Land und Altenglan.

CDU-Hochburgen

Im nördlichen Rheinland-Pfalz zeigt sich, vor allem entlang der Landesgrenze nach Nordrhein-Westfalen und Belgien sowie im Landkreis Cochem-Zell, eine große räumlich zusammenhängende Schwerpunktreion der CDU. Daneben finden sich aber auch Gebiete

Verbandsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden und kreisfreie Städte
mit den jeweils besten Parteiergebnissen bei der Landtagswahl 2001

Rang	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE
1	VG Glan-Münchweiler	VG Ulmen	VG Daaden	Kfr St Mainz
2	VG Kirn-Land	VG Adenau	VG Kirchberg (Hunsrück)	Kfr St Trier
3	VG Altenglan	VG Wallmerod	VG Traben-Trarbach	Römerberg
4	VG Kusel	VG Asbach	VG Rhaunen	Ingelheim am Rhein
5	VG Kandel	VG Gebhardshain	VG Langenlonsheim	VG Heidesheim am Rhein
6	VG Wolfstein	VG Altenahr	VG Herrstein	Kfr St Landau i.d.Pfalz
7	VG Lauterecken	VG Treis-Karden	VG Simmern/Hunsrück	Kfr St Speyer
8	VG Meisenheim	VG Zell (Mosel)	VG Neumagen-Dhron	VG Nieder-Olm
9	VG Braubach	VG Cochem-Land	VG Rengsdorf	Alttrip
10	VG Bad Sobernheim	VG Rodalben	VG Zweibrücken-Land	Budenheim

Wahlergebnisse der Landtagswahl 2001 in den Parteihochburgen von 2001

Region	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	Sonstige
Stimmenanteile in %					
SPD-Hochburgen	56,1	24,5	7,1	4,4	7,9
CDU-Hochburgen	36,9	46,4	7,5	3,9	5,4
F.D.P.-Hochburgen	43,9	33,3	10,6	6,1	6,1
GRÜNE-Hochburgen	43,2	33,5	8,6	8,1	6,6
Rheinland-Pfalz	44,7	35,3	7,8	5,2	6,9
Veränderung 2001 gegenüber 1996 in Prozentpunkten					
SPD-Hochburgen	4,5	- 2,9	- 1,3	- 1,8	1,5
CDU-Hochburgen	4,9	- 3,2	- 0,8	- 1,7	1,0
F.D.P.-Hochburgen	5,5	- 4,1	- 1,1	- 1,5	1,2
GRÜNE-Hochburgen	6,1	- 4,5	- 1,5	- 1,4	1,2
Rheinland-Pfalz	4,9	- 3,4	- 1,1	- 1,7	1,2

im Westerwald sowie mehrere Verbandsgemeinden in der südlichen Pfalz als CDU-Hochburgen. Den Spitzenwert erzielten die Christdemokraten, wie bei den vorausgegangenen Wahlen, wieder in der Verbandsgemeinde Ulmen (Landkreis Cochem-Zell). Ebenfalls sehr hohe Stimmenanteile gab es in den Verbandsgemeinden Adenau (Landkreis Ahrweiler) und Wallmerod (Westerwaldkreis).

F.D.P.-Hochburgen

Die Regionen, in denen die F.D.P. besonders gut abschnitt, finden sich vor allem in der geographischen Mitte sowie im Norden von Rheinland-Pfalz im Kreis Altenkirchen (Westerwald). Neben der Region Rheinhessen-Nahe sind die Freien Demokraten im angrenzenden Rhein-Hunsrück-Kreis sowie im Landkreis Bernkastel-Wittlich gut vertreten. Ihr mit deutlichem Abstand höchstes Ergebnis erzielte die F.D.P. in der Verbandsgemeinde Daaden im Landkreis Altenkirchen (24,6%). Auf den nächsten Plätzen folgen die Verbandsgemeinden Kirchberg (Hunsrück) und Traben-Trarbach.

GRÜNE-Hochburgen

Die GRÜNE-Hochburgen liegen in erster Linie in Rheinhessen mit dem Zentrum Mainz. Daneben finden sich weitere Schwerpunkte in mehreren Städten und Verbandsgemeinden der südlichen Pfalz, so etwa in Landau. Außerdem sind die GRÜNEN in Trier und Umgebung sowie in den Städten Neustadt und Koblenz relativ stark vertreten. Den höchsten Stimmenanteil erzielten die GRÜNEN in der Landeshauptstadt mit einem noch etwas besseren Ergebnis als in Trier, danach folgt Römerberg (Landkreis Ludwigshafen) schon mit einem größeren Abstand.

Wahlverhalten in den Parteihochburgen

Trotz landesweiter Gewinne von 4,9 Prozentpunkten konnte sich die SPD in ihren Hochburgen nur um 4,5 Prozentpunkte verbessern. Dagegen entsprachen die Zugewinne der Sozialdemokraten in den CDU-Hoch-

burgen genau ihrer landesweiten Steigerung. In den Hochburgen der kleinen Parteien legte die SPD sogar um über fünf (F.D.P.-Hochburgen) bzw. sechs Prozentpunkte (GRÜNE-Hochburgen) zu.

Die Verluste der Christdemokraten lagen im Land bei einem Rückgang von 3,4 Prozentpunkten. Etwas schwächer waren die Verluste in ihren eigenen Hochburgen sowie in denen der Sozialdemokraten. Dagegen beliefen sich die CDU-Rückgänge in den Hochburgen von F.D.P. und GRÜNEN jeweils auf über vier Prozentpunkte.

Die Verluste der kleinen Parteien entsprachen über alle Parteihochburgen hinweg in etwa der jeweiligen landesweiten Tendenz. Für die F.D.P. lagen die höchsten Rückgänge in den Hochburgen der GRÜNEN, die geringsten Verluste gab es für die Freien Demokraten in den CDU-Hochburgen. Bei den GRÜNEN wurden die geringsten Verluste in ihren eigenen Hochburgen beobachtet, die stärksten in denen der Sozialdemokraten. Auffällig ist, dass sowohl SPD als auch CDU in den Hochburgen von F.D.P. und GRÜNEN mit ähnlichen Ergebnissen abschnitten.

Demographische, soziale und ökonomische Struktur in den Parteihochburgen

Die Konfessionsstruktur zeigt die bekannten Zusammenhänge. Der Anteil der Evangelischen in den SPD-Hochburgen beträgt über 60%. Besonders hoch ist der Katholikenanteil mit über 70% in den Hochburgen der Christdemokraten. Die Hochburgen der F.D.P. zeigen leicht überdurchschnittliche Anteile evangelischer Kirchenangehöriger.

Hinsichtlich der Beschäftigungssituation zeigt sich in den Parteihochburgen ein sehr differenziertes Bild. Die höchsten Arbeitslosenanteile finden sich in den SPD-Hochburgen, während in den Hochburgen der Christdemokraten für dieses Merkmal die niedrigsten Werte festgestellt wurden. Hohe Angestelltenanteile wurden in den Hochburgen der Freien Demokraten und vor allem der GRÜNEN registriert. Dagegen liegen in den Zentren der Christdemokraten und besonders der Sozialdemokraten die Anteile der Arbeiter über dem Landesdurchschnittswert. Die Selbständigen sind in den F.D.P.-Hochburgen deutlich überdurchschnittlich vertreten.

Soziale und ökonomische Strukturen in den Parteihochburgen der Landtagswahl 2001

Merkmal	Parteihochburgen				Rheinland-Pfalz
	SPD	CDU	F.D.P.	GRÜNE	
	%				
Anteil an der Gesamtbevölkerung 1999					
Evangelische Kirchenangehörige	63,7	16,2	37,9	27,7	33,1
Katholische Kirchenangehörige	23,8	70,9	41,5	49,4	48,5
Ausländer	4,6	5,7	8,3	10,4	7,6
Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte 1987					
Ein-Personen-Haushalte	21,0	22,5	29,2	35,9	27,8
Haushalte mit vier und mehr Personen	27,5	29,1	22,9	18,0	23,1
Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999					
Beschäftigte mit Hauptschul- oder Realschulabschluss	86,0	84,4	77,8	73,2	80,9
Beschäftigte mit Abitur	3,4	3,7	5,3	6,2	4,5
Anteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 1987					
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	11,1	12,6	13,1	10,5	11,4
Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999					
Arbeitslose	5,8	4,3	5,0	5,3	5,3
Angestellte	23,1	24,2	27,5	28,9	26,0
Arbeiter	25,2	23,5	21,2	18,7	22,1
Beschäftigte in der Landwirtschaft	0,4	0,5	0,6	0,4	0,5
Beschäftigte im produzierenden Gewerbe	20,7	19,0	17,3	13,9	18,3
Beschäftigte in Handel, Gastgewerbe und Verkehr	9,8	11,0	11,2	11,4	11,0
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich	17,3	17,2	19,6	21,9	18,2
Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1987					
Beschäftigte in kleinen Arbeitsstätten ¹⁾	38,8	36,1	28,7	21,0	28,0
Beschäftigte in großen Arbeitsstätten ²⁾	25,8	26,0	37,3	46,9	39,1

1) Arbeitsstätten mit weniger als 10 Beschäftigten. – 2) Arbeitsstätten mit 100 und mehr Beschäftigten.

Bei der Betrachtung der Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen zeigen sich für das produzierende Gewerbe die höchsten Beschäftigtenanteile in den SPD-Hochburgen. Besonders gering fällt der Anteil in den städtischen Hochburgen der GRÜNEN aus. Dort ist

der Dienstleistungssektor (Handel, Gastgewerbe, Verkehr, sonstiger Dienstleistungsbereich) erwartungsgemäß stark vertreten. In den F.D.P.-Hochburgen liegt der Anteil der Beschäftigten in den Dienstleistungsbereichen ebenfalls noch über dem Landeswert.

Entwicklung in den Wahlkreisen

Wahlkreisbewerberinnen und -bewerber

In den 51 Landtagswahlkreisen stellten sich insgesamt 264 Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die von 14 Parteien und Gruppierungen aufgestellt waren oder als Einzelbewerber ins Rennen gingen. Wie bereits bei der vorangegangenen Landtagswahl vor fünf Jahren hatten nur drei Parteien, nämlich SPD, CDU und F.D.P., in allen Wahlkreisen eine Direktkandidatin oder einen Direktkandidaten benannt. Die GRÜNEN waren in 47 Wahlkreisen mit einer Bewerberin oder einem Bewerber vertreten, viermal verzichtete die Partei darauf, sich in einem Wahlkreis um die Direktstimme zu bemühen. An fünfter Stelle mit der Zahl der Direktkandidaten standen die Freien Wählergruppen, die sich in 28 Wahlkreisen um ein Direktmandat bewarben. Von den Repu-

blikanern (REP) wurden in 17, von der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp) in zehn Wahlkreisen Bewerberinnen und Bewerber aufgestellt. Jeweils in zwei Wahlkreisen traten NPD, NATURGESETZ PARTEI und PDS mit Direktkandidaten an. Die Partei Bibeltreuer Christen und die Bürgerliste sowie ein freier Bewerber stellten sich jeweils in einem Wahlkreis zur Abstimmung.

Die größte Kontinuität in der Kandidatenaufstellung war bei den beiden großen Parteien zu finden. So gingen die Sozialdemokraten bei der aktuellen Wahl in 34 Wahlkreisen (66,7%) mit der gleichen Kandidatin bzw. dem gleichen Kandidaten wie 1996 ins Rennen. Bei der CDU war dies fast genauso häufig (33 Wahlkreise) der Fall. Die ebenfalls in allen 51 Wahlkreisen angetretenen Liberalen stellten nur in einem knappen Drittel der

Landes- und Bezirkslisten sowie Wahlkreisbewerber bei der Landtagswahl 2001

Name	Parteien und Wählvereinigungen mit Landes-/Bezirkslisten	Parteien und Wählvereinigungen mit Wahlkreisbewerbern/ Freier Bewerber	Davon in ... Wahlkreisen
SPD	X	X	51
CDU	X	X	51
F.D.P.	X	X	51
GRÜNE	X	X	47
REP	X	X	17
ödp	X	X	10
NPD	X	X	2
PBC	X	X	1
FWG	X	X	28
Tierschutz	X		
Bürgerliste		X	1
Jansen		X	1
NATURGESETZ		X	2
PDS		X	2
Wahlkreisbewerber insgesamt			264

Wahlkreise (16) die gleichen Bewerber wie vor fünf Jahren auf, 35-mal stellten sich neue Kandidaten zur Wahl. Den größten Wechsel verzeichneten die GRÜNEN. Von den 47 Frauen und Männern, die sich um die Wahlkreisstimmen der Bürgerinnen und Bürger bewarben, stellten sich 34 am 25. März 2001 erstmalig zur Wahl, nur 13 Direktkandidatinnen und -kandidaten (27,7%) waren bereits 1996 angetreten.

Anteile der Parteien bei den Wahlkreisstimmen

Die insgesamt deutlich geringere Wahlbeteiligung von 62,1% führte auch zu einer Abnahme der abgegebenen gültigen Wahlkreisstimmen. Nur noch rund 1,818 Mill. Rheinland-Pfälzer gaben in den 51 Wahlkreisen eine gültige Stimme ab, das waren 11,2% weniger als 1996. Von diesen Stimmen entfielen knapp 789 700 oder 43,4% auf einen Direktkandidaten oder eine Direktkandidatin der SPD, was einem um 2,1 Prozentpunkte höheren Anteil als vor fünf Jahren entspricht. Damit konnten die Sozialdemokraten 56 800 bzw. 6,7% weniger Stimmen als 1996 auf sich vereinen, während sie bei den Landesstimmen nur 0,1% weniger Stimmen erhielten. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass auf die Sozialdemokraten, anders als bei früheren Wahlen, insgesamt mehr Landes- als Wahlkreisstimmen entfielen. Die ebenfalls in allen Wahlkreisen mit einem Bewerber oder einer Bewerberin angetretene CDU erhielt bei der jetzigen Wahl nur noch gut 723 200 Wahlkreisstimmen. Das entspricht einem Anteil von 39,8%, 2,2 Prozentpunkte weniger als fünf Jahre zuvor. Die Stimmenzahl ging damit um über 137 600 Stimmen oder

16% zurück. Die Abnahme fiel allerdings geringer aus als bei den Landesstimmen (-18,9%), da ein Teil der Verluste durch das Stimmensplitting von Wählern aufgefangen wurde, die mit ihrer Landesstimme zwar eine andere Partei wählten, ihre Wahlkreisstimme aber einem CDU-Bewerber gaben. Als dritte Partei, die in allen 51 Wahlkreisen einen Kandidaten oder eine Kandidatin aufgestellt hatte, erhielt die F.D.P. rund 134 700 Wahlkreisstimmen. Ihr Anteil von 7,4% liegt wegen der bei den Wählern dieser Partei häufiger anzutreffenden getrennten Vergabe der beiden zur Verfügung stehenden Stimmen niedriger, als ihrem Landesstimmenanteil von 7,8% entspricht. Die GRÜNEN traten in 47 Wahlkreisen mit Direktkandidaten bzw. -kandidatinnen an und konnten 92 700 Wahlkreisstimmen gewinnen. Das waren fast 31% weniger als 1996. Der Anteil von 5,1% entsprach damit in etwa dem bei den Landesstimmen erreichten Anteil von 5,2%. Die Republikaner hatten in 17 Wahlkreisen einen Direktkandidaten bzw. eine Direktkandidatin aufgestellt, konnten aber nur rund 23 400 Stimmen oder 1,3% gewinnen (Landesstimmen: 2,4%). Die Freien Wählergruppen Rheinland-Pfalz traten in 28 Wahlkreisen an und erhielten gut 46 700 Stimmen bzw. einen Anteil von 2,6%, während sie bei den Landesstimmen einen Anteil von 2,5% erreichten. Die mit zehn Kandidaten angetretene ödp gewann, wie auch bei den Landesstimmen, 0,3%. Die sich jeweils in zwei Wahlkreisen zur Wahl stellenden Kandidaten der NPD, der NATURGESETZ PARTEI und der PDS spielten ebenso wie ein Kandidat der PBC, der Bürgerliste und ein freier Bewerber nur eine geringe Rolle (siehe Tabelle im Anhang).

Wahlkreismandate von SPD und CDU bei den Landtagswahlen 2001 und 1996 sowie Veränderung

Wahlkreismandate/Veränderung	SPD	CDU
Wahlkreismandate 1996	24	27
Wahlkreisgewinn durch gleiche Partei wie 1996	23	20
Zugewinn eines neuen Wahlkreises	7	1
Verlust eines bisherigen Wahlkreises	1	7
Wahlkreismandate 2001	30	21

SPD gewinnt die Mehrheit der Direktmandate

Wie bei allen Landtagswahlen seit Einführung des Zweistimmenwahlrechts 1991 waren in den 51 Wahlkreisen auch jetzt nur Direktkandidatinnen und -kandidaten der beiden großen Parteien SPD und CDU erfolgreich und konnten die hier zu vergebenden Mandate unter sich aufteilen. Dabei mussten die Christdemokraten allerdings deutliche Verluste hinnehmen. Sie erhielten nur noch in 21 Wahlkreisen die Mehrheit und stellen damit insgesamt sechs direkt gewählte Abgeordnete weniger als vor fünf Jahren. Dementsprechend verbesserte sich die SPD auf nunmehr 30 Direktmandate und erreichte damit die Mehrheit der in Persönlichkeitswahl zu vergebenden Landtagssitze. Eine Betrachtung der Einzelergebnisse für die 51 Landtagswahlkreise zeigt allerdings, dass die Veränderungen für beide Parteien noch etwas stärker waren, als ein erster Blick andeutet. So verlor die CDU insgesamt in sieben Wahlkreisen die Mehrheit an die Sozialdemokraten. Die SPD musste einen Wahlkreis, nämlich den Wahlkreis 34 Frankenthal (Pfalz), an die Christdemokraten abgeben.

In den 23 Wahlkreisen, die von den Sozialdemokraten, wie bereits 1996, auch jetzt gewonnen werden konnten, vergrößerte sich der Stimmenabstand zu dem Kandidaten der CDU in 18 Fällen, in fünf Wahlkreisen ist der Vorsprung des sozialdemokratischen Gewinners gegenüber dem zweitplatzierten CDU-Bewerber zurückgegangen. Besonders stark vergrößert, nämlich um über 6 200 Wahlkreisstimmen, hat sich der Abstand im Wahlkreis 18 Kirn/Bad Sobernheim. Der geringste Vorsprung ergab sich im Wahlkreis 45 Kaiserslautern-Land; hier lag der SPD-Bewerber nur um 141 Stimmen vor seinem christdemokratischen Mitbewerber. Die CDU verteidigte 20 ihrer 27 bei der Wahl 1996 gewonnenen Direktmandate, musste aber teilweise eine deutliche Verringerung des Stimmenvorsprungs gegenüber den SPD-Konkurrenten hinnehmen. In fünf Fällen vergrößerte sich allerdings auch der Abstand zwischen dem Wahlkreisgewinner der CDU und dem unterlegenen Bewerber der SPD. Am deutlichsten erhöhte sich gegenüber dem Ergebnis von 1996 der Stimmenvorsprung der Christdemokraten im Wahlkreis 48 Pirmasens; am geringsten war der Abstand zwischen dem siegreichen CDU-Kandidaten und dem an zweiter Stelle liegenden SPD-Bewerber im Wahlkreis 47 Pirmasens-Land, hier entschieden bei der aktuellen Wahl nur 20 Wahlkreisstimmen über den Gewinn des Mandats. In den sieben Wahlkreisen, die vor fünf Jahren von einem CDU-Bewerber gewonnen wurden und jetzt der SPD zufielen, vergrößerte sich der Abstand im Wahlkreis 28 Mainz II am stärksten. Der Stimmenvorsprung der CDU im Jahr 1996 in Höhe von gut 3 270 Wahlkreisstimmen verwandelte sich 2001 in einen SPD-Vorsprung von rund 1 940 Stimmen, womit die Veränderung des Abstands zwischen den Bewerbern der beiden Parteien gut 5 200 Stimmen beträgt. Im Wahlkreis 34 Frankenthal (Pfalz), in dem als einzigem Fall der CDU-Kandidat seinem Konkurrenten von den Sozialdemokraten 2001 den Wahlkreis abnehmen konnte, verwandelte sich der 1996 beobachtete Stimmenvorsprung der SPD von fast 1 280 Wählern in einen knappen Vorsprung der CDU in Höhe von gerade gut 180 Stimmen (siehe Tabelle im Anhang).

Differenz zwischen Wahlkreis- und Landesstimmen

Im Allgemeinen weisen die Wahlkreisbewerber der beiden großen Parteien einen höheren Stimmenanteil aus, als ihrer Partei nach den Landesstimmen im jeweiligen Wahlkreis zukommt. Der Hauptgrund dafür ist, dass diesen Kandidaten zum Teil auch die Wahlkreisstimmen von Wählerinnen und Wählern zugute kommen, die von einem Stimmensplitting Gebrauch machen und mit ihrer Landesstimme für kleinere Parteien und Gruppierungen votieren. Aus dem Abstand zwischen den auf einen Bewerber oder eine Bewerberin in einem Wahlkreis entfallenden Direktstimmen und den von der betreffenden Partei im gleichen Gebiet erreichten Landesstimmen wird immer wieder ein gewisser Rückschluss auf das Ansehen des Direktkandidaten und seiner Mitbewerber gezogen.

Bei der vorangegangenen Landtagswahl 1996 hatten die Kandidaten der SPD in 37 der 51 Wahlkreise ein besseres Stimmenergebnis erzielt als ihre Partei. Bei der jetzigen Wahl erhielt die SPD deutlich weniger Wahlkreis- als Landesstimmen, sodass nur noch in 13 Wahlkreisen der Wahlkreisbewerber besser als seine Partei abschnitt. Die höchste positive Differenz erreichte der sozialdemokratische Direktkandidat im Wahlkreis 49 Südliche Weinstraße, wo die Wahlkreisstimmen um mehr als 20% über den Landesstimmen der SPD lagen. Von den übrigen zwölf Wahlkreisen, in denen der SPD-Kandidat besser als seine Partei abschnitt, konnten die Sozialdemokraten sieben gewinnen. Bei dieser Wahl konnten 22 Wahlkreisbewerber der Sozialdemokraten einen Wahlkreis gewinnen, obwohl jeweils der Wahlkreisstimmenanteil unter dem Landesstimmenanteil ihrer Partei lag; 1996 war das sechsmal der Fall gewesen.

Vor fünf Jahren hatten alle CDU-Direktkandidaten jeweils ein besseres Ergebnis als ihre Partei; auch jetzt war das wieder, bis auf eine Ausnahme (Wahlkreis 49 Südliche Weinstraße), der Fall. Die prozentual größten positiven Abstände gegenüber dem Landesergebnis hatten CDU-Bewerber bei der aktuellen Wahl in 33 Wahlkreisen: Mit Werten zwischen 10 und 21,7% waren jeweils Differenzen im zweistelligen Bereich zu verzeichnen. Trotzdem konnten nur 16 dieser 33 Direktkandidaten ihren Wahlkreis auch gewinnen. 1996 war ein derart großer Abstand zwischen Wahlkreis- und Landesstimmen in elf Wahlkreisen zu beobachten, der allerdings in fünf Fällen nicht zum Sieg über den sozialdemokratischen Mitbewerber ausreichte (siehe Tabelle im Anhang).

Mögliche Auswirkungen eines Wechsels der Wahlkreisbewerberin bzw. des Wahlkreisbewerbers

Die SPD trat bei der jetzigen Wahl in 17 Wahlkreisen mit einer anderen Direktkandidatin bzw. einem anderen Direktkandidaten an als vor fünf Jahren. Auch bei der CDU fand in 18 Wahlkreisen im Vergleich zu 1996 ein Bewerberwechsel statt. Dabei trafen in vier Wahlkreisen neue SPD-Bewerber auch auf neue CDU-Mitkonkurrenten, während in den anderen Fällen entweder die neuen sozialdemokratischen oder die neuen christdemokratischen Kandidaten jeweils auf „etablierte“ Mitbewerber stießen. Die Untersuchung der Auswirkungen eines solchen Kandidatenwechsels ist nur sehr eingeschränkt aussagefähig, da auch die gleichzeitig einge-

tretenen Änderungen bei kleineren Parteien hinsichtlich ihres Antretens bzw. ihrer Bewerber sicherlich eine Rolle spielten.

Beim Anteil der Wahlkreisstimmen schnitt die SPD insgesamt im Vergleich zu 1996 mit jetzt 43,4% um 2,1 Prozentpunkte besser, die CDU mit 39,8% um 2,2 Prozentpunkte schlechter ab. Von den neu angetretenen sozialdemokratischen Direktkandidaten und -kandidatinnen gewann nur ein Bewerber Wahlkreisstimmen hinzu. Gegenüber der vorhergegangenen Landtagswahl hatten fünf weitere einen über dem Landesdurchschnitt liegenden Zuwachs des Stimmenanteils, elf schnitten anteilmäßig schlechter ab als ihre Vorgänger. Bei den 18 „Neuen“ der CDU nahm in sieben Fällen der Wahlkreisstimmenanteil gegenüber 1996 zu oder ging weniger stark zurück als im Landesdurchschnitt; die Übrigen hatten anteilmäßig stärkere Verluste beim Wahlkreisstimmenanteil als im Landesdurchschnitt.

Von den sieben Wahlkreisen, die ein SPD-Bewerber bzw. eine SPD-Bewerberin von der CDU neu hinzugewinnen konnte, trat in vier Fällen bei den Sozialdemokraten der gleiche Direktkandidat wie vor fünf Jahren an, wobei diese Bewerber auf ihren „alten“ CDU-Konkurrenten aus dem Wahljahr 1996 trafen. Auch im Wahlkreis 28 Mainz II, in dem sich der CDU-Vorsprung von 1996 in Höhe von 3 270 Stimmen in einen Vorsprung des SPD-Bewerbers in Höhe von 1 940 Stimmen am deutlichsten verwandelt hat, trafen die gleichen Kandidaten von CDU und SPD wie vor fünf Jahren aufeinander. In drei Fällen konnte der neue sozialdemokratische Direktkandidat dem erneut angetretenen Christdemokraten den Wahlkreis abnehmen.

Dr. Ludwig Böckmann
Diplom-Volkswirtin Petra Huege
Diplom-Volkswirt Thomas Kirschey
Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Anhang (Seite 78 bis 87)

Tabellen

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien bei den Landtagswahlen 2001 und 1996 für ausgewählte demographische, sozialstrukturelle und ökonomische Merkmale

Veränderung der Wahlkreisstimmen bei der Landtagswahl 2001 gegenüber 1996

Wahlkreismandate von SPD und CDU bei den Landtagswahlen 2001 und 1996 sowie Veränderung

Wahlkreis- und Landesstimmen von SPD und CDU in den Wahlkreisen bei der Landtagswahl 2001

Karten

Hochburgen der SPD

Hochburgen der CDU

Hochburgen der F.D.P.

Hochburgen der GRÜNEN

Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien bei den
Landtagswahlen 2001 und 1996 für ausgewählte demographische, sozialstrukturelle
und ökonomische Merkmale

Merkmal	2001			1996		
	Merkmalsanteil		Differenz	Merkmalsanteil		Differenz
	hoch ¹⁾	niedrig ²⁾		hoch ¹⁾	niedrig ²⁾	
	%		Prozent- punkte	%		Prozent- punkte
Bevölkerungsdichte (1999)						
Wahlbeteiligung	58,5	64,7	- 6,2	67,7	72,9	- 5,2
SPD	45,5	44,8	0,7	40,0	40,0	-
CDU	33,6	36,2	- 2,6	37,1	39,8	- 2,7
F.D.P.	7,6	7,8	- 0,2	8,3	9,3	- 1,0
GRÜNE	6,4	4,4	2,0	7,9	6,1	1,8
Ausländeranteil (1999)						
Wahlbeteiligung	58,7	64,6	- 5,9	67,9	72,8	- 4,9
SPD	44,5	44,5	-	37,9	39,9	- 2,0
CDU	34,7	35,9	- 1,2	39,0	39,8	- 0,8
F.D.P.	7,8	8,0	- 0,2	8,6	9,2	- 0,6
GRÜNE	6,3	4,3	2,0	8,1	6,0	2,1
Evangelische Kirchenangehörige (Anteil an der Gesamtbevölkerung 1999)						
Wahlbeteiligung	61,5	62,3	- 0,8	70,6	70,7	- 0,1
SPD	49,6	40,4	9,2	45,2	35,2	10,0
CDU	29,4	41,5	- 12,1	32,2	45,5	- 13,3
F.D.P.	8,4	7,7	0,7	9,6	8,7	0,9
GRÜNE	4,7	4,9	- 0,2	6,7	6,4	0,3
Katholische Kirchenangehörige (Anteil an der Gesamtbevölkerung 1999)						
Wahlbeteiligung	62,6	60,4	2,2	71,0	69,5	1,5
SPD	40,1	49,4	- 9,3	35,3	44,8	- 9,5
CDU	41,8	29,4	12,4	45,6	32,1	13,5
F.D.P.	7,6	8,2	- 0,6	8,6	9,4	- 0,8
GRÜNE	4,9	4,9	-	6,4	6,8	- 0,4
Ein-Personen-Haushalte (Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte 1987)						
Wahlbeteiligung	58,2	64,6	- 6,4	67,3	73,0	- 5,7
SPD	44,7	44,7	-	39,1	40,0	- 0,9
CDU	34,3	36,3	- 2,0	37,7	39,7	- 2,0
F.D.P.	7,9	7,5	0,4	8,7	8,7	-
GRÜNE	6,5	4,4	2,1	8,1	6,1	2,0
Zwei-Personen-Haushalte (Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte 1987)						
Wahlbeteiligung	60,4	63,7	- 3,3	69,6	71,7	- 2,1
SPD	45,6	42,8	2,8	41,0	37,3	3,7
CDU	34,2	37,4	- 3,2	37,6	41,2	- 3,6
F.D.P.	8,0	7,8	0,2	8,9	9,3	- 0,4
GRÜNE	5,1	5,6	- 0,5	6,8	7,3	- 0,5
Haushalte mit vier und mehr Personen (Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte 1987)						
Wahlbeteiligung	64,4	58,1	6,3	72,7	67,2	5,5
SPD	43,6	45,1	- 1,5	38,6	39,4	- 0,8
CDU	37,3	34,0	3,3	41,0	37,2	3,8
F.D.P.	8,2	7,8	0,4	9,4	8,7	0,7
GRÜNE	4,5	6,4	- 1,9	6,3	8,0	- 1,7

1) Verbandsgemeinden mit dem höchsten Anteil des jeweiligen Merkmals (ein Drittel der Wahlberechtigten). – 2) Verbandsgemeinden mit dem niedrigsten Anteil des jeweiligen Merkmals (ein Drittel der Wahlberechtigten).

noch: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien bei den
Landtagswahlen 2001 und 1996 für ausgewählte demographische, sozialstrukturelle
und ökonomische Merkmale

Merkmal	2001			1996		
	Merkmalsanteil		Differenz	Merkmalsanteil		Differenz
	hoch ¹⁾	niedrig ²⁾		hoch ¹⁾	niedrig ²⁾	
	%		Prozent- punkte	%		Prozent- punkte
Hauptschul- oder Realschulabschluss (Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999)						
Wahlbeteiligung	63,2	60,8	2,4	71,7	69,8	1,9
SPD	44,5	43,8	0,7	40,3	37,5	2,8
CDU	37,0	34,1	2,9	40,4	38,2	2,2
F.D.P.	7,7	8,3	- 0,6	8,5	10,0	- 1,5
GRÜNE	4,1	6,8	- 2,7	5,7	8,7	- 3,0
Abitur (Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1999)						
Wahlbeteiligung	62,2	62,9	- 0,7	70,7	71,6	- 0,9
SPD	43,6	44,8	- 1,2	37,8	40,7	- 2,9
CDU	34,4	36,7	- 2,3	38,5	40,0	- 1,5
F.D.P.	8,4	7,6	0,8	9,9	8,4	1,5
GRÜNE	6,8	4,0	2,8	8,4	5,7	2,7
Selbständige (Anteil an den Erwerbstätigen 1987)						
Wahlbeteiligung	64,2	60,3	3,9	72,4	69,7	2,7
SPD	43,8	45,4	- 1,6	38,7	40,5	- 1,8
CDU	35,6	34,5	1,1	39,4	37,7	1,7
F.D.P.	8,7	7,1	1,6	10,5	7,7	2,8
GRÜNE	4,9	5,5	- 0,6	6,7	7,3	- 0,6
Arbeiter (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)						
Wahlbeteiligung	61,9	63,4	- 1,5	70,7	71,7	- 1,0
SPD	45,5	43,2	2,3	41,2	37,4	3,8
CDU	35,5	35,0	0,5	38,3	39,2	- 0,9
F.D.P.	7,5	8,4	- 0,9	8,3	10,0	- 1,7
GRÜNE	4,1	6,7	- 2,6	5,8	8,3	- 2,5
Angestellte (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)						
Wahlbeteiligung	64,1	60,6	3,5	72,9	69,8	3,1
SPD	43,8	44,5	- 0,7	38,1	40,2	- 2,1
CDU	34,4	36,4	- 2,0	38,2	39,4	- 1,2
F.D.P.	8,5	7,9	0,6	10,0	8,9	1,1
GRÜNE	6,2	4,7	1,5	7,9	6,2	1,7
Arbeitslose (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)						
Wahlbeteiligung	58,4	64,9	- 6,5	67,3	73,1	- 5,8
SPD	46,5	41,8	4,7	41,6	36,7	4,9
CDU	33,8	38,2	- 4,4	36,6	42,3	- 5,7
F.D.P.	7,2	8,3	- 1,1	8,0	9,7	- 1,7
GRÜNE	5,2	5,0	0,2	7,0	6,5	0,5
Beschäftigte in der Landwirtschaft (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)						
Wahlbeteiligung	64,5	59,7	4,8	73,3	68,7	4,6
SPD	43,0	45,2	- 2,2	37,6	40,3	- 2,7
CDU	36,8	35,0	1,8	40,8	38,3	2,5
F.D.P.	8,2	7,9	0,3	9,9	8,4	1,5
GRÜNE	4,9	5,8	- 0,9	6,5	7,5	- 1,0

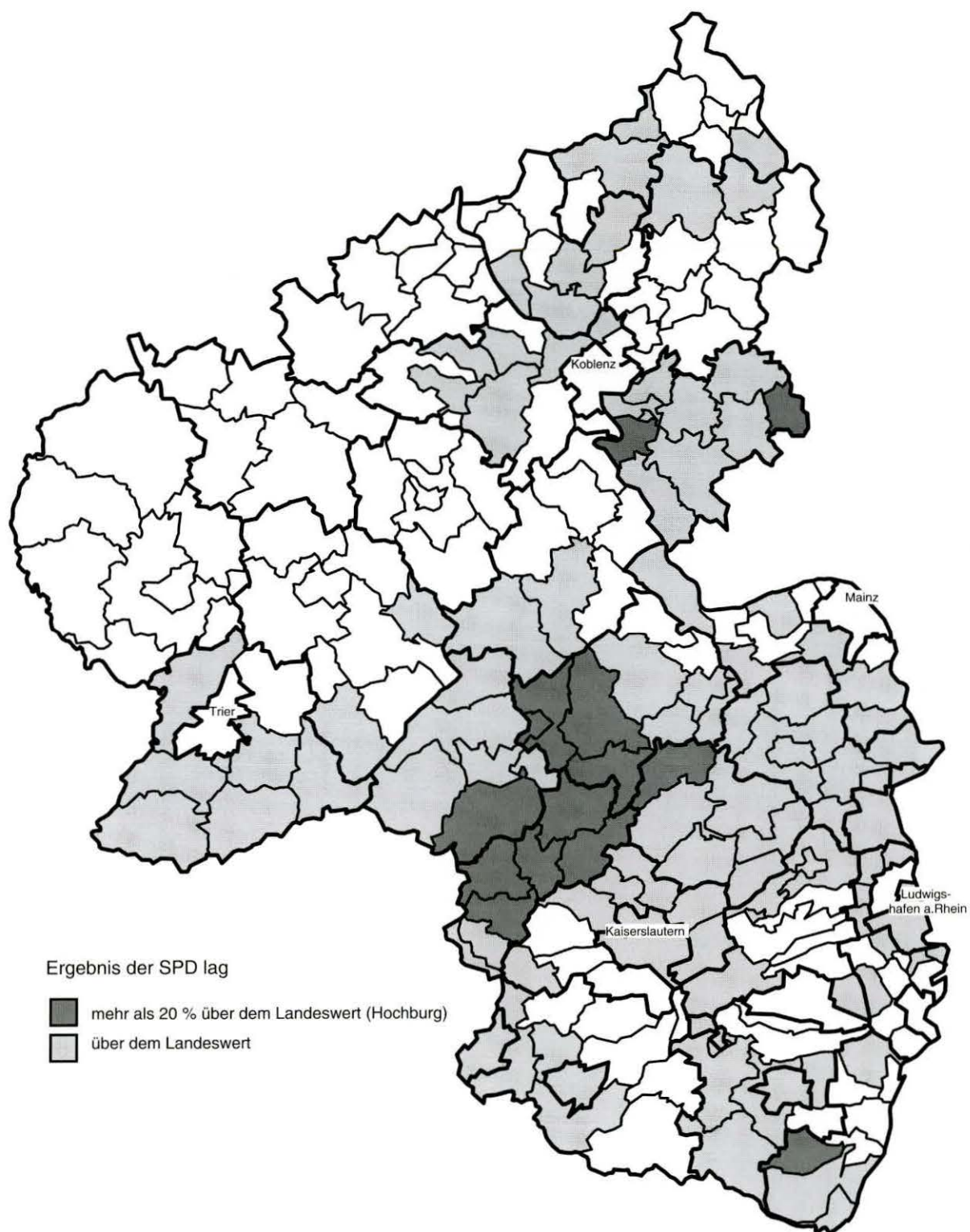
1) Verbandsgemeinden mit dem höchsten Anteil des jeweiligen Merkmals (ein Drittel der Wahlberechtigten). – 2) Verbandsgemeinden mit dem niedrigsten Anteil des jeweiligen Merkmals (ein Drittel der Wahlberechtigten).

noch: Wahlbeteiligung und Stimmenanteile der Parteien bei den
Landtagswahlen 2001 und 1996 für ausgewählte demographische, sozialstrukturelle
und ökonomische Merkmale

Merkmal	2001			1996		
	Merkmalsanteil		Differenz	Merkmalsanteil		Differenz
	hoch ¹⁾	niedrig ²⁾		hoch ¹⁾	niedrig ²⁾	
	%		Prozent- punkte	%		Prozent- punkte
Beschäftigte im produzierenden Gewerbe (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)						
Wahlbeteiligung	62,7	61,5	1,2	71,8	69,9	1,9
SPD	45,9	43,5	2,4	41,5	38,0	3,5
CDU	34,4	35,9	- 1,5	37,5	39,9	- 2,4
F.D.P.	7,5	8,2	- 0,7	8,2	9,4	- 1,2
GRÜNE	4,4	6,4	- 2,0	6,2	7,9	- 1,7
Beschäftigte im Dienstleistungsbereich (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)						
Wahlbeteiligung	61,8	62,0	- 0,2	70,8	71,0	- 0,2
SPD	43,5	45,7	- 2,2	38,7	40,7	- 2,0
CDU	35,6	35,1	0,5	38,4	38,5	- 0,1
F.D.P.	8,1	7,5	0,6	9,7	8,5	1,2
GRÜNE	6,5	4,2	2,3	7,9	6,0	1,9
Einpendler (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)						
Wahlbeteiligung	58,9	65,2	- 6,3	67,8	73,7	- 5,9
SPD	44,7	45,3	- 0,6	39,2	40,8	- 1,6
CDU	34,6	34,5	0,1	37,8	37,7	0,1
F.D.P.	8,1	7,4	0,7	9,0	8,9	0,1
GRÜNE	6,3	4,8	1,5	7,9	6,6	1,3
Auspendler (Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren 1999)						
Wahlbeteiligung	65,1	58,0	7,1	73,6	67,2	6,4
SPD	45,5	45,0	0,5	40,8	39,1	1,7
CDU	34,3	34,1	0,2	37,8	37,5	0,3
F.D.P.	7,8	7,9	- 0,1	9,2	8,8	0,4
GRÜNE	4,7	6,5	- 1,8	6,6	8,1	- 1,5
Beschäftigte in kleinen Arbeitsstätten (Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1987)						
Wahlbeteiligung	65,5	58,4	7,1	73,5	67,4	6,1
SPD	44,0	45,4	- 1,4	39,2	39,8	- 0,6
CDU	35,6	33,8	1,8	39,5	37,0	2,5
F.D.P.	7,9	7,8	0,1	9,5	8,4	1,1
GRÜNE	4,7	6,4	- 1,7	6,4	8,0	- 1,6
Beschäftigte in großen Arbeitsstätten (Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten 1987)						
Wahlbeteiligung	58,6	65,0	- 6,4	67,5	73,2	- 5,7
SPD	45,7	44,5	1,2	40,4	39,6	0,8
CDU	33,6	35,4	- 1,8	36,6	39,3	- 2,7
F.D.P.	7,6	8,0	- 0,4	8,3	9,5	- 1,2
GRÜNE	6,2	4,7	1,5	8,0	6,3	1,7

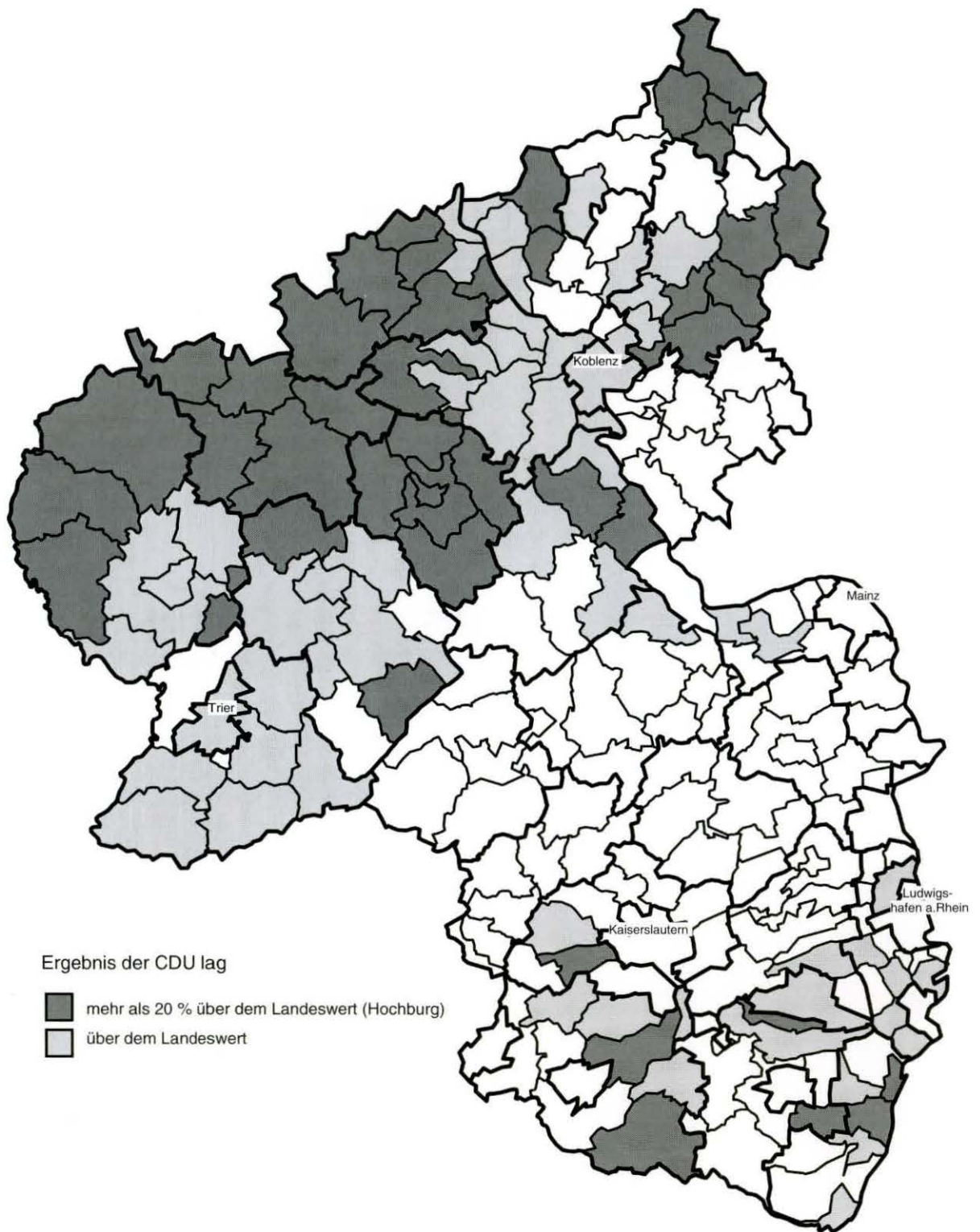
1) Verbandsgemeinden mit dem höchsten Anteil des jeweiligen Merkmals (ein Drittel der Wahlberechtigten). – 2) Verbandsgemeinden mit dem niedrigsten Anteil des jeweiligen Merkmals (ein Drittel der Wahlberechtigten).

Hochburgen der SPD Landtagswahl 2001



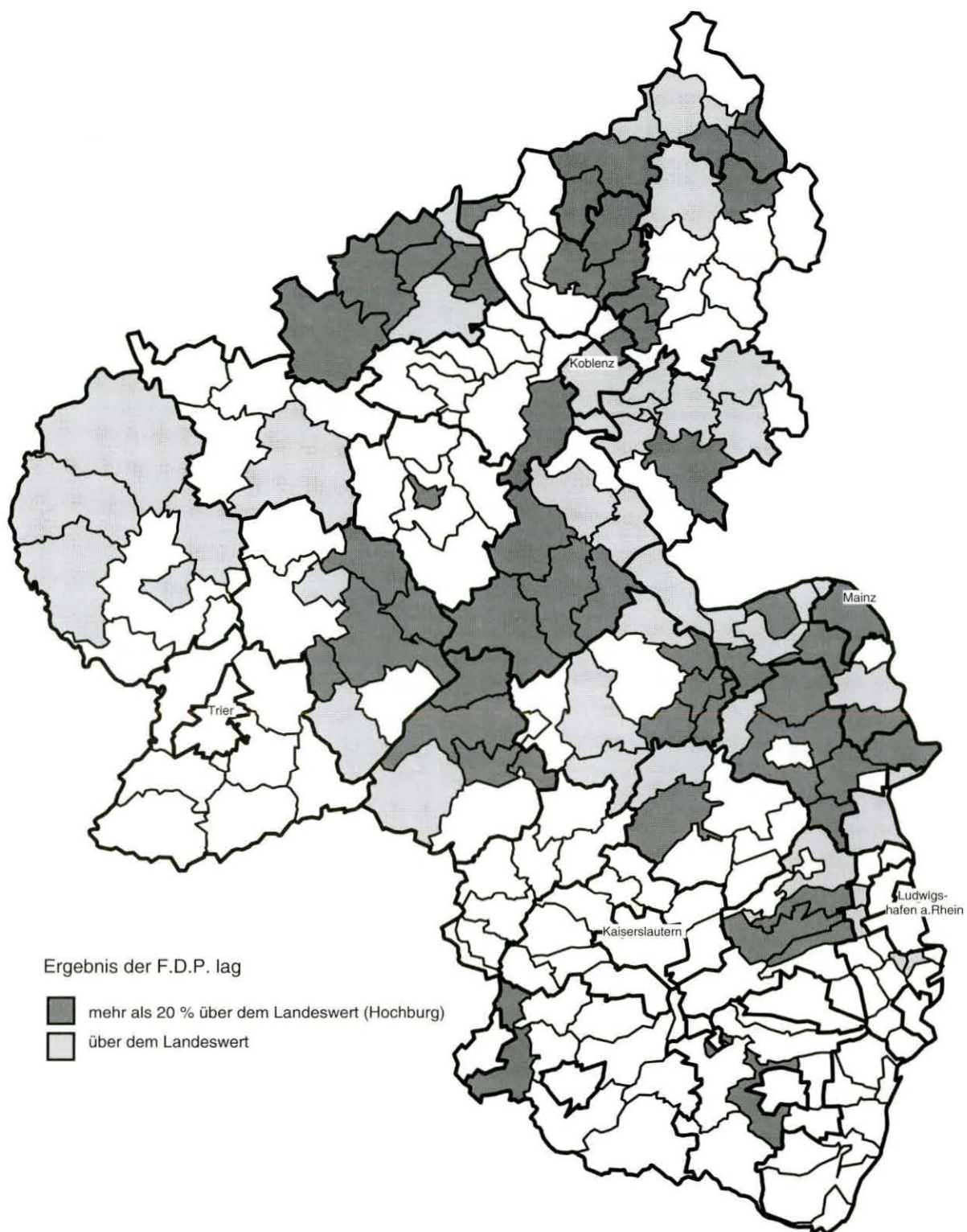
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Hochburgen der CDU
Landtagswahl 2001



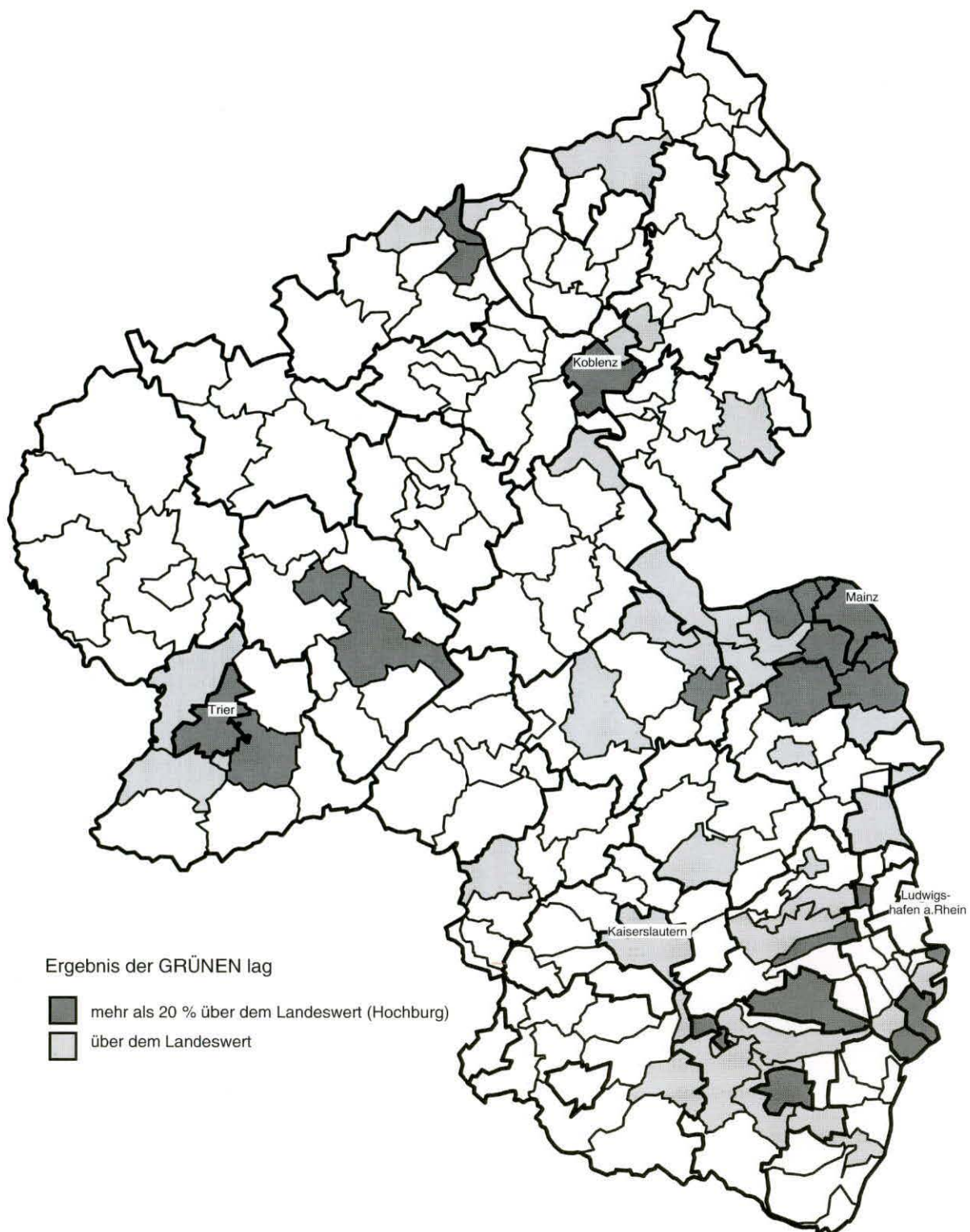
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Hochburgen der F.D.P. Landtagswahl 2001



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Hochburgen der GRÜNEN Landtagswahl 2001



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Veränderung der Wahlkreisstimmen bei der Landtagswahl 2001 gegenüber 1996
(Anzahl und Prozentpunkte)

Wahlkreis		SPD		CDU		F.D.P.		GRÜNE	
		Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte	Anzahl	Prozentpunkte
1	Betzdorf/Kirchen (Sieg)	- 2 637	- 4,3	- 1 873	- 1,0	1 641	7,3	- 759	- 2,1
2	Altenkirchen (Westerwald)	- 497	3,3	- 2 575	- 1,9	521	2,2	- 1 224	- 2,9
3	Linz am Rhein/Rengsdorf	653	4,7	- 3 067	- 3,4	72	0,7		
4	Neuwied	- 2 580	2,4	- 4 443	- 3,7	- 404	0,2	- 1 508	- 2,5
5	Bad Marienberg (Westerwald)/ Westerburg	- 1 210	2,8	- 2 235	- 0,2	- 747	- 0,9	- 977	- 1,6
6	Montabaur	- 1 062	1,2	- 1 672	1,3	143	1,0	- 1 035	- 1,6
7	Diez/Nassau	- 447	2,6	- 2 317	- 4,0	- 241	- 0,2	- 1 009	- 2,4
8	Koblenz/Lahnstein	- 2 152	2,1	- 4 786	- 5,5	- 41	0,9	- 592	- 0,5
9	Koblenz	- 2 147	- 0,7	- 4 736	- 6,9	226	1,5	- 1 521	- 3,0
10	Bendorf/Weißenthurm	- 496	3,2	- 2 178	- 2,4	205	1,4		
11	Andernach	- 577	3,3	- 2 181	- 2,6	- 71	0,3	- 405	- 0,9
12	Mayen	- 255	2,4	- 3 193	- 3,9	- 266	- 0,1	- 831	- 1,5
13	Remagen/Sinzig	- 2 582	- 3,4	- 2 382	- 1,2	93	1,5	1 517	5,7
14	Bad Neuenahr-Ahrweiler	680	5,5	- 1 876	- 0,4	751	3,7		
15	Cochem-Zell	1 112	5,8	- 3 190	- 4,6	- 585	- 1,2	- 1 191	- 3,0
16	Rhein-Hunsrück	224	4,3	- 3 207	- 2,9	20	0,9	- 1 310	- 2,4
17	Bad Kreuznach	- 639	2,4	- 2 603	- 2,7	873	3,2	- 885	- 1,4
18	Kirn/Bad Sobernheim	1 606	10,0	- 4 604	- 8,4	609	2,2	- 1 452	- 3,1
19	Birkenfeld	- 221	5,6	- 2 150	- 0,4	- 1 869	- 2,9	- 1 021	- 1,8
20	Daun	1 589	8,2	- 4 186	- 8,4	188	1,3	- 436	- 1,0
21	Bitburg/Prüm	- 1 269	1,6	- 2 797	0,3	86	0,9	- 641	- 0,8
22	Wittlich	- 262	3,1	- 1 809	- 1,2	- 34	0,8	- 911	- 2,6
23	Bernkastel-Kues/Morbach/ Kirchberg (Hunsrück)	- 979	2,6	- 3 423	- 2,5	- 315	0,8	- 609	- 0,8
24	Trier/Schweich	- 803	2,5	- 2 271	- 1,4	- 105	0,3	- 810	- 1,3
25	Trier	- 2 103	1,4	- 4 127	- 4,0	439	2,5	- 537	0,8
26	Konz/Saarburg	- 1 556	1,0	- 1 520	1,8	- 364	- 0,3	- 174	0,3
27	Mainz I	- 326	6,2	- 4 633	- 7,4	644	3,0	- 845	- 0,5
28	Mainz II	1 477	6,2	- 3 738	- 4,5	- 574	- 0,4	- 1 065	- 1,4
29	Bingen am Rhein	- 1 319	- 0,1	- 2 106	- 2,6	- 53	0,6	- 766	- 1,6
30	Ingelheim am Rhein	- 428	1,2	- 2 158	- 2,8	- 192	- 0,1	- 1 426	- 2,8
31	Nierstein/Oppenheim	- 1 175	- 0,2	- 1 529	- 2,0	- 505	- 0,8	- 1 155	- 2,5
32	Worms	- 1 678	4,7	- 2 278	1,1	833	4,0	- 1 065	- 1,6
33	Alzey	- 1 070	1,3	- 2 184	- 3,0	- 298	- 0,1	- 1 060	- 2,2
34	Frankenthal (Pfalz)	- 1 676	0,6	- 215	4,4	- 331	- 0,3	- 891	- 1,9
35	Ludwigshafen am Rhein I	- 1 941	4,9	- 3 393	- 2,1	- 317	0,1	- 950	- 1,3
36	Ludwigshafen am Rhein II	- 1 230	4,2	- 2 969	- 2,3	- 48	0,7	- 747	- 1,3
37	Mutterstadt	20	5,0	- 3 903	- 4,7	- 65	0,6	- 1 276	- 2,3
38	Speyer	- 720	2,6	- 3 568	- 3,7	166	0,9	- 181	0,6
39	Donnersberg	- 1 899	- 0,2	- 3 106	- 5,1	- 338	- 0,1	- 1 667	- 3,7
40	Kusel	- 1 958	3,3	- 2 283	- 1,8	35	0,9	- 629	- 0,8
41	Bad Dürkheim	- 470	2,4	- 3 252	- 3,1	111	1,0	- 1 273	- 1,9
42	Neustadt an der Weinstraße	- 3 206	- 2,1	- 3 899	- 3,4	- 65	0,6	- 463	- 0,2
43	Kaiserslautern I	- 2 801	0,4	- 2 124	1,6	- 420	- 0,2	- 1 242	- 2,9
44	Kaiserslautern II	- 3 040	- 2,9	- 2 500	- 3,0	- 579	- 1,0	1 381	4,1
45	Kaiserslautern-Land	- 1 726	0,7	- 1 601	0,9	- 239	- 0,2		
46	Zweibrücken	- 4 020	- 8,7	- 2 262	- 3,9	905	4,4	1 113	4,1
47	Pirmasens-Land	- 893	3,5	- 1 662	1,3	- 17	1,0	- 1 386	- 3,0
48	Pirmasens	- 2 811	- 3,4	- 1 130	3,1	- 287	- 0,1	- 2 178	- 6,3
49	Südliche Weinstraße	- 1 532	0,1	- 2 825	- 4,9	- 746	- 1,6	1 292	3,5
50	Landau in der Pfalz	- 2 355	- 1,6	- 1 639	- 0,5	- 902	- 1,4	- 569	- 0,7
51	Germersheim	- 1 460	1,7	- 1 275	2,3	- 544	- 0,6	- 1 333	- 2,0
Rheinland-Pfalz		- 56 847	2,1	- 137 633	- 2,2	- 3 001	0,7	- 41 471	- 1,5

Kandidatenwechsel gegenüber 1996

Wahlkreismandate von SPD und CDU bei den Landtagswahlen 2001 und 1996 sowie Veränderung

Wahlkreis	Wahlkreismandat		Vorsprung 2001		Vorsprung 1996		Stimmen- gewinne bzw. Stimmen- verluste gegenüber 1996 (Anzahl)
	2001	1996	Anzahl	Prozent- punkte	Anzahl	Prozent- punkte	
1 Betzdorf/Kirchen (Sieg)	CDU	CDU	1 663	6,3	899	3,0	764
2 Altenkirchen (Westerwald)	CDU	CDU	932	2,8	3 010	8,0	- 2 078
3 Linz am Rhein/Rengsdorf	CDU	CDU	1 474	3,6	5 194	11,7	- 3 720
4 Neuwied	SPD	SPD	4 651	12,2	2 788	6,1	1 863
5 Bad Marienberg (Westerwald)/ Westerburg	SPD	SPD	3 847	8,8	2 822	5,8	1 025
6 Montabaur	CDU	CDU	6 195	13,9	6 805	13,8	- 610
7 Diez/Nassau	SPD	SPD	6 922	20,5	5 052	13,9	1 870
8 Koblenz/Lahnstein	SPD	SPD	4 391	11,6	1 757	4,0	2 634
9 Koblenz	CDU	CDU	336	1,0	2 925	7,2	- 2 589
10 Bendorf/Weißenthurm	SPD	CDU	1 009	3,5	673	2,1	1 682
11 Andernach	SPD	CDU	1 339	5,0	265	0,9	1 604
12 Mayen	CDU	CDU	1 516	3,5	4 454	9,8	- 2 938
13 Remagen/Sinzig	CDU	CDU	2 952	11,2	2 752	9,0	200
14 Bad Neuenahr-Ahrweiler	CDU	CDU	5 591	19,4	8 147	25,3	- 2 556
15 Cochem-Zell	CDU	CDU	6 035	17,9	10 337	28,3	- 4 302
16 Rhein-Hunsrück	CDU	CDU	1 244	3,0	4 675	10,2	- 3 431
17 Bad Kreuznach	SPD	CDU	1 226	3,3	738	1,8	1 964
18 Kirn/Bad Sobernheim	SPD	SPD	9 448	26,5	3 238	8,1	6 210
19 Birkenfeld	SPD	SPD	5 589	14,2	3 660	8,2	1 929
20 Daun	CDU	CDU	2 405	7,9	8 180	24,5	- 5 775
21 Wittlich	CDU	CDU	6 850	15,3	8 378	16,6	- 1 528
22 Wittlich	CDU	CDU	2 803	10,8	4 350	15,1	- 1 547
23 Bernkastel-Kues/Morbach/ Kirchberg (Hunsrück)	CDU	CDU	2 034	5,5	4 478	10,6	- 2 444
24 Trier/Schweich	SPD	SPD	1 643	4,3	175	0,4	1 468
25 Trier	SPD	CDU	275	0,9	1 749	4,5	2 024
26 Konz/Saarburg	CDU	CDU	2 187	6,2	2 151	5,4	36
27 Mainz I	SPD	SPD	4 879	15,1	572	1,5	4 307
28 Mainz II	SPD	CDU	1 942	4,2	3 273	6,5	5 215
29 Bingen am Rhein	SPD	SPD	932	2,9	145	0,4	787
30 Ingelheim am Rhein	SPD	CDU	1 116	2,7	614	1,3	1 730
31 Nierstein/Oppenheim	SPD	SPD	5 994	15,7	5 640	13,9	354
32 Worms	SPD	SPD	3 077	10,2	2 477	6,6	600
33 Alzey	SPD	SPD	6 680	18,3	5 566	14,0	1 114
34 Frankenthal (Pfalz)	CDU	SPD	185	0,5	1 276	3,3	1 461
35 Ludwigshafen am Rhein I	SPD	SPD	2 758	10,9	1 306	3,9	1 452
36 Ludwigshafen am Rhein II	SPD	SPD	4 282	13,1	2 543	6,6	1 739
37 Mutterstadt	SPD	SPD	4 182	10,2	259	0,5	3 923
38 Speyer	CDU	CDU	1 018	2,6	3 866	8,9	- 2 848
39 Donnersberg	SPD	SPD	6 609	18,7	5 402	13,8	1 207
40 Kusel	SPD	SPD	12 023	32,4	11 698	27,3	325
41 Bad Dürkheim	SPD	CDU	1 936	3,9	846	1,6	2 782
42 Neustadt an der Weinstraße	CDU	CDU	412	1,0	1 105	2,3	- 693
43 Kaiserslautern I	SPD	SPD	1 038	4,3	1 715	5,5	- 677
44 Kaiserslautern II	SPD	SPD	4 614	13,7	5 154	13,6	- 540
45 Kaiserslautern-Land	SPD	SPD	141	0,5	266	0,7	- 125
46 Zweibrücken	SPD	SPD	2 312	8,5	4 070	13,3	- 1 758
47 Pirmasens-Land	CDU	CDU	20	0,0	789	2,2	- 769
48 Pirmasens	CDU	CDU	2 072	7,7	391	1,2	1 681
49 Südliche Weinstraße	SPD	SPD	8 823	23,9	7 530	18,9	1 293
50 Landau in der Pfalz	SPD	SPD	2 243	4,9	2 959	6,0	- 716
51 Germersheim	CDU	CDU	1 551	3,2	1 366	2,6	185
Wahlkreismandate insgesamt	51	51					
CDU	21	27					
SPD	30	24					

Wechsel des Mandats zwischen den Parteien

Wahlkreis- und Landesstimmen von SPD und CDU in den Wahlkreisen bei der Landtagswahl 2001

Wahlkreis	SPD				CDU			
	Wahlkreis- stimmen	Landes- stimmen	Differenz		Wahlkreis- stimmen	Landes- stimmen	Differenz	
	Anzahl		%		Anzahl		%	
1 Betzdorf/Kirchen (Sieg)	9 860	10 903	- 1 043	- 9,6	11 523	10 496	1 027	9,8
2 Altenkirchen (Westerwald)	14 479	14 250	229	1,6	15 411	13 382	2 029	15,2
3 Linz am Rhein/Rengsdorf	17 266	16 795	471	2,8	18 740	17 013	1 727	10,2
4 Neuwied	18 237	18 994	- 757	- 4,0	13 586	12 041	1 545	12,8
5 Bad Marienberg (Westerwald)/ Westerburg	21 862	20 587	1 275	6,2	18 015	16 066	1 949	12,1
6 Montabaur	16 394	17 545	- 1 151	- 6,6	22 589	19 801	2 788	14,1
7 Diez/Nassau	17 764	17 068	696	4,1	10 842	9 828	1 014	10,3
8 Koblenz/Lahnstein	17 934	18 188	- 254	- 1,4	13 543	12 385	1 158	9,4
9 Koblenz	13 552	15 214	- 1 662	- 10,9	13 888	12 630	1 258	10,0
10 Bendorf/Weißenthurm	13 211	13 105	106	0,8	12 202	10 862	1 340	12,3
11 Andernach	12 344	12 231	113	0,9	11 005	10 142	863	8,5
12 Mayen	17 520	18 365	- 845	- 4,6	19 036	17 199	1 837	10,7
13 Remagen/Sinzig	9 576	10 236	- 660	- 6,4	12 528	11 088	1 440	13,0
14 Bad Neuenahr-Ahrweiler	9 772	9 346	426	4,6	15 363	14 360	1 003	7,0
15 Cochem-Zell	11 834	11 762	72	0,6	17 869	16 949	920	5,4
16 Rhein-Hunsrück	17 171	17 852	- 681	- 3,8	18 415	16 286	2 129	13,1
17 Bad Kreuznach	15 786	17 313	- 1 527	- 8,8	14 560	12 449	2 111	17,0
18 Kirn/Bad Sobernheim	20 338	19 320	1 018	5,3	10 890	10 370	520	5,0
19 Birkenfeld	19 466	19 810	- 344	- 1,7	13 877	12 170	1 707	14,0
20 Daun	12 219	11 982	237	2,0	14 624	13 753	871	6,3
21 Wittlich	15 975	18 293	- 2 318	- 12,7	22 825	19 296	3 529	18,3
22 Wittlich	9 788	10 055	- 267	- 2,7	12 591	10 654	1 937	18,2
23 Bernkastel-Kues/Morbach/ Kirchberg (Hunsrück)	14 181	15 816	- 1 635	- 10,3	16 215	13 588	2 627	19,3
24 Trier/Schweich	17 680	17 892	- 212	- 1,2	16 037	14 153	1 884	13,3
25 Trier	12 621	13 349	- 728	- 5,5	12 346	11 752	594	5,1
26 Konz/Saarburg	14 428	16 573	- 2 145	- 12,9	16 615	13 776	2 839	20,6
27 Mainz I	14 659	15 080	- 421	- 2,8	9 780	8 820	960	10,9
28 Mainz II	18 618	19 054	- 436	- 2,3	16 676	15 414	1 262	8,2
29 Bingen am Rhein	13 541	14 640	- 1 099	- 7,5	12 609	11 231	1 378	12,3
30 Ingelheim am Rhein	17 410	18 902	- 1 492	- 7,9	16 294	13 852	2 442	17,6
31 Nierstein/Oppenheim	18 298	18 737	- 439	- 2,3	12 304	10 480	1 824	17,4
32 Worms	14 217	14 514	- 297	- 2,0	11 140	10 073	1 067	10,6
33 Alzey	18 258	17 574	684	3,9	11 578	10 689	889	8,3
34 Frankenthal (Pfalz)	14 381	15 228	- 847	- 5,6	14 566	12 225	2 341	19,1
35 Ludwigshafen am Rhein I	11 620	12 123	- 503	- 4,1	8 862	8 210	652	7,9
36 Ludwigshafen am Rhein II	15 754	16 231	- 477	- 2,9	11 472	10 641	831	7,8
37 Mutterstadt	18 447	19 510	- 1 063	- 5,4	14 265	13 439	826	6,1
38 Speyer	14 502	15 874	- 1 372	- 8,6	15 520	14 367	1 153	8,0
39 Donnersberg	17 027	18 087	- 1 060	- 5,9	10 418	9 293	1 125	12,1
40 Kusel	21 401	20 928	473	2,3	9 378	9 029	349	3,9
41 Bad Dürkheim	19 796	21 849	- 2 053	- 9,4	17 860	15 753	2 107	13,4
42 Neustadt an der Weinstraße	16 645	18 844	- 2 199	- 11,7	17 057	14 821	2 236	15,1
43 Kaiserslautern I	10 580	11 661	- 1 081	- 9,3	9 542	8 102	1 440	17,8
44 Kaiserslautern II	16 077	16 230	- 153	- 0,9	11 463	10 493	970	9,2
45 Kaiserslautern-Land	14 486	14 979	- 493	- 3,3	14 345	11 784	2 561	21,7
46 Zweibrücken	11 156	12 832	- 1 676	- 13,1	8 844	8 510	334	3,9
47 Pirmasens-Land	13 374	14 236	- 862	- 6,1	13 394	11 875	1 519	12,8
48 Pirmasens	9 994	11 711	- 1 717	- 14,7	12 066	10 691	1 375	12,9
49 Südliche Weinstraße	20 343	16 933	3 410	20,1	11 520	12 144	- 624	- 5,1
50 Landau in der Pfalz	18 962	20 471	- 1 509	- 7,4	16 719	15 000	1 719	11,5
51 Germersheim	18 856	21 538	- 2 682	- 12,5	20 407	17 813	2 594	14,6
Rheinland-Pfalz	789 660	820 610	- 30 950	- 3,8	723 214	647 238	75 976	11,7

Stärkste Partei im Wahlkreis

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 2000

Vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge ist das Bruttoinlandsprodukt, die Summe der in Rheinland-Pfalz produzierten Waren und Dienstleistungen, im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr real, d. h. von Preiseinflüssen bereinigt, um 3,1% gestiegen. Damit verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im vergangenen Jahr wesentlich besser als im Jahr 1999 (+1,3%) und auch etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt (+3%). Auch in jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz mit 2,9% höher als die Zunahme des nominalen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland um 2,6%. Der Wert der im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erstellten wirtschaftlichen Leistung betrug somit knapp 176 Mrd. DM.

Anders als im Vorjahr kamen im Jahr 2000 aus dem verarbeitenden Gewerbe wieder nachhaltige positive Impulse für die rheinland-pfälzische Wirtschaft, zurückzuführen nicht zuletzt auf die Exportdynamik und die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Wesentlich beigetragen zum Wirtschaftswachstum haben aber auch wiederum die Dienstleistungsbereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. Im Baugewerbe war immerhin eine leichte Aufwärtsentwicklung erkennbar, während sich im Bundesdurchschnitt hier ein deutlicher Rückgang der realen Wertschöpfung ergab.

Arbeitslosigkeit weiter gesunken

Auf dem Arbeitsmarkt hat die günstige wirtschaftliche Entwicklung für mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit gesorgt. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ waren im Jahresdurchschnitt 2000 insgesamt 1,741 Mill. Personen in Rheinland-Pfalz erwerbstätig, das waren gut 32 000 oder 1,9% mehr als 1999. Einen Beschäftigungszuwachs gab es vor allem in den Dienstleistungsbereichen sowie im verarbeitenden Gewerbe. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz deutlich gesunken. Ende des Jahres 2000 waren insgesamt noch 134 400 Männer und Frauen arbeitslos, das waren rund 14 600 oder 9,8% weniger als zwölf Monate zuvor. Seit dem Höchststand Ende 1997 konnte das Niveau der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz somit um 32 300 oder knapp ein Fünftel reduziert werden. Die Arbeitslosenquote, berechnet auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, sank binnen Jahresfrist von 9,1 auf 7,7%. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit hat seine Ursache nicht nur in der demographischen Entwicklung, da mehr ältere Arbeitnehmer aus dem Erwerbsleben ausscheiden als jüngere nachrücken, sondern auch in einer verstärkten Nachfrage nach Arbeitskräften.

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr profitierten Männer stärker als Frauen. Während die Zahl der männlichen Arbeitslosen Ende 2000 um knapp 9 600 oder 11,7% niedriger lag als zwölf Monate zuvor, sank die Zahl der als arbeitslos registrierten Frauen um rund 5 000 oder 7,5%. Somit waren am Jahresende rund 54% der Arbeitslosen Männer und 46% Frauen.

Die Arbeitslosigkeit hat sich im vergangenen Jahr in einem breiteren Spektrum von Berufen verringert als im Jahr 1999, besonders deutlich in den Metall- und Elektroberufen, den technisch-naturwissenschaftlichen Berufen, aber auch bei den sozialen und erzieherischen Berufen sowie den Gesundheitsdienstberufen. Da die Zahl der registrierten Arbeiter und der Angestellten fast im gleichen Ausmaß zurückging (-10 bzw. -9,3%), hat sich die Zusammensetzung der Arbeitslosen nach dem Arbeitsverhältnis (63,3% Arbeiter zu 36,7% Angestellte) kaum geändert.

Erfreulich verlief die Entwicklung im vergangenen Jahr auch bei den so genannten Problemgruppen. So war bei den älteren Arbeitslosen ein überdurchschnittlicher Rückgang um 13,7% zu verzeichnen. Mit einem Anteil von 21,1% an der Gesamtzahl war aber immer noch mehr als jeder fünfte Arbeitslose 55 Jahre oder älter. Auch die Langzeitarbeitslosigkeit ist kräftig zurückgegangen, und zwar um knapp 5 800 oder 11,9%. Bezogen auf den Gesamtbestand Ende Dezember war mit gut 42 900 Arbeit suchend gemeldeten Männern und Frauen noch knapp ein Drittel aller Arbeitslosen bereits ein Jahr oder länger ohne Beschäftigung. Überdurchschnittlich gesunken ist außerdem die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten, nämlich um 12,3% auf knapp 7 800. Zu den Problemgruppen zählen außerdem die Ausländer. Auch hier registrierten die Arbeitsämter am Jahresende knapp 1 900 oder 9,4% weniger Arbeitslose als zwölf Monate zuvor. Mit 15,5% lag deren Arbeitslosenquote dennoch gut doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller abhängigen zivilen Erwerbspersonen. Dagegen ist die Zahl der Teilzeitarbeitsuchenden nur geringfügig gesunken (-2,3%), der Anteil dieses Personenkreises hat dadurch von 13,5 auf 14,6% zugenommen. Weiter rückläufig ist auch die Jugendarbeitslosigkeit. Binnen Jahresfrist ist die Zahl der Betroffenen unter

Arbeitsmarkt Ende Dezember

Berichtsmerkmal	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1999	2000
Arbeitslose	134 420	-5,6	-9,8
davon			
Vollzeitarbeit	114 776	-7,0	-11,0
Teilzeitarbeit	19 644	4,1	-2,3
davon			
Männer	72 457	-8,0	-11,7
Frauen	61 963	-2,5	-7,5
darunter			
Ausländer	17 839	-4,9	-9,4
Jugendliche unter 20 Jahren	4 373	-6,9	-5,1
Schwerbehinderte	7 763	-3,7	-12,3
Offene Stellen	26 383	8,9	14,5
Vollzeitarbeit	22 500	8,6	16,1
Teilzeitarbeit	3 883	10,1	6,1
Kurzarbeiter	1 630	-9,0	-49,3
Männer	1 389	-3,0	-48,5
Frauen	241	-31,2	-53,2

20 Jahren um 5,1%, unter 25 Jahren sogar um 8,1% gesunken. Die Arbeitslosenquote lag bei den unter 20-Jährigen mit 5,5% deutlich unter dem Durchschnitt.

Positiv hervorzuheben ist auch, dass es über das ganze Jahr betrachtet in allen elf Arbeitsamtsbezirken des Landes zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit kam und somit auch in den arbeitsmarktpolitischen Problemregionen in Rheinland-Pfalz, nämlich Kaiserslautern (-10,8%), Pirmasens (-10,7%) und Bad Kreuznach (-6,8%). Nach wie vor jedoch sind die Arbeitsamtsbezirke Pirmasens mit einer Quote von 10,6%, Kaiserslautern mit 9,8% und Bad Kreuznach mit 9% am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen. In allen anderen Bezirken lag die Quote Ende Dezember unter dem Landesdurchschnitt. Eine besonders deutliche Abnahme hatte der Bezirk Koblenz zu verzeichnen (-17,4%), relativ gering war dagegen der Rückgang im Bezirk Mayen (-2,7%). Die niedrigste Arbeitslosenquote mit 6,2% weist weiterhin der Raum Montabaur auf, gefolgt von Mainz (6,9%) und Koblenz (7%).

Die Zahl der Kurzarbeiter ist im vergangenen Jahr ebenfalls beträchtlich zurückgegangen. Von dem Instrument zur Behebung zeitlich begrenzter Auslastungsprobleme waren Ende des Jahres 1 630 Arbeitnehmer betroffen, nur noch gut halb so viele wie vor einem Jahr. Den größten Anteil an den Kurzarbeitern hatte die Bauwirtschaft. Unter den Arbeitsamtsbezirken gab es vergleichsweise hohe Stände nur noch in Bad Kreuznach mit 323 und Kaiserslautern mit 241 Kurzarbeitern, hier waren allerdings auch die kräftigsten Rückgänge zu verzeichnen (-774 bzw. -440).

Am Ende des Jahres 2000 wussten die Arbeitsämter in Rheinland-Pfalz von knapp 26 400 offenen Stellen, gut 3 300 oder 14,5% mehr als Ende 1999. Deutlich mehr Stellen zur Vermittlung hatten die Arbeitsämter Mainz und Ludwigshafen anzubieten. Im Laufe des vergangenen Jahres wurden den Arbeitsämtern insgesamt 193 100 freie Arbeitsplätze von Wirtschaft und Verwaltung gemeldet, nur geringfügig mehr als im Jahr zuvor (+720). Die Zahl der Arbeitsvermittlungen betrug im vergangenen Jahr knapp 133 400, das waren 6 450 weniger als 1999.

Durch arbeitsmarktpolitische Instrumente hat die Arbeitsverwaltung im vergangenen Jahr den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz wieder etwas stärker entlastet als dies 1999 der Fall war. So nahmen im Dezember insgesamt knapp 11 800 Männer und Frauen, die vorher arbeitslos gewesen waren, an Lehrgängen zur beruflichen Weiterbildung teil, gut 3 000 mehr als Ende 1999. In Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnte Ende des Jahres rund 2 000 Personen, die vorher zumeist langfristig arbeitslos gewesen waren, zumindest vorübergehend ein Arbeitsplatz geboten werden; das waren 230 mehr als ein Jahr zuvor.

Insolvenzen deutlich gestiegen

Die rheinland-pfälzischen Insolvenzgerichte haben im Jahr 2000 insgesamt 1 736 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bearbeitet, so viele wie noch nie. 1999 waren in Rheinland-Pfalz 1 130 Insolvenzverfahren beantragt worden. Dies beruht einerseits auf der starken Zunahme der Verbraucherinsolvenzen. Diese Ver-

Geld und Kredit

Berichtsmerkmal	Einheit	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1999	2000
Kreditinstitute				
Kredite an inländische				
Nichtbanken	Mill. DM	195 319	.	5,5
kurzfristig	"	24 973	.	6,9
mittelfristig	"	17 062	.	5,2
langfristig	"	153 284	.	5,4
Einlagen und aufge-				
nommene Kredite				
von inländischen				
Nichtbanken	Mill. DM	143 585	.	2,6
Sichtgelder	"	31 902	.	8,3
Termingelder	"	41 168	.	10,5
Sparbriefe	"	10 268	.	-0,5
Spareinlagen	"	60 247	.	-4,2
Insolvenzen				
Insolvenzen	Anzahl	1 736	-19,3	53,6
Unternehmen	"	1 087	-23,8	27,7
Verbraucher	"	466	x	375,5
übrige Schuldner	"	183	-36,3	1,1
Voraussichtliche				
Forderungen	Mill. DM	1 279	-33,8	58,3

fahrensform für überschuldete Privatpersonen wurde mit der am 1. Januar 1999 in Kraft getretenen neuen Insolvenzordnung geschaffen. Da vor dem gerichtlichen Verfahren ein außergerichtlicher Einigungsversuch vorgeschrieben ist, hatte es im Jahr der Einführung lediglich 98 solcher Fälle gegeben; im vergangenen Jahr ist die Zahl bereits auf 466 gestiegen. Trotz des wirtschaftlichen Wachstums sind jedoch auch die Insolvenzen von Unternehmen im Jahr 2000 deutlich gestiegen. Mit 1 087 Fällen wurden 236 oder 28% mehr Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens von Unternehmen (einschließlich Kleingewerbe) gestellt als im Vorjahr. Die restlichen 183 Fälle betrafen natürliche Personen oder Nachlassinsolvenzen, nur zwei mehr als 1999.

Somit entfielen gut drei Fünftel der Zahlungsschwierigkeiten auf Unternehmen einschließlich Kleingewerbetreibende. Die meisten waren im Baugewerbe (312) und im Handel (243) tätig. Weitere 179 insolvente Unternehmen hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bereich Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen, 134 im verarbeitenden Gewerbe und 82 im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung.

Im vergangenen Jahr konnten allerdings auch wesentlich mehr Verfahren eröffnet werden als im Vorjahr. Den Meldungen der Amtsgerichte zufolge kam es in 764 Fällen oder 44% der Verfahren zur Eröffnung; 906 Anträge, also gut die Hälfte, wurden abgelehnt, da das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausreicht hätte, um die Kosten des Verfahrens zu decken. Die im Vergleich zum Vorjahr wesentlich höhere Eröffnungsquote beruht hauptsächlich auch auf den Verbraucherinsolvenzen, von denen immerhin knapp zwei Drittel eröffnet wurden. Außerdem wurde in 66 Insol-

Exkurs: Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Das Bruttoinlandsprodukt, der Wert der im Inland erwirtschafteten Leistung, nahm nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr in Deutschland real um 3% zu. Das wirtschaftliche Wachstum war damit das stärkste seit 1991 und fast doppelt so hoch wie 1999 mit einer Zuwachsrate von 1,6%. Die im Verlauf des Jahres 1999 festgestellte Beschleunigung hat sich im ersten Quartal 2000 fortgesetzt (+3,7%), in den folgenden Quartalen hat sich der konjunkturelle Aufschwung jedoch etwas verlangsamt (auf 3,5% im zweiten, 2,8% im dritten und 1,9% im vierten Vierteljahr, jeweils gegenüber dem Vorjahresquartal). In Ostdeutschland ist die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich ungünstiger verlaufen als in Westdeutschland. Mit einer Zuwachsrate von 1,1% lag das Wachstum in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) sogar geringfügig unter dem Vorjahreswert (+1,4%), während in den alten Ländern mit +3,3% eine deutliche Beschleunigung gegenüber 1999 (+1,6%) zu verzeichnen war.

Die Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts von der Entstehungsseite zeigt, dass die Bereiche Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (+5,2%), produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe (+5%) sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+4,2%) am stärksten zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben. Nur geringe Wachstumsimpulse gingen dagegen von den öffentlichen und privaten Dienstleistern aus, deren reale Wertschöpfung um 1,1% gegenüber dem Vorjahr zunahm. Im Baugewerbe war wie in den fünf Jahren zuvor wiederum ein Rückgang zu verzeichnen, die Wertschöpfung lag um 3,8% unter dem Vorjahreswert.

Auf der Verwendungsseite wiesen die Ausstattungsinvestitionen (+9%) und die Investitionen in sonstige Anlagen (+9,7%) die kräftigsten Zuwächse im Jahr 2000 auf. Der dritte und gewichtigste Bestandteil der Bruttoanlageinvestitionen, die Investitionen in neue Bauten, ist dagegen um 2,5% gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Die privaten Konsumausgaben als größte Komponente der inländischen Verwendung erhöhten sich mit 1,6% nur unterdurchschnittlich und auch geringer als im Vorjahr. Der Anstieg bei den Konsumausgaben des Staates lag zwar mit 1,4% noch darunter, allerdings waren diese im Jahr zuvor sogar leicht zurückgegangen. Die Haupttriebfeder des inländischen Wachstums waren daher wiederum die Exporte. Mit einem Plus von 13,2% nahmen die Ausfuhren mehr als doppelt so stark zu wie im Vorjahr. Wesentlich zur Exportdynamik beigetragen hat die Abwertung des Euro, von der die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt profitierte. Die Importe nahmen real zwar auch deutlich zu (+10,2%), der Außenbeitrag hat sich jedoch mehr als verdoppelt auf knapp 70 Mrd. DM. Dieser hat damit allein einen Prozent-

Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Berichtsmerkmal	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
	Mrd. DM	1999	2000
Bruttoinlandsprodukt			
In jeweiligen Preisen	3 976	2,5	2,6
In Preisen von 1995	3 841	1,6	3,0
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995			
Private Konsumausgaben	2 165	2,6	1,6
Konsumausgaben des Staates	717	-0,1	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	859	3,3	2,4
Ausrüstungsinvestitionen	340	6,7	9,0
Bauinvestitionen	470	0,5	-2,5
sonstige Anlagen	49	12,4	9,7
Exporte	1 284	5,1	13,2
Importe	1 214	8,1	10,2
Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt)			
In jeweiligen Preisen	3 947	2,3	2,6
In Preisen von 1995	3 816	1,4	3,0
Nettonationaleinkommen in jeweiligen Preisen			
Volkseinkommen	2 946	1,4	2,6
Arbeitnehmerentgelt	2 121	2,4	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	824	-1,2	1,6

punkt zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beigetragen. In jeweiligen Preisen betrachtet zeigt sich für den Außenhandel ein fast konträres Bild: Die Importe sind stärker gestiegen (+18,7%) als die Exporte (+16,2%), und der Außenbeitrag hat sich gegenüber 1999 auf gut 15 Mrd. DM mehr als halbiert. Ursache hierfür sind die Importpreise, die – vor allem wegen der gestiegenen Erdölpreise und des gefallen Eurokurses – deutlich stärker zunahm als die Exportpreise. Dies ist auch der Grund für die im Vergleich zum realen Wachstum geringere nominale Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (+2,6%).

Der positive Konjunkturverlauf im vergangenen Jahr hat auch zu einer kräftigen Zunahme der Beschäftigung geführt. Im Jahresdurchschnitt 2000 waren in Deutschland 590 000 Personen oder 1,6% mehr erwerbstätig als 1999. Insgesamt wurde die inländische Wirtschaftsleistung von 38,5 Mill. Erwerbstätigen erbracht. Die Ausweitung der Beschäftigung kam allerdings allein den alten Bundesländern zugute. Während hier ein Zuwachs um durchschnittlich 2,1% zu verzeichnen war, verringerte sich die Erwerbstätigkeit in den neuen Ländern (ohne Berlin) um 1,5% gegenüber dem Vorjahr.

Die Arbeitsmärkte in West- und Ostdeutschland haben sich also im vergangenen Jahr weiter auseinander entwickelt, was auch die Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit belegen. Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl der Arbeitslosen deutlich gesunken. Zum Jahresende waren hier 2,45 Mill. Arbeitslose gemeldet, im Vergleich zum Vorjahr waren dies rund 236 400 oder 8,8% weniger. In den neuen Ländern und Berlin-Ost war lediglich ein Rückgang um 1 900 arbeitslose Männer und Frauen oder 0,1% zu verzeichnen, sodass Ende Dezember knapp 1,36 Mill. Personen ohne Beschäftigung von den Arbeitsämtern registriert waren. Berechnet auf der Basis der abhängigen zivilen Erwerbspersonen ist die Arbeitslosenquote im früheren Bundesgebiet im Jahresverlauf von 9,6 auf 8,3% gefallen. In den neuen Ländern war die Arbeitslosenquote Ende 2000 nach wie vor gut doppelt so hoch wie im Westen, binnen Jahresfrist ist sie geringfügig von 19,1 auf 18,6% gesunken. Für Deutschland insgesamt zählten die Arbeitsämter somit Ende Dezember knapp 3,81 Mill. Arbeitslose, 238 300 weniger als ein Jahr zuvor. Die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote sank von 11,5 auf 10,3%. Im Vergleich zu 1997, dem bisherigen Höchststand am Jahresende, ist die Zahl der Arbeitslosen in drei Jahren um rund 713 000

gesunken, die gesamtdeutsche Quote hatte damals 13,1% betragen.

Die Verteuerung von Heizöl und Kraftstoffen hat den Preisanstieg im vergangenen Jahr deutlich beschleunigt. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2000 gegenüber 1999 um 1,9% gestiegen, im Vorjahr hatte sich die Lebenshaltung im Schnitt um 0,6% verteuert. Die Energiepreise sind zwar im Dezember gegenüber November leicht zurückgegangen, sie lagen aber noch deutlich über dem Vorjahresstand. Ohne Mineralölzeugnisse hat sich der Index im vergangenen Jahr um 1% erhöht. Im Bereich Nachrichtenübermittlung sind die Preise sogar deutlich gesunken (-4,2%). Dämpfend auf die Preisentwicklung haben sich außerdem Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke ausgewirkt, die sich um 0,5% verbilligten. Im früheren Bundesgebiet stiegen die Preise im Jahresdurchschnitt 2000 mit 2% etwas stärker als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 1,7%. Wegen des geringeren Anteils des Heizöls am ostdeutschen Warenkorb waren die Haushalte dort nicht im gleichen Ausmaß von der starken Verteuerung dieses Energieträgers betroffen wie die westdeutschen Haushalte.

venzverfahren von Verbrauchern ein Schuldenbereinigungsplan angenommen und somit die Wirkung eines Vergleichs erzielt.

Die vorläufigen Forderungen, die von den Gläubigern geltend gemacht bzw. von den Gerichten geschätzt wurden, beliefen sich im vergangenen Jahr auf 1 279 Mill. DM, rund 58% mehr als im Jahr 1999. Im Durchschnitt betrug die Forderungshöhe somit knapp 737 000 DM je Insolvenzfall. Fast drei Viertel aller Forderungen wurden bei den eröffneten Verfahren angemeldet; die durchschnittliche Forderungshöhe lag hier mit knapp 1,24 Mill. DM entsprechend höher als bei den mangels Masse abgewiesenen Verfahren mit 348 000 DM. Bei den Verbraucherinsolvenzen wurden von den Gläubigern im Schnitt immerhin 271 000 DM geltend gemacht.

EZB-Zinsen mehrfach angehoben

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat die seit dem Übergang auf die gemeinsame Geld- und Währungspolitik des Eurosystems am 1. Januar 1999 einheitlichen Notenbankzinssätze im vergangenen Jahr in mehreren Schritten angehoben. Der größte Teil der Liquiditätsbereitstellung zwischen dem Europäischen System der Zentralbanken und dem Bankensystem erfolgt über Hauptrefinanzierungsgeschäfte. Der Zinssatz für diese im Mengentenderverfahren durchgeführten Offenmarktgeschäfte stieg von 3 auf 4,25% Mitte des Jahres. Seitdem werden die Hauptrefinanzierungsgeschäfte als Zinstender durchgeführt, wobei der Mindestbietungssatz in zwei weiteren Schritten auf 4,75% erhöht wurde. Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wurde im vergangenen Jahr ebenfalls in mehreren Schritten von je 0,25 Prozentpunkten von 4 auf 5,75% angehoben. Jeweils gleichzeitig erhöhte der EZB-Rat den Zinssatz für die Einlagefazilität, zu dem die

Kreditinstitute nicht benötigte Liquiditätsspitzen bei den nationalen Zentralbanken über Nacht anlegen können, von 2 auf zuletzt 3,75%.

Die Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute in Rheinland-Pfalz wird von der Landeszentralbank nachgewiesen. Den Bankstatistiken zufolge nahmen die Ausleihungen der rheinland-pfälzischen Banken und Sparkassen an inländische Nichtbanken im vergangenen Jahr um 5,5% zu und erreichten Ende Dezember insgesamt 195,3 Mrd. DM. Per Saldo haben die inländischen Bankkunden im Jahr 2000 neue Kredite in Höhe von 10,2 Mrd. DM aufgenommen. Am kräftigsten expandierten die kurzfristigen Darlehen mit +6,9%. Der weitestgehend größte Teil des Kreditgeschäfts entfiel aber weiterhin auf die langfristigen Darlehen mit einer Laufzeit von über fünf Jahren, die knapp vier Fünftel des Aktivgeschäfts ausmachten. Nach Schuldnergruppen gegliedert entfiel fast die Hälfte der Ausleihungen auf die privaten Haushalte. Mit einem Plus von 6,7% expandierte das Geschäft hier überdurchschnittlich. Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Personen dehnten ihre Kreditaufnahme um 4,2% aus und die öffentlichen Haushalte um 5,6%.

Das Passivgeschäft der rheinland-pfälzischen Kreditinstitute verlief im vergangenen Jahr nicht so dynamisch wie das Aktivgeschäft. Insgesamt stiegen die Einlagen und aufgenommenen Kredite von inländischen Nichtbanken im Jahr 2000 um 2,6% und erreichten am Ende des Jahres den Bestand von 143,6 Mrd. DM. Per Saldo stockte die Bankkundschaft im vergangenen Jahr ihre Anlagen bei den Geldinstituten in Rheinland-Pfalz um 3,7 Mrd. DM auf. Das Einlagenvolumen ist deutlich gewachsen bei den Termingeldern (+10,5%), aber auch bei den täglich fälligen Sichteinlagen (+8,3%). Der Bestand an Spareinlagen ist dagegen um 4,2% gesunken, leichte Verluste gab es außerdem bei den Sparbriefen

(-0,5%). Mit einem Anteil von 42% machten die Spareinlagen aber weiterhin den größten Teil der Bankeinlagen aus, der Anteil der Termineinlagen ist auf 29% gestiegen. Die Spareinlagen befinden sich fast ausschließlich in den Händen der privaten Haushalte. Insgesamt sind die Einlagen dieser Kundengruppe im Jahr 2000 fast unverändert geblieben (+0,1%), die Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Personen weiteten ihre Forderungen an Banken und Sparkassen um 5,4% aus und die öffentlichen Haushalte sogar um 44,6%.

Verarbeitendes Gewerbe: Konjunktuelle Erholung bei fortgesetztem Personalabbau

Die im August 1999 nach Überwindung der negativen Auswirkungen der Krisen in Asien, Russland und Lateinamerika beginnende Erholung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft konnte sich im Jahr 2000 weiter fortsetzen. Das Wachstum des Gesamtumsatzes im verarbeitenden Gewerbe wurde dabei von der günstigen Entwicklung der Exporte unterstützt, welche wiederum von der fortgesetzten Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar begünstigt wurde. Der EZB-Referenzkurs erreichte am 25. Oktober 2000 mit 0,8252 Dollar für einen Euro seinen vorläufigen Tiefpunkt, stieg bis zum Jahresende jedoch wieder bis auf 0,9305 Dollar an. Daneben sorgten zunehmende Auftragseingänge aus dem Inland für eine Belebung der Inlandskonjunktur.

Die realistische Abbildung des Wirtschaftswachstums in Rheinland-Pfalz wurde im Jahr 2000 jedoch durch eine Änderung der Meldeweise eines bedeutenden Unternehmens der Kraftfahrzeugindustrie verhindert. So ist ein Vorjahresvergleich für den Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, für den Unterabschnitt „Fahrzeugbau“ sowie für die Hauptgruppe „Investitionsgüterproduzenten“ vorübergehend nicht möglich. Der durch die Änderung der Meldeweise entstandene Bruch in der Zeitreihe schlägt darüber hinaus auch auf die Gesamtergebnisse für das verarbeitende Gewerbe durch, deren Entwicklung dadurch deutlich unterzeichnet wird. Um trotzdem eine annähernde Vorstellung von der konjunkturellen Entwicklung in der Industrie zu erhalten, werden im Folgenden die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahr zusätzlich auch ohne den Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ dargestellt.

Die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten setzten im letzten Jahr 119,6 Mrd. DM um. Das waren 5,2% mehr als im Jahr zuvor. Ohne Berücksichtigung des Wirtschaftszweigs „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“ belief sich die Wachstumsrate sogar auf 8,6%. Trotzdem nahm die Umsatzentwicklung damit einen ungünstigeren Verlauf als im Durchschnitt aller Bundesländer (+9,2%). Das Wachstum des Gesamtumsatzes wurde in Rheinland-Pfalz wieder überwiegend vom Auslandsmarkt getragen, wo die Umsätze um 4,1% (ohne Kraftfahrzeugindustrie: +11,7%) auf 48,6 Mrd. DM gesteigert werden konnten. Die Inlandsumsätze beliefen sich auf 71 Mrd. DM und erhöhten sich damit gegenüber 1999 um 5,9% (ohne Kraftfahrzeugindustrie: +6,6%) ebenfalls kräftig. Die Exportquote lag mit 40,6% erneut deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 36,3%.

Trotz der günstigen Umsatzentwicklung setzte sich der bereits in den früheren Jahren beobachtete Rückgang der Beschäftigung im vergangenen Jahr fort. Ende September 2000 waren 305 000 Personen in den Betrieben des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten tätig. Das waren 1,3% oder rund 3 900 Personen weniger als im Jahr zuvor (1999: -1,8%). Ohne die Kraftfahrzeugindustrie belief sich der Rückgang allerdings nur auf -0,9%. Damit war die Situation in Rheinland-Pfalz wieder ungünstiger als im Bundesgebiet, wo eine Zunahme der Beschäftigung um 0,4% festgestellt wurde. Den stärksten Personalabbau verzeichneten die Investitionsgüterproduzenten, die auch ohne die Kraftfahrzeugindustrie über 5,2% weniger Arbeitsplätze als Ende September 1999 verfügten, gefolgt von den Gebrauchsgüterproduzenten (-2%). Während die Vorleistungsgüterproduzenten ihren Personalstand nach einem Rückgang in 1999 um 1,2% im vergangenen Jahr konstant hielten, konnten die Verbrauchsgüterproduzenten die Zahl ihrer Arbeitsplätze um 0,3% erhöhen.

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ging um 1,9% (ohne Kraftfahrzeugindustrie: -1,4%) zurück, während die Zahl der Angestellten nahezu stagnierte. Die von den Arbeitern geleisteten Stunden nahmen um 1,7% (ohne Kraftfahrzeugindustrie: -1,4%) und damit etwa im gleichen Ausmaß wie die Zahl der Arbeiter ab. Bei den von den Betrieben gezahlten Löhnen und Gehältern setzte sich der bereits 1999 beobachtete Anstieg mit +2,1% (ohne Kraftfahrzeugindustrie: +2,7%) auf 20,8 Mrd. DM fort. Dabei haben sich die Gehälter (+3,3%) wieder wesentlich günstiger entwickelt als die Löhne (+1%).

Die chemische Industrie bestimmt das Umsatzwachstum im verarbeitenden Gewerbe

Das Umsatzwachstum im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden wurde 2000 vor allem von der größten Industriehauptgruppe des Landes, den Vorleistungsgüterproduzenten, getragen, die im vergangenen Jahr 69,8 Mrd. DM umsetzten und damit 58,3% des Gesamtumsatzes tätigten. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Umsatzsteigerung von 12%. Während die Gebrauchsgüterproduzenten (+5,3%) und die Verbrauchsgüterproduzenten (+3%) ebenfalls eine günstige Umsatzentwicklung aufwiesen, erlebten die Investitionsgüterproduzenten Umsatzeinbußen, die sich ohne die Kraftfahrzeugindustrie noch auf -0,4% beliefen. Die Verbrauchsgüter- (+10,9%) und Gebrauchsgüterproduzenten (+10,7%) erzielten ihre Absatzgewinne vorwiegend im Ausland, wogegen die Vorleistungsgüterproduzenten mit +10,1% auch im Inland beachtliche Umsatzsteigerungen verzeichneten.

Unter den Wirtschaftszweigen übte die chemische Industrie aufgrund ihres hohen Gewichts (30% des Gesamtumsatzes) mit einer Umsatzsteigerung um rund 5,2 Mrd. DM oder 16,7% wieder den stärksten Einfluss auf die Gesamtentwicklung aus. Nachdem im Jahr 1999 das Umsatzwachstum dieser Branche weit überwiegend im Ausland erzielt worden war, wies im Jahr 2000 der Inlandsabsatz mit +20% eine deutlich höhere Zuwachsrate auf als der Auslandsabsatz (+14,6%). Die

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	2000	Ver- änderung zum Vorjahr in %
Beschäftigte ²⁾	Anzahl	305 000	-1,3
darunter Arbeiter ²⁾	"	194 249	-1,9
Geleistete Stunden der Arbeiter	1 000	307 700	-1,7
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. DM	20 802	2,1
Löhne	"	10 937	1,0
Gehälter	"	9 865	3,3
Umsatz insgesamt	Mill. DM	119 647	5,2
davon			
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	"	721	10,7
verarbeitendes Gewerbe	"	118 926	5,2
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	"	11 368	3,0
Textil- u. Bekleidungsgewerbe	"	"	"
Ledergewerbe	"	1 248	-3,5
Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	"	2 700	8,0
Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	"	6 378	8,7
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	"	"	"
chemische Industrie	"	36 426	16,7
Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	"	7 303	3,3
Glasgewerbe, Keramik, Ver- arbeitung von Steinen und Erden	"	5 858	1,1
Metallerzeugung und -bear- beitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	"	11 654	10,4
Maschinenbau	"	9 577	0,3
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten u. -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik	"	5 157	5,8
Fahrzeugbau ³⁾	"	17 149	x
Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten und sonstigen Erzeugnissen; Recycling	"	2 701	-2,5
davon			
Vorleistungsgüterproduzenten	"	69 782	12,0
Investitionsgüterproduzenten ³⁾	"	26 846	x
Gebrauchsgüterproduzenten	"	2 444	5,3
Verbrauchsgüterproduzenten	"	20 575	3,0
Auslandsumsatz insgesamt	Mill. DM	48 628	4,1
davon			
Vorleistungsgüterproduzenten	"	30 994	14,4
Investitionsgüterproduzenten ³⁾	"	12 765	x
Gebrauchsgüterproduzenten	"	564	10,7
Verbrauchsgüterproduzenten	"	4 305	10,9
Auftragseingang insgesamt	Mill. DM	101 844	4,8
davon			
Vorleistungsgüterproduzenten	"	58 157	8,2
Investitionsgüterproduzenten ³⁾	"	24 928	x
Gebrauchsgüterproduzenten	"	2 341	3,0
Verbrauchsgüterproduzenten	"	16 419	3,2

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2) Stand: Ende September. – 3) Als Folge der Änderung der Meldeweise eines Unternehmens ist ein Vorjahresvergleich hier vorübergehend nicht möglich.

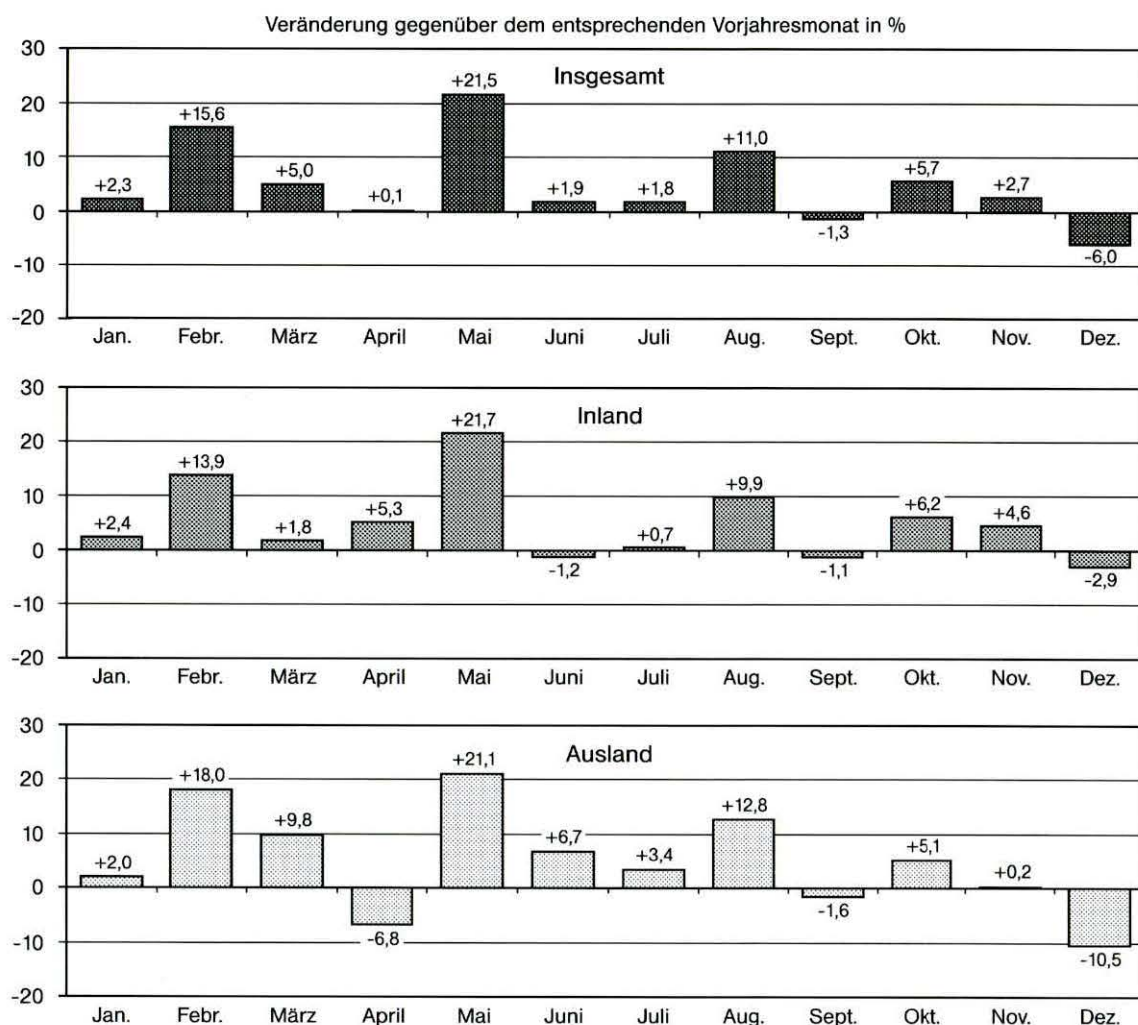
noch immer sehr hohe Exportquote verringerte sich dadurch um einen Prozentpunkt auf 60%. Zu der besonders hohen Umsatzsteigerung in der chemischen Industrie trug unter anderem bei, dass die Preise für chemische Erzeugnisse nach jahrelangem Verfall im vergangenen Jahr erstmals wieder anzogen. Daneben zählte vor allem die Metallindustrie zu den Wirtschaftszweigen, die im Jahr 2000 die Umsatzentwicklung im verarbeitenden Gewerbe besonders positiv beeinflusst haben. Das hohe Umsatzwachstum von 10,4% wurde im Gegensatz zur chemischen Industrie jedoch weit überwiegend auf dem Auslandsmarkt erzielt (+19,4%), während der Inlandsabsatz mit +6,9% vergleichsweise bescheiden wuchs. Überdurchschnittliche Steigerungsraten verzeichneten außerdem das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe (+8,7%), das Holzgewerbe (+8%) sowie der Bereich „Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ (+5,8%). Während die beiden erstgenannten Zweige ihre höchsten Steigerungsraten auf dem Auslandsmarkt erzielen konnten, entwickelte sich in dem letztgenannten Bereich die Geschäftstätigkeit im Inland (+9,2%) günstiger als im Ausland (+1,3%). Rückläufige Umsätze gegenüber dem Vorjahr verzeichnete dagegen das Ledergewerbe (-3,5%), was in erster Linie auf den anhaltenden Strukturwandel in der Schuhindustrie zurückzuführen ist. Erheblich gestiegene Exporte (+14,2%) sorgten hier jedoch dafür, dass die Umsatzeinbußen gegenüber dem Vorjahr nicht noch größere Ausmaße annahmen.

Entwicklung der Auftragseingänge deutet auf eine Abflachung des Konjunkturverlaufs hin

Einen Hinweis auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung geben die in den letzten Monaten des vergangenen Jahres bei der Industrie eingegangenen Produktionsaufträge. Danach ist in den folgenden Monaten mit einer gewissen Abflachung des Konjunkturverlaufs zu rechnen. Die nach einem Boom in den ersten acht Monaten dann ab September 2000 beobachtete überwiegend negative Entwicklung der Auftragseingänge betraf vor allem die Bestellungen aus dem Ausland, was durch die mit der deutlichen Konjunkturabschwächung in den Vereinigten Staaten und der Erholung des Euro sich verschlechternden Exportaussichten zu erklären ist.

Bei den rheinland-pfälzischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 20 und mehr Beschäftigten wurden im gesamten Jahr 2000 Waren im Wert von 101,8 Mrd. DM bestellt, das waren 4,8% mehr als im Vorjahr (1999: -0,4%). Ohne die Kraftfahrzeugindustrie haben sich die Bestelleingänge bei der Industrie sogar um 6,8% erhöht. Mit Berücksichtigung der Kraftfahrzeugindustrie nahmen die Auftragseingänge aus dem Inland und aus dem Ausland etwa gleich stark zu. Ohne Berücksichtigung der Kraftfahrzeugindustrie war die Zuwachsrate der Auslandsbestellungen (+9,6%) dagegen fast doppelt so hoch wie die der Inlandsbestellungen (+5%). Die günstige Entwicklung der Auftragseingänge vollzog sich jedoch überwiegend in den ersten acht Monaten des Jahres mit einer Zuwachsrate gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum von 7,2% (ohne Kraftfahrzeugindustrie: +9%). In den restlichen vier Monaten des Jahres belief sich das Auftragswachstum im Durchschnitt lediglich noch auf 0,3% (ohne Kraftfahrzeugindustrie: +2,7%).

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden 2000



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 29/2001

Erzeugerpreise gewerblicher Erzeugnisse steigen wieder

Die Umsatz- und Auftragseingangsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe war 2000 nach zwei hintereinander folgenden Jahren mit sinkenden Erzeugerpreisen erstmals wieder von steigenden Erzeugerpreisen begleitet. Der Gesamtindex der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte hat sich im gesamten Bundesgebiet im Jahresdurchschnitt 2000 gegenüber dem Vorjahr um 3,4% erhöht (1999: -0,4%).

Die Preisentwicklung weicht in den einzelnen Industriebereichgruppen jedoch zum Teil erheblich vom Verlauf des Gesamtindex ab. Mit Abstand am stärksten zogen mit +6% die Preise für Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten an. An dieser Entwicklung waren zum einen die Mineralölherzeugnisse (+32,1%) beteiligt, die sich infolge der Erhöhung der Ökosteuer, der Verknappung der Förderkapazitäten sowie des gestiegenen Dollarkurses weiter erheblich verteuerten, zum anderen dürften auch die wieder deutlich gestiegenen Preise für chemische Erzeugnisse einen nicht unerheblichen Ein-

fluss auf die Preisentwicklung in dieser Industriebereichgruppe ausgeübt haben. Den geringsten Preisanstieg verzeichneten mit +0,4% dagegen die Erzeugnisse der Investitionsgüterproduzenten. Zu dieser vergleichsweise günstigen Preisentwicklung trug in erster Linie der anhaltende Preisverfall bei Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (-3,9%) bei. Aber auch Kraftwagen und Kraftwagenteile (+0,6%) waren im vergangenen Jahr nur unwesentlich teurer als im Jahr zuvor. Etwas stärker als im Investitionsgüterbereich erhöhten sich die Preise für Produkte der Verbrauchsgüter- und der Gebrauchsgüterproduzenten. Mit +0,7 bzw. +1,1% lagen die Preissteigerungen in diesen Bereichen jedoch noch im Rahmen.

Noch keine klare Tendenz zur konjunkturellen Erholung im Baugewerbe

In der Bauwirtschaft war auch im Jahr 2000 noch keine klare Tendenz zur konjunkturellen Erholung zu erkennen. Die baugewerblichen Umsätze sind in Rhein-

**Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte
in Deutschland nach Industriebauptgruppen
und ausgewählten Erzeugnisgruppen
1995 = 100**

Berichtsmerkmal	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1999	2000
Gewerbliche Erzeugnisse insgesamt ¹⁾	103,0	-0,4	3,4
Industriebauptgruppen			
Vorleistungsgüterproduzenten	100,6	-1,8	6,0
Investitionsgüterproduzenten	103,4	0,3	0,4
Gebrauchsgüterproduzenten	103,3	0,5	1,1
Verbrauchsgüterproduzenten	102,2	-1,0	0,7
Ausgewählte Erzeugnisgruppen			
Mineralölerzeugnisse	147,2	11,1	32,1
Chemische Erzeugnisse	100,1	-1,5	4,8
Büromaschinen, Datenver- arbeitungsgeräte und -einrichtungen	78,3	-7,2	-3,9
Maschinen	105,0	0,8	0,9
Kraftwagen und Kraftwagen- teile	103,9	0,7	0,6
Gummi- und Kunststoffwaren	99,9	-0,5	1,9
Leder und Lederwaren	103,5	-0,2	1,0

1) Ohne Energie und Wasser.

land-Pfalz im letzten Jahr zwar nominal weiter leicht angestiegen. Die Entwicklung der Auftragseingänge gab im Verlauf des Jahres jedoch kein einheitliches Bild ab. Deutete im Januar ein kräftiger Zuwachs sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat zunächst noch auf eine Erholung der Bauwirtschaft hin, so folgten in den Monaten Februar bis Juli bereits wieder erhebliche Einbrüche. Im Zeitraum August bis Dezember wurden wiederholt einzelne Hoffnungszeichen auf eine Besserung der Lage sichtbar, die jedoch unmittelbar danach wieder einer Enttäuschung wichen. Da die Zahlen der Beschäftigten und der auf den Baustellen geleisteten Arbeitsstunden trotz des geringen Umsatzwachstums weiter gesunken sind, erhöhte sich rein rechnerisch die Arbeitsproduktivität in der Bauwirtschaft.

Im Jahr 2000 gab es in Rheinland-Pfalz im Hoch- und Tiefbau sowie im Bereich der vorbereitenden Baustellenarbeiten (Bauhauptgewerbe) im Monatsdurchschnitt nur noch 529 Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten, 22 Betriebe oder 4% weniger als vor Jahresfrist. Hier waren rund 25 800 Menschen tätig. Das waren 440 oder 1,7% weniger als im Jahr 1999. Damit nahmen der Rückgang der Zahl der Baubetriebe sowie der damit einhergehende Abbau von Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz wieder geringere Ausmaße an als im gesamten Bundesgebiet, wo 2000 vor allem wegen der nach wie vor unbefriedigenden Lage in Ostdeutschland 5,2% weniger Betriebe und 7,3% weniger Beschäftigte im Bauhauptgewerbe gezählt wurden. Die Zahl der ge-

leisteten Arbeitsstunden verringerte sich in Rheinland-Pfalz gleichzeitig um 1,5% (Deutschland: -10%). Trotz des Beschäftigungsrückgangs erhöhte sich die Summe der von den Betrieben ausgezahlten Löhne und Gehälter um 0,6% auf 1,54 Mrd. DM (Deutschland: -5,7%).

Gewerblicher Tiefbau verhindert negative Umsatzentwicklung

Die Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten erzielten 2000 mit 5,8 Mrd. DM einen baugewerblichen Umsatz, der um rund 158 Mill. DM oder 2,8% über dem Vorjahreswert lag. Damit schnitten die Betriebe in Rheinland-Pfalz weitaus besser ab als im Bundesgebiet, wo die Baufirmen im vergangenen Jahr einen Umsatzrückgang von 6,3% hinnehmen mussten. Das Wachstum des baugewerblichen Umsatzes im Land vollzog sich wie im Vorjahr ausschließlich im Tiefbau (+10,3%), während im Hochbau in fast allen Bereichen Umsatzeinbußen hingenommen werden mussten. Zu der Umsatzsteigerung im Tiefbau trug in erster Linie der gewerbliche Tiefbau (+37%) bei, was wiederum überwiegend auf die seit zwei Jahren beobachtete rege Bautätigkeit bei Bahn und Post (+71,3%) zurückgeht. Hierfür ist auch in 2000 der Bau der ICE-Strecke Köln-Frankfurt durch Rheinland-Pfalz maßgeblich verantwortlich. Aber auch der gewerbliche und industrielle Bau (+10,5%) – als eine weitere Untergruppe des gewerblichen Tiefbaus – verzeichnete nach einem stetigen Rückgang in den vorausgegangenen Jahren erstmals wieder ein Umsatzplus. Während sich beim öffentlichen Tiefbau (+8,8%) der in den letzten Jahren beobachtete Umsatzanstieg verstärkt fortsetzte, erlebte der Straßenbau (-3,7%) nach dem seit 1997 beobachteten Boom erstmals wieder einen leichten Umsatzrückgang. Im Hochbau (-4,5%) setzte sich die seit Jahren beobachtete Abnahme der Wohnungsbautätigkeit weiter fort. Die Umsätze in diesem Bereich gingen 2000 nochmals um 9,5% auf rund 1 Mrd. DM zurück. Während sich der gewerbliche Hochbau mit -5,6% weniger negativ entwickelte als der Wohnungsbau, konnte dagegen der öffentliche Hochbau (+9,2%) nach Umsatzeinbußen in den beiden vorausgegangenen Jahren wieder ein positives Ergebnis vorweisen.

Straßen- und Wohnungsbau bestimmen die Auftragsentwicklung

Die im Bauhauptgewerbe im Jahr 2000 eingegangenen Aufträge wiesen einen Gesamtwert von rund 4,6 Mrd. DM auf. Das waren 124 Mill. DM oder 2,6% weniger als im Jahr zuvor. Damit hat sich die bereits im Jahresdurchschnitt von 1999 beobachtete negative Auftragsentwicklung weiter fortgesetzt. Die Auftragseingänge unterlagen im Verlauf des Jahres jedoch erheblichen Schwankungen. Während der Januar 2000 noch ein Auftragsplus gegenüber dem Januar 1999 von fast einem Fünftel aufwies, lagen die Bestelleingänge in den Monaten Februar bis Juli im Durchschnitt um knapp ein Zehntel unter denen im gleichen Vorjahreszeitraum. Im September nährte die Zunahme der Auftragseingänge um 17,7% gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres die Hoffnung auf ein Ende der negativen Entwicklung. Diese wurde jedoch bereits im Oktober mit einem

Baugewerbe

Berichtsmerkmal	Einheit	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1999	2000
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau (Bauhauptgewerbe) ¹⁾				
Betriebe ²⁾	Anzahl	529	-2,3	-4,0
Beschäftigte ²⁾	Anzahl	25 801	-2,0	-1,7
ausländische Arbeitnehmer ²⁾	"	2 236	1,8	9,2
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	32 360	-0,5	-1,5
Hochbau	"	14 734	-3,2	-5,8
Wohnungsbau	"	6 358	-9,9	-6,4
gewerblicher Hochbau	"	6 189	3,0	-6,5
gewerblicher und industrieller Bau	"	5 995	4,2	-5,5
Bahn und Post	"	.	-29,7	.
landwirtschaftl. Bau	"	.	1,9	.
öffentlicher Hochbau	"	2 187	1,5	-2,1
Tiefbau	"	17 626	2,0	2,4
gewerblicher Tiefbau	"	4 776	-0,4	15,9
gewerblicher und industrieller Bau	"	2 833	-12,9	1,2
Bahn und Post	"	1 943	43,0	47,1
öffentlicher Tiefbau	"	5 692	-0,6	-3,8
Straßenbau	"	7 158	5,8	-0,3
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. DM	1 540	1,3	0,6
Baugewerblicher Umsatz ³⁾	Mill. DM	5 818	3,1	2,8
Hochbau	"	2 747	-5,1	-4,5
Wohnungsbau	"	1 004	-11,1	-9,5
gewerblicher Hochbau	"	1 197	1,3	-5,6
gewerblicher und industrieller Bau	"	1 163	2,1	-4,4
Bahn und Post	"	17	-27,7	-50,7
landwirtschaftl. Bau	"	18	35,6	-1,7
öffentlicher Hochbau	"	546	-6,3	9,2
Tiefbau	"	3 071	13,2	10,3
gewerblicher Tiefbau	"	949	28,1	37,0
gewerblicher und industrieller Bau	"	432	-9,6	10,5
Bahn und Post	"	518	177,6	71,3
öffentlicher Tiefbau	"	943	4,7	8,8
Straßenbau	"	1 188	12,3	-3,7
Auftragseingang ³⁾	"	4 620	-2,7	-2,6
Hochbau	"	2 470	-7,8	3,1
Tiefbau	"	2 150	3,0	-8,4
Auftragsbestand ³⁾ (31.12.)	"	1 944	19,6	-16,6
Hochbau	"	952	1,3	-0,9
Tiefbau	"	992	36,9	-27,5
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ausbaugewerbe) ¹⁾				
Betriebe ⁴⁾	Anzahl	402	6,6	3,3
Beschäftigte ⁴⁾	"	14 308	2,6	-2,3
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	17 592	3,9	-2,8
Bruttolöhne und -gehälter	Mill. DM	714	4,1	-0,1
Gesamtumsatz ³⁾	"	2 480	7,1	2,1

1) Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. – 2) Monatsdurchschnitt. – 3) Ohne Umsatzsteuer. – 4) Vierteljahresdurchschnitt.

Rückgang der Bestellungen um ein Fünftel wieder enttäuscht. Erst der Dezember 2000 brachte mit einem Auftragsplus gegenüber dem Dezember 1999 von 13,4% einen leichten Hoffnungsschimmer auf eine Verbesserung der Situation des Baugewerbes im Jahr 2001.

Der Rückgang der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe spielte sich 2000 ausschließlich im Tiefbau (-8,4%) und hier insbesondere im Straßenbau (-8,3%) ab. Im Straßenbau setzte sich die bereits im Vorjahr beobachtete negative Entwicklung verstärkt fort. Erhebliche Auftragseinbußen gegenüber dem Vorjahr mussten aber auch der gewerbliche (-9,4%) und der öffentliche Tiefbau (-8%) hinnehmen. Im Gegensatz zum Straßenbau konnten in diesen Bauarten im Jahr 2000 noch erhebliche Umsatzsteigerungen erzielt werden. Im Hochbau (+3,1%) konnten die Baubetriebe nach einem Minus im vorausgegangenen Jahr 1999 wieder mehr Aufträge als im Vorjahr verbuchen. Zu der günstigen Entwicklung trugen jedoch nur der gewerbliche Hochbau (+8,8%), zu dem unter anderem auch Bahn und Post zählen, und der öffentliche Hochbau (+6,8%) bei, während sich im Wohnungsbau die negative Auftragsentwicklung des Vorjahres (-11,9%) mit einer Rate von -5,4% fortsetzte.

Infolge der relativ ungünstigen Auftragsentwicklung im vergangenen Jahr verfügten die Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten Ende Dezember 2000 über einen Auftragsbestand von nur noch 1,9 Mrd. DM, woraus sich eine Reichweite der Aufträge von vier Monaten errechnet. Dabei schnitt der Hochbau mit 4,2 Monaten diesmal besser ab als der Tiefbau (3,9 Monate). Ende Dezember 1999 hatte die Reichweite des Auftragsbestands des gesamten Bauhauptgewerbes noch bei knapp fünf Monaten gelegen.

Eine Vorstellung von der künftigen Entwicklung im Wohnungsbau gibt die Zahl der Baugenehmigungen des Jahres 2000. Während in den letzten vier Jahren die Genehmigungen von Eigenheimen ständig gestiegen waren, scheint dieser Trend nunmehr gebrochen zu sein. Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden haben im Laufe des Jahres den Bau von knapp 16 600 Neubauwohnungen in Wohngebäuden genehmigt. Das waren rund 4 300 Wohnungen oder ein gutes Fünftel weniger als im Vorjahr. Zu dem Rückgang trug vor allem die Zahl der Genehmigungen von Einfamilienhäusern (-17,7%) und der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern mit drei und mehr Wohnungen (-20,5%) bei. Damit setzte sich der seit 1995 beobachtete stark rückläufige Trend bei der Genehmigung von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern weiter fort.

Bauleistungen wieder teurer

Die Umsatz- und Auftragseingangsentwicklung im Bauhauptgewerbe wurde nach zwei Jahren mit sinkenden Preisen 2000 wieder von Preissteigerungen begleitet. So sind die Bauleistungen an Wohngebäuden im Durchschnitt der Monate Februar, Mai, August und November 2000 gegenüber dem Vorjahr in Deutschland um 0,3% teurer geworden, nachdem die Preise 1999 noch um 0,3% gesunken waren. Hiervon waren jedoch nur Ausbauarbeiten (+0,9%) betroffen, während sich die

Preisindizes für Bauwerke in Deutschland
1995 = 100

Berichtsmerkmal	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1999	2000
Wohngebäude			
Bauleistungen insgesamt	98,7	-0,3	0,3
Bauleistungen am Bauwerk (reine Baukosten)	98,7	-0,3	0,3
Rohbauarbeiten	95,3	-0,7	-0,2
Ausbauarbeiten	102,0	-	0,9
Bürogebäude	100,1	-0,2	0,7
Straßenbau	97,8	-0,2	2,4

Rohbauarbeiten nochmals um 0,2% verbilligten. Wesentlich stärker als im Wohnungsbau verteuerten sich im vergangenen Jahr dagegen die Bauleistungen im Straßenbau (+2,4%).

Weniger Beschäftigte bei stagnierenden Umsätzen im Handwerk

Die rheinland-pfälzischen Handwerksunternehmen schlossen das Jahr 2000 mit insgesamt stagnierenden Umsätzen ab, wobei das Vorjahresergebnis um 0,2% unterschritten wurde. Ähnlich wie bereits 1999 konnte das Beschäftigungsniveau nicht gehalten werden und verzeichnete ein Minus von 2,7%.

Die zum verarbeitenden Gewerbe zählenden Handwerksunternehmen blieben insgesamt um 1,2% unter ihrem Vorjahresumsatz, was insbesondere auf die

Handwerk
1998 = 100

Berichtsmerkmal	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1999	2000
Beschäftigte			
Insgesamt	94,2	-3,0	-2,7
Umsatz			
Insgesamt	103,3	3,5	-0,2
davon			
Bau- und Ausbaugewerbe	101,6	2,0	-0,3
Elektro- und Metallgewerbe	108,4	7,9	0,5
Holzgewerbe	91,8	-7,0	-1,2
Bekleidungs-, Textil- und Leder-gewerbe	92,7	-12,1	5,4
Nahrungsmittelgewerbe	90,6	-5,2	-4,4
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege, chemische Gewerbe sowie Reinigungsgewerbe	105,2	0,6	4,6
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe	94,1	-1,9	-4,1

negative Geschäftsentwicklung im Ernährungs- und im Bekleidungsgewerbe zurückzuführen war. Umsatzsteigerungen konnten andererseits von Handwerkern im Glas- und Keramikgewerbe sowie in der Herstellung von Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik verbucht werden. Handwerker im Baugewerbe, hier waren es vor allem Klempner, Gas- und Wasserinstallateure sowie Stuckateure, Gipser und Verputzer, unterschritten den Umsatzwert des Jahres 1999 insgesamt um 1,1%. Im Bereich der Handwerksbetriebe mit Tätigkeitsschwerpunkt im Handel übertrafen die erzielten Erlöse die des Vorjahres hingegen um 0,9%. Bei den Dienstleistungshandwerkern, die überwiegend für Unternehmen tätig werden, konnten die Gebäudereiniger nach schwächerem Vorjahr ein deutliches Umsatzplus von 6% erwirtschaften.

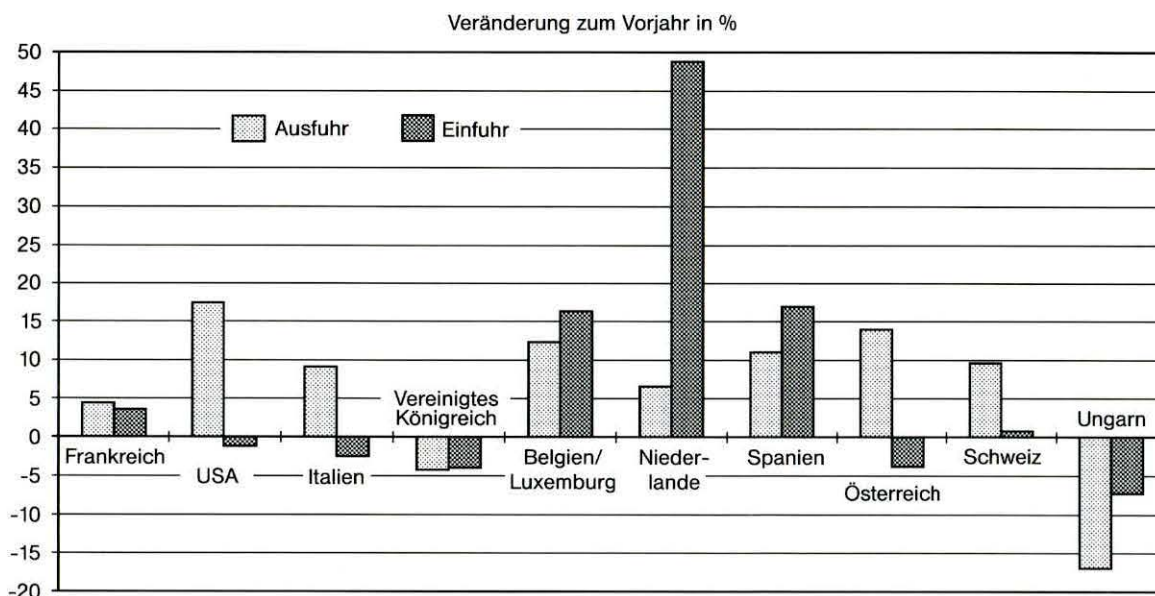
Die größten Einschnitte bei den Beschäftigtenzahlen gab es bei den Handwerkern im verarbeitenden Gewerbe (-4,2%). Besonders auffallend war der Personalabbau im Bekleidungsgewerbe sowie beim Schlachten und in der Fleischverarbeitung. Im Baugewerbe, das seinen Beschäftigtenstand um 3,8% reduzierte, zog sich die negative Entwicklung durch alle Wirtschaftszweige. Handwerker, die überwiegend Handel betreiben, konnten die Beschäftigtenzahl des Vorjahres dagegen gut halten.

Rekordergebnis im Außenhandel

Im Jahr 2000 erhielt die Konjunktur erhebliche Impulse vom Export. Maßgeblichen Anteil an der anhaltend hohen Ausfuhrdynamik hatte die weiterhin zügige Expansion der Weltwirtschaft und insbesondere der anhaltende Boom in den USA. Überdies hat sich durch die deutliche Abschwächung des Euro die Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus dem Euro-Raum erheblich verbessert. Dies führte auch dazu, dass sich der Anstieg der Ausfuhren in den außereuropäischen Raum, hier sind neben den USA auch asiatische und südamerikanische Handelspartner zu nennen, beschleunigte. Im Gefolge des Konjunkturaufschwungs in Europa hat sich seit Ende 1999 zudem die Nachfrage aus dem europäischen Raum deutlich verstärkt. Andererseits muss darauf hingewiesen werden, dass die Euro-Schwäche, zusammen mit dem Höhenflug des Ölpreises, über eine Verteuerung der Importe maßgeblich zur Beschleunigung des Preisanstiegs beigetragen hat.

2000 übertrafen die grenzüberschreitenden Warenströme ihren entsprechenden Vorjahreswert in beiden Verkehrsrichtungen sehr deutlich und bescherten Rheinland-Pfalz sowohl im Export als auch im Import neue Rekordwerte. Nach einer Hochrechnung auf der Grundlage der vorläufigen Monatsdaten von Januar bis November expandierten die rheinland-pfälzischen Exporte im Jahresverlauf 2000 um 8,8% auf ca. 47,8 Mrd. DM. Vergleichsweise geringen Exporteinbußen in den Monaten März und April standen ansonsten wertmäßig hohe Zuwachsraten gegenüber, die nicht selten sogar zweistellig ausfielen. Die Importe stiegen 2000 wertmäßig sogar um gut 14% auf 34,9 Mrd. DM, nachdem im Vorjahr noch ein Rückgang um 3,9% ermittelt wurde. Lediglich im Februar 2000 blieben die Importgeschäfte hinter dem Wert des gleichen Vorjahresmonats zurück.

Entwicklung des Außenhandels mit den zehn bedeutendsten Handelspartnern 2000



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 30/2001

Im Vergleich zum Ausfuhrüberschuss von 13,4 Mrd. DM im Jahr 1999 lagen die Exporte 2000 um 12,9 Mrd. DM über dem Wert der importierten Güter.

Ausfuhren nach Übersee überdurchschnittlich gewachsen

Die Ausfuhren in EU-Partnerländer stiegen im Mittel um 6% auf 27,4 Mrd. DM und entwickelten sich damit unterdurchschnittlich. Eine Differenzierung nach Abnehmerländern innerhalb der Europäischen Union zeigt, dass für Griechenland, Österreich, Belgien/Luxemburg und Spanien die höchsten Wachstumsraten zu verzeichnen waren. Die Lieferungen nach Großbritannien, Irland und Dänemark blieben stark rückläufig. Die Exporte nach Frankreich stiegen jedoch um 4,4% auf annähernd 6,6 Mrd. DM. Innerhalb der EU ist Italien hinter Frankreich mittlerweile der zweitwichtigste Abnehmer rheinland-pfälzischer Waren. Bei einem Plus von 9,1% fanden Waren im Wert von knapp 3,8 Mrd. DM italienische Abnehmer. Knapp 14% der Exporte in den EU-Raum gingen 2000 nach Italien.

Unter Berücksichtigung der wichtigen überseeischen Handelspartner ist in der Ausfuhrangliste andererseits die Bedeutung der USA, die mit gut 3,8 Mrd. DM wertmäßig um 18% mehr Waren aufnahmen als im Jahr zuvor, deutlich gestiegen. Damit wurde Italien im Gesamtvergleich auf Rang drei verdrängt. Auf den weiteren Plätzen mit Ausfuhrwerten von jeweils mehr als 2 Mrd. DM folgten mit 3,5 Mrd. DM Großbritannien (-4,2%) und Belgien/Luxemburg (+12,3%), die Niederlande (2,7 Mrd. DM; +6,6%), Spanien (2,4 Mrd. DM; +11%) und Österreich (2 Mrd. DM; +14%). Im Handel mit anderen europäischen Ländern ließ sich auf der Exportseite beobachten, dass vor allem die Lieferungen nach Russland, Bulgarien, in die Türkei und in die Slo-

wakei hohe Wachstumsraten aufwiesen. Auch die Exporte in die Tschechische Republik und nach Polen entwickelten sich günstig.

Die Ausfuhrgeschäfte mit Asien (6 Mrd. DM; +18,7%) und Amerika (5,7 Mrd. DM; +17,1%) gestalteten sich im Jahr 2000 sehr positiv und expandierten weit überdurchschnittlich. Nach den USA sind auf der anderen Atlantikseite vor allem Brasilien, Mexiko und Kanada zu nennen. In Asien fallen bei der Betrachtung der wichtigsten Handelspartner zuerst die Exportzuwächse nach Singapur, Südkorea, Japan, in die Volksrepublik China und nach Taiwan auf. Thailand, 1999 hinter Japan und der VR China noch an dritter Stelle, nahm im abgelaufenen Jahr 2000 hingegen deutlich weniger Waren ab. Bei einem Minus von 10,1% gegenüber dem Vorjahr wurden nach Afrika Waren im Wert von 882,5 Mill. DM ausgeführt. Die Ausfuhren nach Afrika gingen 2000 zu vier Zehntel in die Republik Südafrika (352,3 Mill. DM; +1,8%).

Einfuhren aus der Europäischen Union stiegen besonders stark

Aus dem EU-Raum wurden insgesamt 16% mehr Waren (22 Mrd. DM) eingeführt, woraus sich im Jahr 2000 im Vergleich zur gesamten rheinland-pfälzischen Einfuhr ein überdurchschnittlicher Anstieg ergibt. Dabei expandierten die Einfuhrwerte im Handel mit Schweden, den Niederlanden und Portugal besonders deutlich. Auch aus Irland, Dänemark, Spanien und Belgien/Luxemburg gelangten sehr viel mehr Produkte nach Rheinland-Pfalz. Die Lieferungen aus Griechenland, Großbritannien und Italien waren rückläufig. Gut sechs Zehntel (61%) aller rheinland-pfälzischen Importe stammten aus der Europäischen Union. Bei einem Importwachstum um 49% auf gut 5,1 Mrd. DM haben die

Außenhandel

Warengruppe	2000 ^s	Veränderung zum Vorjahr in %	
	Mill. DM	1999	2000 ^s
Ausfuhr			
Ernährungswirtschaft	2 415	-3,3	7,1
lebende Tiere	23	-9,6	4,2
Nahrungsmittel			
tierischen Ursprungs	376	3,5	21,1
pflanzlichen Ursprungs	871	0,5	14,7
Genussmittel	1 145	-7,2	-1,5
Gewerbliche Wirtschaft	45 399	2,9	8,9
Rohstoffe	407	-7,4	0,9
Halbwaren	1 731	-0,2	12,6
Fertigwaren	43 261	3,1	8,8
Vorerzeugnisse	14 313	2,3	12,6
Enderzeugnisse	28 948	3,5	7,1
Insgesamt	47 814	2,6	8,8
Einfuhr			
Ernährungswirtschaft	3 139	-0,1	0,5
lebende Tiere	23	11,1	-10,8
Nahrungsmittel			
tierischen Ursprungs	483	-15,2	16,0
pflanzlichen Ursprungs	1 568	5,8	3,0
Genussmittel	1 065	-1,2	-8,1
Gewerbliche Wirtschaft	31 807	-4,4	16,0
Rohstoffe	594	-7,4	65,3
Halbwaren	5 583	-21,4	74,3
Fertigwaren	25 630	-1,5	7,4
Vorerzeugnisse	6 571	-16,7	11,2
Enderzeugnisse	19 059	4,9	6,2
Insgesamt	34 946	-3,9	14,4

Niederlande im Jahr 2000 Frankreich (4,9 Mrd. DM; +3,6%) von Platz eins verdrängt. Auf den nächsten Positionen folgten Belgien/Luxemburg (3,4 Mrd. DM; +16,3%), Italien (2,3 Mrd. DM; -2,5%) und die USA (2 Mrd. DM; -1,2%).

12% der nach Rheinland-Pfalz importierten Waren (4 Mrd. DM; +27,8%) stammten aus den mittel- und ost-europäischen Ländern. Russland (930,9 Mill. DM; +136%), die Tschechische Republik (823,3 Mill. DM; +42,4%) und Polen (705,4 Mill. DM; +39,2%) spielten hier eine wichtige Rolle. Aus Ungarn kamen Waren im Wert von 1,2 Mrd. DM (-7,3%). Die Geschäftsbeziehungen zu wichtigen außereuropäischen Partnern auf allen Kontinenten verliefen auf der Importseite insgesamt positiv, wenngleich die Einfuhren aus den USA (2 Mrd. DM; -1,2%) und aus Japan (867,7 Mill. DM; -8,3%) eine negative Tendenz aufwiesen. Die VR China, einführseitig für Rheinland-Pfalz mittlerweile die Nummer eins auf dem asiatischen Markt, lieferte bei einem Plus von 16,8% Waren im Wert von 1 Mrd. DM und erzielte damit einen neuen Spitzenwert. Auch die Importe aus Taiwan, Indien, Südkorea, Indonesien und Thailand entwickelten sich positiv. Mit kanadischen und brasilianischen Geschäftspartnern wurden ebenfalls höhere Handelsabschlüsse erzielt als noch im Vorjahr. Die Einfuhren aus Südafrika blieben stabil.

Verbesserte Binnennachfrage im Einzelhandel stützt Konjunktur

Im rheinland-pfälzischen Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen – übertraf die nominale Umsatzentwicklung 2000 das Vorjahresergebnis deutlich, nachdem in den Jahren 1997 bis 1999 dreimal in Folge Umsatzeinbußen gemeldet worden waren. Gegenüber 1999 konnte die Branche auch dank eines

Einzelhandel 1995 = 100

Berichtsmerkmal	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1999	2000
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt) ^P			
Insgesamt	94,4	-3,8	-0,2
Umsatz ^P			
Insgesamt	102,2	-1,8	4,1
Einzelhandel/Facheinzelhandel mit/in ...			
Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	103,9	-4,9	3,6
Waren verschiedener Art, Hauptrichtung Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	111,8	-5,2	4,9
sonstigen Waren verschiedener Art	66,9	-2,8	-5,2
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	91,1	-3,0	-0,7
Fleisch, Fleischwaren, Geflügel und Wild	100,7	-13,5	-0,8
Getränken	100,2	5,5	2,5
Tabakwaren	86,2	-2,8	-2,6
Apotheken; medizinischen, orthopä- dischen und kosmetischen Artikeln (in Verkaufsräumen)	123,0	5,8	5,1
Apotheken	120,4	5,3	5,2
medizinischen und orthopädischen Artikeln	144,2	9,2	2,3
kosmetischen Artikeln und Körper- pflegemitteln	127,9	6,8	5,0
sonstigen Waren (in Verkaufsräumen)	96,0	-1,1	3,4
Bekleidung	94,0	0,3	1,0
Schuhen und Lederwaren	91,3	-1,0	-2,3
Möbeln, Einrichtungsgegenständen und sonstigem Hausrat	97,3	-3,3	3,7
elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	83,7	0,9	8,9
Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	106,3	-3,4	3,6
Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	98,3	-0,8	5,0
sonstigem Facheinzelhandel (in Verkaufsräumen)	94,4	1,8	5,0
Waren (nicht in Verkaufsräumen)	100,5	3,7	12,6
Versandhandel	82,7	-0,5	-1,9
sonstigen Waren (nicht in Verkaufsräumen)	114,2	5,4	24,1
Preisindex (Deutschland)			
Einzelhandelspreise insgesamt	103,0	0,2	1,1

guten Weihnachtsgeschäftes nach vorläufigen Berechnungen ein nominales Umsatzplus von 4,1% melden. Preisbereinigt war immerhin noch ein Plus von 2,8% zu verzeichnen. Hieran lässt sich allerdings auch erkennen, dass die Einzelhandelspreise 2000 nicht so stabil blieben wie noch im Vorjahr und im Schnitt um 1,1% angehoben wurden. Die Beschäftigtenzahl (-0,2%) blieb insgesamt geringfügig unter dem Niveau des Vorjahres, was allein auf den Rückgang bei der Zahl der Teilzeitkräfte (-0,8%) zurückzuführen ist.

Im nichtstationären Einzelhandel, hierzu gehört beispielsweise der Handel vom Lager und auf Märkten, konnten Umsatzzuwächse von 12,6% verbucht werden. Im stationären Handel schnitten die Facheinzelhändler mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie mit Musikinstrumenten (+8,9%) im Jahresverlauf bei den Umsätzen nominal am besten ab. Auch Apotheker (+5,2%) und Facheinzelhändler mit kosmetischen Artikeln und Körperpflegemitteln (+5%) wiesen überdurchschnittliche Zuwachsraten aus. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf (+5%) verkauften sich ebenfalls gut. In Kauf- und Warenhäusern sowie in Verbraucher- und SB-Märkten konnten die Geschäfte um 3,6% ausgeweitet werden.

Im Kraftfahrzeughandel fiel das Umsatzplus nicht ganz so hoch aus. Während hier im Handel mit Kraftwagen (+2,2%) sowie mit Kraftwagenteilen und Zubehör (+2,1%) weiterhin eine Aufwärtsentwicklung zu beobachten war, verlief der Handel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör (-10,5%) stark rückläufig. Die Zahl der Neuzulassungen von Krafträdern ging 2000 ähnlich stark zurück (-12,8%). Während insgesamt im Kraftfahrzeughandel und an Tankstellen die Beschäftigtenzahl um 1,4% zulegen, wurden 3% mehr Voll- und 6% weniger Teilzeitkräfte beschäftigt.

Verdienste im produzierenden Gewerbe stiegen etwas langsamer als im Vorjahr

Der Bruttostundenverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe erreichte im Jahr 2000 mit durchschnittlich 28,15 DM im Vergleich zum Vorjahr (27,58 DM) ein um 2,1% höheres Niveau. Da die durchschnittliche Wochenarbeitszeit nahezu unverändert blieb (38,3 Stunden), stiegen die Monatsverdienste der Arbeiterinnen und Arbeiter mit derselben Rate (2,1%) auf 4 680 DM im Durchschnitt des Jahres 2000. Der Stundenlohn der Frauen erreichte mit 21,59 DM im Durchschnitt des produzierenden Gewerbes knapp drei Viertel der Entlohnung der Männer (28,93 DM). Eine Erklärung für den deutlich niedrigeren Durchschnittsverdienst der Frauen ist, dass der Anteil der Frauen in Niedriglohnbereichen wie dem Textil- und Bekleidungsgewerbe (Bruttostundenverdienst der Arbeiterinnen im Jahr 2000: 17,94 DM), dem Ledergewerbe (16,62 DM) und dem Ernährungsgewerbe (19,11 DM) relativ hoch ist.

Die Bruttomonatsgehälter der vollzeitbeschäftigten Angestellten des produzierenden Gewerbes sind mit 6 616 DM im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr um 1,9% gestiegen. Hohe Zuwachsraten wurden für das Textil- und Bekleidungsgewerbe (+4,4%) sowie das Ledergewerbe (+4%) ermittelt. Allerdings lag das Gehaltsniveau in diesen beiden Bereichen mit 5 955 DM (Textil- und Bekleidungsgewerbe) bzw. 5 041 DM (Ledergewerbe) noch deutlich unter dem Durchschnitt des produzierenden Gewerbes. Die höchsten Monatsgehäl-

Verdienste und Arbeitszeiten

Berichtsmerkmal	Einheit	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1999	2000
Produzierendes Gewerbe Arbeiterinnen und Arbeiter				
Bruttostundenverdienst	DM	28,15	2,3	2,1
davon				
Arbeiterinnen	"	21,59	2,5	2,0
Arbeiter	"	28,93	2,2	2,0
darunter				
verarbeitendes Gewerbe	"	28,45	2,4	2,7
Energie- und Wasser- versorgung	"	30,76	3,6	-2,2
Baugewerbe	"	26,45	0,8	-0,3
Bruttomonatsverdienst	"	4 680	2,1	2,1
Bezahlte Wochenarbeits- stunden	Std.	38,3	-0,3	0,3
darunter				
Mehrarbeitsstunden	"	1,4	-6,7	-
Angestellte				
Bruttomonatsverdienst	DM	6 616	2,2	1,9
davon				
weibliche Angestellte	"	5 091	2,6	1,5
männliche Angestellte	"	7 158	2,2	2,2
darunter				
verarbeitendes Gewerbe	"	6 661	2,2	2,1
Energie- und Wasser- versorgung	"	6 227	2,7	-1,4
Baugewerbe	"	6 321	2,7	0,3
Handel¹⁾, Kredit- und Versicherungsgewerbe Angestellte				
Bruttomonatsverdienst	DM	4 902	2,6	4,2
davon				
weibliche Angestellte	"	4 263	3,6	4,5
männliche Angestellte	"	5 482	1,7	3,8
davon				
Handel	"	4 439	1,2	5,1
Kreditgewerbe	"	5 383	3,1	1,8
Versicherungsgewerbe	"	5 627	2,7	2,0

1) Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

ter zahlten die Unternehmen des Fahrzeugbaus mit 7 318 DM (+1,1%) sowie die der chemischen Industrie mit 7 244 DM (+2,4%).

Im Durchschnitt der statistisch erfassten Dienstleistungsbereiche Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe verdienten die Angestellten im Jahr 2000 monatlich 4 902 DM brutto und damit 4,2% mehr als im Vorjahr. Die Gehälter der Frauen (+4,5%) nahmen im Dienstleistungsbereich etwas stärker zu als die der Männer (+3,8%). Bei der Interpretation dieser Durchschnittswerte ist zu beachten, dass die Verdienstatistiken als Stichprobenerhebung nicht nur die reinen Gehalts- und Lohnsteigerungen widerspiegeln, sondern auch strukturelle Effekte, wie Änderungen in der Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft, Einfluss auf

die Ergebnisse haben. Solche Effekte dürften im Bereich Handel für den relativ starken Anstieg der statistisch ermittelten durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter um 5,1% auf 4 439 DM im Jahr 2000 mitverantwortlich sein. So stiegen beispielsweise die tariflichen Verdienste im rheinland-pfälzischen Einzelhandel mit einem Zuwachs von 2,5% zum 1. Juni 2000 deutlich langsamer. Die Gehälter im Kreditgewerbe (+1,8%) und im Versicherungsgewerbe (+2%) erhöhten sich im Jahr 2000 etwa so stark wie die Verdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe und damit merklich langsamer als im Vorjahr.

Gäste- und Übernachtungsrekord im Tourismus

Die mehr als 4 000 rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe meldeten im Jahr 2000 insgesamt gut 7,2 Mill. Gäste und 22,4 Mill. Übernachtungen. Das waren 5,9 bzw. 6,7% mehr als im Jahr 1999. Damit konnte das bereits gute Vorjahresergebnis nochmals übertroffen werden, sodass die Tourismusbranche einen neuen Gäste- und Übernachtungsrekord verzeichnete.

Bevorzugte Reiseziele der Urlauber und Geschäftsreisenden waren die Städte und Gemeinden der Fremdenverkehrsregionen Mosel/Saar und Pfalz. Dorthin kamen gut 1,7 bzw. gut 1,5 Mill. Besucher. An dritter Stelle folgte beim Gästeaufkommen das Feriengebiet Eifel/Ahr mit annähernd 1,3 Mill. Besuchern, auf die 4,3 Mill. Übernachtungen entfielen. An Mosel und Saar waren bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 3,4 Tagen insgesamt 5,8 Mill. Übernachtungen zu verzeichnen. Die Hoteliers und Gastronomen der Region konnten die Ergebnisse des Vorjahres damit um 6,7% bei den Gästen und um 8,8% bei den Übernachtungen steigern. In der Pfalz verweilte der Gast durchschnittlich nur 2,8 Tage, sodass knapp 4,3 Mill. Übernachtungen gezählt wurden. Die Zahl der Gästeankünfte erhöhte sich damit um 5,9%, die Zahl der Übernachtungen stieg um 5%. Im Rheintal beherbergten die Betriebe 876 000 Gäste. Das waren 4% mehr als 1999. Die Übernachtungszahlen konnten um 5,1% auf 2,2 Mill. angehoben

werden. Auch die Regionen Rheinhessen, Westerwald/Lahn/Taunus sowie Hunsrück/Nahe/Glan erzielten durchweg Zuwächse.

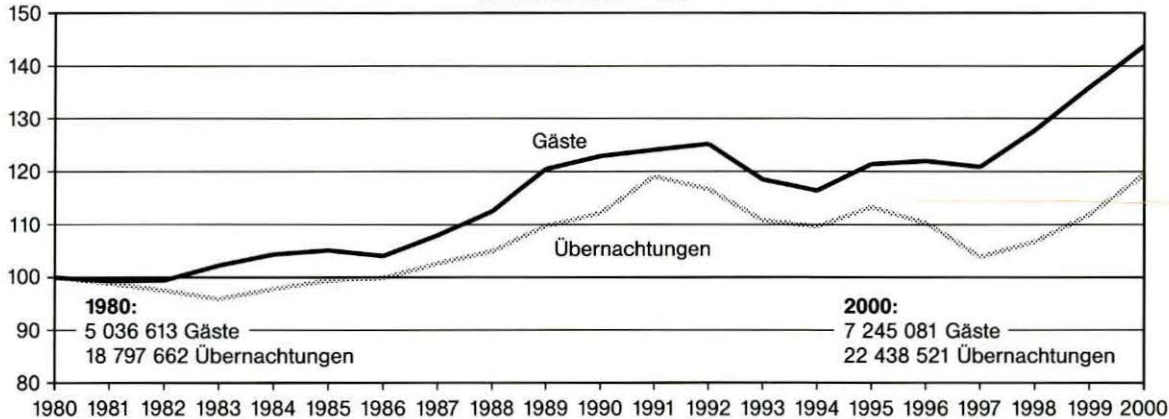
Mit 8,3 Mill. Übernachtungen (+12,7%) entfiel deutlich mehr als ein Drittel (37%) aller Übernachtungen auf Hotels. Zweitwichtigstes Standbein des Fremdenverkehrs sind in Rheinland-Pfalz die Privatquartiere und gewerblichen Kleinbetriebe mit insgesamt 3,3 Mill. Übernachtungen.

Fremdenverkehr

Berichtsmerkmal	Einheit	2000	Veränderung zum Vorjahr in %	
			1999	2000
Gäste	1 000	7 245	6,3	5,9
Übernachtungen	1 000	22 439	4,9	6,7
davon				
Rheintal	"	2 211	0,2	5,1
Rheinhessen	"	1 279	9,8	7,6
Eifel/Ahr	"	4 568	4,6	6,4
Mosel/Saar	"	5 846	5,5	8,8
Hunsrück/Nahe/Glan	"	2 426	4,9	6,2
Westerwald/Lahn/Taunus	"	1 846	6,5	6,6
Pfalz	"	4 263	4,9	5,0
davon				
Hotels	"	8 340	5,4	12,7
Hotels garnis	"	1 075	2,9	11,2
Gasthöfe	"	966	9,8	0,8
Pensionen	"	1 052	6,5	6,5
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime, Schullandheime	"	1 418	5,6	-3,4
Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten	"	2 380	6,0	3,7
Ferienzentren, Ferienhäuser	"	2 811	5,2	4,9
Jugendherbergen u. ä. Einrichtungen	"	1 111	3,3	0,4
Privatquartiere und gewerbliche Kleinbetriebe	"	3 286	1,7	3,5

Entwicklung des Tourismus von 1980 bis 2000

Messzahl: 1980 = 100



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 31/2001

tungen (+3,5%), gefolgt von den Heilstätten, Sanatorien und Kuranstalten (2,4 Mill.; +3,7%), die damit die Aufwärtstendenz des Vorjahres fortsetzen konnten.

Während die Übernachtungen der inländischen Besucher (18 Mill.) um 5,9% zunahmen, war die Entwicklung bei den Ausländern (4,4 Mill.) mit +10,2% noch günstiger. Die Übernachtungszahlen der Niederländer erhöhten sich um 9,4% auf annähernd 1,9 Mill., die der Belgier um 11,4% auf fast 641 000. Außerordentlich günstig war auch die Entwicklung bei den britischen Gästen (197 000; +9%) und deren Übernachtungen (540 000; +13,9%). Insgesamt stieg die Zahl der ausländischen Gäste um 8,8% auf fast 1,5 Mill. Ausländische Gäste übernachteten überwiegend in Hotels (2 Mill. Übernachtungen; +15,5%) und in Ferienzentren (1,1 Mill. Übernachtungen; +5,6%).

Positive Umsatzentwicklung im rheinland-pfälzischen Gastgewerbe

Im Jahr 2000 konnte das rheinland-pfälzische Gastgewerbe seine Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 1,8% steigern. Überdurchschnittlich hoch waren insbesondere die Zuwächse in der klassischen Hotellerie, der neben den Hotels die Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis zugeordnet werden. Hier konnte eine Umsatzsteigerung von 6,8% verbucht werden, die auch den Gäste- und Übernachtungsrekord in der Tourismussaison 2000 widerspiegelt.

In Restaurants, Cafes, Eisdielen und Imbisshallen blieb der Umsatz (+0,2%) nahezu konstant. Im sonstigen Gaststättengewerbe, zu dem Schankwirtschaften, Diskotheken und Tanzlokale gehören, gingen die Umsätze jedoch um 3% zurück. Kantinen und Caterer (+4,2%) meldeten nach dem schwachen Vorjahr einen günstigen Geschäftsverlauf.

Gastgewerbe 1995 = 100

Berichtsmerkmal	2000 ^p	Veränderung zum Vorjahr in %	
		1999 ^p	2000 ^p
Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)			
Insgesamt	84,5	-7,4	-3,9
Umsatz (nominal)			
Insgesamt	101,5	1,0	1,8
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	108,7	4,2	6,8
Hotels, Gasthöfe und Pensionen	106,3	3,6	6,1
Hotels (ohne Hotels garnis)	106,4	4,8	6,8
Restaurants, Cafes, Eisdielen und Imbisshallen	98,0	0,4	0,2
Restaurants mit herkömmlicher Bedienung	98,6	-0,5	1,5
sonstiges Gaststättengewerbe	91,7	-3,6	-3,0
Schankwirtschaften	94,8	-3,0	-3,0
Kantinen und Caterer	121,0	-1,4	4,2

Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge

Monat Zeitraum	Kraftfahrzeuge		Personenkraftwagen (einschl. Kombis)	
	2000	Veränderung zum Vorjahr	2000	Veränderung zum Vorjahr
	Anzahl	%	Anzahl	%
Januar	13 846	-4,7	12 357	-3,6
Februar	18 136	35,8	15 970	36,5
März	26 422	7,8	22 121	14,0
1. Quartal	58 404	11,5	50 448	14,9
April	18 728	-19,2	14 918	-22,1
Mai	23 518	7,2	19 832	6,9
Juni	19 091	-17,5	16 109	-17,7
1. u. 2. Quartal	119 741	-0,8	101 307	0,1
Juli	17 800	-16,3	15 391	-16,5
August	16 254	-8,5	13 959	-9,8
September	15 542	-20,7	13 663	-20,9
1. - 3. Quartal	169 337	-5,6	144 320	-5,3
Oktober	15 774	-8,6	14 073	-9,9
November	15 177	-1,5	13 623	-1,5
Dezember	12 641	-21,4	11 162	-23,5
Jahr	212 929	-6,6	183 178	-6,7

Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

Kfz-Bestand steigt weiter: 673 Kraftfahrzeuge auf 1000 Einwohner

Vom 1. Juli 1999 bis zum 1. Juli 2000 erhöhte sich der rheinland-pfälzische Kraftfahrzeugbestand um 2,5% auf 2 756 224 Fahrzeuge, darunter 2 267 886 Personenkraftwagen (+2,5%). Die Kfz-Dichte lag somit bei 684 Fahrzeugen je 1 000 Einwohner. Hierbei kamen auf 1 000 Einwohner 563 Personenkraftwagen. Bei der Pkw-Dichte liegt Rheinland-Pfalz unter den Bundesländern gemeinsam mit dem Saarland an der Spitze, gefolgt von Bayern mit 559 und Hessen mit 558 Personenkraftwagen je 1 000 Einwohner (Bundesdurchschnitt: 522). Einen noch stärkeren Anstieg (+5%) gab es bei den Krafträdern, deren Bestand auf 194 084 Einheiten zunahm. Bei Lastkraftwagen (118 556) belief sich die Steigerungsrate auf 2,8%.

In Rheinland-Pfalz wurden 2000 insgesamt 212 929 fabrikneue Kraftfahrzeuge zugelassen. Allerdings konnten die auf hohem Niveau stattfindenden Kfz-Verkäufe des Jahres 1999 damit nicht gehalten werden; insgesamt war ein Minus von 6,6% zu verzeichnen. Allein die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen (183 178) ging gegenüber 1999 um 6,7% zurück. Bei Krafträdern (13 302; -12,8%) und Zugmaschinen (2 633; -8,6%) waren die Einbußen noch stärker. Nur die Neuzulassungen von Lastkraftwagen stiegen um 2,7% auf 11 764. Diese Rückgänge, insbesondere bei Personenkraftwagen, resultierten aus der stark gedämpften Entwicklung im zweiten Halbjahr 2000, die nicht zuletzt durch Realeinkommensverluste aufgrund der gestiegenen Ölpreise verursacht wurde. Hohe Kraftstoffpreise haben dabei neben einer Minderung der allgemeinen Kaufkraft auch den Absatz der unmittelbar betroffenen Güter beeinträchtigt.

Kräftig steigender Güterumschlag in der Binnenschifffahrt

Die rheinland-pfälzischen Häfen an Rhein und Mosel leisten nach wie vor einen bedeutenden Beitrag zum deutschen Güterumschlag auf Binnenwasserstraßen. Hier konnten im Jahr 2000 (diese Angaben beruhen auf einer Hochrechnung der Zahlen von Januar bis November) insgesamt 26,1 Mill. t umgeschlagen werden. Das waren 9,1% mehr als im Vorjahr. Die dynamische Entwicklung in der Binnenschifffahrt war das gesamte Jahr 2000 über zu beobachten. Im unterjährigen Vergleich wiesen insbesondere die Monate Februar, März, August und November hohe Zuwachsraten auf. Zu der vergleichsweise guten Binnenschifffahrtskonjunktur trugen die deutlich verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie die günstige Wasserführung des Rheins bei. Das positive Gesamtergebnis wurde vor allem von einem spürbar höheren Güteraufkommen bei Erzen und Metallabfällen, chemischen Erzeugnissen, Eisen, Stahl und NE-Metallen sowie land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen getragen.

BSE stürzt Landwirtschaft in eine Krise

Am 24. November 2000 wurde in Deutschland der erste Fall von BSE festgestellt. Die bis dahin relativ günstige Absatz- und Erlösentwicklung am Schlachtrindermarkt kam daraufhin zeitweise völlig zum Erliegen. Die landwirtschaftlichen Betriebe mit Rinderhaltung konnten ab diesem Zeitpunkt kaum noch Rinder zum Schlachten verkaufen und mussten deutlich geringere Erlöse in Kauf nehmen. Gleichzeitig mit dem Auftreten von BSE begann in Deutschland eine Diskussion um die Neuausrichtung der Agrarpolitik. Danach soll zukünftig die ökologische Landwirtschaft deutlich stärker gefördert werden als bisher. Angestrebt wird, dass in zehn Jahren der ökologische Landbau mindestens 20% der Fläche umfasst. Im Jahr 1999 waren in Rheinland-Pfalz rund 370 landwirtschaftliche Betriebe (1%) dem ökologischen Landbau zuzurechnen. Mit rund 12 000 ha LF erreichten sie knapp 2% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Nach wie vor kleinstrukturierte Landwirtschaft in Rheinland-Pfalz

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft setzte sich auch im Jahr 2000 fort. Die Feststellung der betrieblichen Einheiten, die die Grundlage für die Darstellung der Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe bildet, findet seit 1999 nur noch alle zwei Jahre allgemein statt. Für das Jahr 2000 stehen daher nur repräsentative Ergebnisse über die Größenstruktur zur Verfügung. Die Zahl der Betriebe ist danach um rund 4% auf 33 900 zurückgegangen, während die landwirtschaftlich genutzte Fläche mit 716 000 ha etwa konstant geblieben ist. Über eine Flächenausstattung von mehr als 100 ha verfügten im Jahr 2000 nur knapp 4% der Betriebe. Ebenfalls etwa 4% der Betriebe kamen auf eine Fläche von 75 bis unter 100 ha LF.

Auch die viehhaltenden Betriebe verfügen nur selten über größere Bestände. 1999 hielten nur 1,6% der rund 9 000 Rinderhalter mehr als 200 Rinder. Der Anteil der

Milchkuhbestände von 100 Tieren und mehr liegt auf einem vergleichbaren Niveau. Auch in der Schweinehaltung gibt es in Rheinland-Pfalz nur wenige Betriebe mit größeren Beständen. Weniger als 1% der 4 300 schweinehaltenden Betriebe hatten im Mai 1999 mehr als 1 000 Schweine in ihren Ställen stehen. Von den Zuchtsauenhaltern verfügten knapp 8% über mehr als 100 Zuchtsauen.

Unternehmensergebnisse weiter rückläufig

Die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe kann jährlich anhand von Auswertungen, die auf der Grundlage von Buchführungsabschlüssen erfolgen,

Landwirtschaft

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000	Veränderung 2000 zu 1999 in %
Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt mit 75 ha und mehr LF	1 000 "	35,5 2,4	33,9 ¹⁾ 2,6 ¹⁾	-4,5 8,0
Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)	1 000 ha	715,8	715,8	0,0
Erntemengen				
Getreide	1 000 t	1 426,3	1 470,9	3,1
Winterraps	"	98,3	80,2	-18,4
Zuckerrüben	"	1 310,9	1 633,7	24,6
Kartoffeln	"	339,5	368,1	8,4
Marktbobstbau				
Äpfel	1 000 t	673,6	684,0	1,5
Sauerkirschen	"	123,9	92,4	-25,4
Weinerzeugung	1 000 hl	8 023,0	6 702,8	-16,5
Gemüseanbau im Freiland	ha	13 340	13 922	4,4
Viehbestand am 3. November				
Rinder	1 000 "	449 681	446 490	-0,7
Milchkühe	"	134 986	129 403	-4,1
Schweine	"	360 642	376 018	4,3
Schlachtmenge				
Rinder	1 000 t	151,6	142,0	-6,3
Schweine	"	38,5	34,6	-10,2
Milchanlieferung	"	111,3	105,5	-5,2
Milchanlieferung	1 000 t	757,5	744,4	-1,7
Index der Erzeugerpreise ²⁾				
landwirtschaftlicher Produkte	1991=100	82,7	88,5p	7,0
pflanzlicher Produkte	"	79,5	79,1	-0,5
Getreide	"	64,5	66,4	2,9
Winterraps	"	114,9	116,3	1,2
Speisekartoffeln	"	114,6	72,4	-36,8
Weinmost	"	85,6	87,5	2,2
tierischer Produkte	"	84,2	93,2p	10,7
Schlachtvieh	"	76,7	86,2	12,4
Rinder	"	89,8	91,2	1,6
Schweine	"	63,2	80,7	27,7
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	"	102,8	110,9	7,9

1) Stichprobenerhebung. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

dargestellt werden. Dazu wurde bundesweit ein Testbetriebsnetz eingerichtet. In Rheinland-Pfalz ist die Landwirtschaftskammer mit der Betreuung und Auswertung befasst. Sie wertete für das Wirtschaftsjahr 1999/2000 gut 800 Buchführungsabschlüsse von Betrieben aus, für die auch im Jahr vorher Abschlüsse vorlagen (Identische Betriebe)¹⁾. Die Auswahl der Buchführungsabschlüsse erfolgt allerdings nicht nach stichprobenmethodischen Grundsätzen, sodass nur Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden können.

Das Unternehmensergebnis der identischen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe, das in etwa dem Gewinn entspricht, ging im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1999/2000 (1. Juli 1999 bis 30. Juni 2000) im Vergleich zu 1998/1999 um fast 20% auf durchschnittlich gut 51 000 DM zurück. Im Vorjahr hatte der Rückgang bei etwa 5% gelegen. Die Ausgleichszahlungen, die für die Absenkung der Binnenmarktpreise auf das Weltmarktniveau gezahlt werden, lagen mit gut 22 000 DM je Betrieb im Wirtschaftsjahr 1999/2000 geringfügig unter dem Vorjahresniveau. Innerhalb der Betriebsformen haben diese Gelder unterschiedliche Bedeutung für das Unternehmensergebnis. Die wenigsten Gelder erhielten die in Rheinland-Pfalz verbreiteten Dauerkulturbetriebe (6 900 DM).

Mit Ausnahme der Veredlungsbetriebe weisen alle Betriebsformen einen in der Höhe unterschiedlichen Rückgang des Unternehmensergebnisses auf. Die Weinbaubetriebe erzielten mit 52 000 DM gegenüber dem Vorjahr ein Minus von über 19%. Nachdem die Futterbaubetriebe noch im letzten Jahr einen Zuwachs beim Unternehmensergebnis erzielen konnten, mussten sie jetzt mit fast 29% einen deutlichen Rückgang auf knapp 57 000 DM verzeichnen. Das Ergebnis der Marktfuchtbetriebe fiel auf 46 000 DM. Der Rückgang ist allerdings mit -4,4% moderat. Wegen der deutlich verbesserten Erlöse konnten die Veredlungsbetriebe, die in Rheinland-Pfalz jedoch kaum von Bedeutung sind, ihr Unternehmensergebnis um gut 50% auf knapp 47 000 DM steigern.

Die Investitionen für die betriebliche Entwicklung müssen aus der Eigenkapitalbildung getätigt werden. Hierfür standen im betrachteten Wirtschaftsjahr durchschnittlich nur 6 000 DM zur Verfügung. Als Richtgröße für eine ausreichende Eigenkapitalbildung sollte ein Betrieb mindestens 15 000 bis 18 000 DM erreichen.

Auf Grund der BSE-Krise und der daraus resultierenden Folgen für den Rindfleischmarkt lassen sich gesicherte Prognosen für das Wirtschaftsjahr 2000/2001 über die Entwicklung der Unternehmensergebnisse für Futterbaubetriebe nicht treffen. Für die übrigen Betriebsformen wird nicht mit größeren Einkommenseinbußen gerechnet.

Günstige Aussaatbedingungen im Herbst 1999 und im Frühjahr 2000

Die Bestellung von Wintergetreide und -raps im Herbst 1999 konnte im Gegensatz zum Vorjahr größtenteils termingerecht durchgeführt werden. Der Anbau von Wintergetreide wurde daher wieder deutlich ausge-

weitert. Winterweizen wurde mit 96 600 ha erneut vor der Sommergerste (71 100 ha) die führende Getreideart in Rheinland-Pfalz. Für Wintergerste (35 100 ha), Triticale (14 500 ha) und Roggen (14 300 ha) wurden ebenfalls höhere Anbauflächen ermittelt. Anbaurückgänge gab es dagegen bei Hafer (11 900 ha) und Sommerweizen (1 700 ha). Der Wachstums- und Reifeprozess wurde durch hochsommerliche Witterungsabschnitte im Frühjahr und eine überwiegend ausreichende Wasserversorgung beschleunigt. Teilweise wurden allerdings auch Trockenschäden festgestellt. Die Wintergerstenernte begann dann auch bereits in der letzten Juniwoche. Eine längere Regenperiode im Juli unterbrach die Getreideernte. Sie konnte dann aber größtenteils im August unter überwiegend günstigen Bedingungen beendet werden.

Hohe Getreideernte bei verregneten Qualitäten

Die Getreideernte in Rheinland-Pfalz belief sich im Jahr 2000 auf 1,47 Mill. t und lag damit um 3% über der Vorjahresmenge und rund 1% über dem Durchschnitt der letzten sechs Jahre. Über zwei Drittel des geernteten Getreides entfielen auf Winterweizen (44%) und Sommergerste (24%). Das höhere Ernteaufkommen ist in erster Linie auf eine Ausdehnung des Getreideanbaus um 3% und den vermehrten Anbau von ertragstärkerem Winterweizen zurückzuführen.

Der durchschnittliche Flächenertrag für Getreide erreichte mit 58,3 dt/ha das Niveau der Vorjahre. Der sechsjährige Durchschnitt wurde mit Ausnahme der Wintergerste von allen anderen Getreidearten erreicht oder übertroffen. Die Flächenleistung der Wintergerste (54,2 dt/ha) blieb wegen der Probleme bei der verzögerten Ernte deutlich unter dem Vorjahresergebnis. Aufgrund der Witterungsextreme von Mai bis Juli waren allerdings größere regionale Ertragsunterschiede feststellbar.

Die Landwirte vermarkten Sommergerste überwiegend als Braugerste. Die Braugerstenqualität zeigte hinsichtlich der Vollkornanteile und Eiweißgehalte gute Ergebnisse. Weizen und Roggen müssen, um als Brotgetreide vermarktet werden zu können, bestimmte Qualitätsmerkmale erfüllen. Die Fallzahlen (Stärkeviskosität) als Qualitätsmerkmal für die Backqualität fielen vielfach sehr niedrig aus. Während beim Winterweizen mehr als die Hälfte der untersuchten Proben der Besonderen Erntemittlung unter dem festgelegten Grenzwert von 220 lag, waren es beim Roggen sogar fast drei Viertel, die den entsprechenden Grenzwert von 120 nicht erreichten. Viele Weizen- und Roggenpartien konnten daher nur als Futtergetreide zu deutlich niedrigeren Preisen vermarktet werden. Die Proteingehalte lagen dagegen bei den untersuchten Winterweizenproben über den Vorjahreswerten und beim Roggen auf dem Niveau des Vorjahres.

Spätkartoffelerträge deutlich über dem mehrjährigen Durchschnitt

Rheinland-Pfalz und Niedersachsen gehören zu den bedeutendsten Erzeugerregionen für Frühkartoffeln in Deutschland. Der Anbau ging im Jahr 2000 um rund 700 ha zurück, sodass nur noch von 3 300 ha Frühkar-

1) Quelle: „Grüner Bericht 2000“ der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, S. 113 ff.

toffeln zu ernten waren. Der Anbau von mittelfrühen und späten Kartoffeln wurde nur geringfügig eingeschränkt (6 400 ha). Trotz der Anbaueinschränkung um über 7% erhöhte sich die Kartoffelernte auf 368 100 t. Ursache hierfür waren die weit überdurchschnittlichen Erträge. Sie überschritten vor allem bei den mittelfrühen und späten Kartoffeln den Sechsjahres-Durchschnitt von 326 dt/ha mit 414 dt/ha um mehr als ein Viertel. Die Frühkartoffelerträge lagen mit 314 dt/ha nur um 3% über dem langjährigen Durchschnitt.

Der Anbau von Raps und Rübsen wurde im Wirtschaftsjahr 1999/2000 um über 9% auf 29 200 ha eingeschränkt. Davon entfielen rund 6 000 ha auf so genannten Non-Food-Raps, der als nachwachsender Rohstoff auf stillgelegten Flächen angebaut wird. Der Rückgang der Anbauflächen sowie geringere Erträge mit durchschnittlich knapp 29 dt/ha haben zu einer um 19% niedrigeren Winterrapsernte beigetragen. Die Erzeugerpreise sind jedoch im Vorjahresvergleich angeiegen.

Gemüseanbau weiter im Aufwind

Gemüse wurde im Jahr 2000 auf über 13 900 ha angebaut. Damit hat sich der seit Jahren zu beobachtende Trend zur Ausweitung der Gemüseanbaufläche weiter fortgesetzt. Allein in den letzten vier Jahren ist sie um fast ein Viertel vergrößert worden. Der Anbau konzentriert sich fast ausschließlich in der Pfälzischen Rheinebene, wo das Klima und die Bodenverhältnisse ideale Voraussetzungen bieten. Hinzu kommen Marktnähe und leistungsfähige Vermarktungseinrichtungen. Allein 60% der Gemüseanbauflächen entfallen auf Möhren, Radieschen, Blumenkohl, Feldsalat, Zwiebeln, Kopfsalat und Spargel. Die Erträge im Gemüsebau zeigen in der Regel nur geringe jährliche Schwankungen. Bei den intensiven Produktionsverfahren wirken vor allem die vorhandenen großflächigen Beregnungsmöglichkeiten ertragsstabilisierend.

Rinderschlachtungen im Dezember um die Hälfte gesunken

Bereits Ende 1999 zeichnete sich eine Erholung der Erzeugerpreise für Schweinefleisch ab. Sie setzte sich dann in 2000 fort, sodass die schweinehaltenden Betriebe wieder bessere Einkommen erwirtschaften konnten. Auch am Schlachtrindermarkt konnten sich die Auszahlungspreise erholen. Hier kam es dann jedoch nach Bekanntwerden des ersten BSE-Falles in Deutschland zu einem deutlichen Einbruch bei den Rinderschlachtungen und den Erlösen. Im Dezember 2000 wurden im Vergleich zum Vorjahresmonat nur gut halb so viele Rinder geschlachtet. Im Jahr 2000 wurden in Rheinland-Pfalz rund 114 000 Rinder, 1 165 000 Schweine sowie 69 000 Schafe geschlachtet. Die Schlachthöfe erzeugten so rund 34 600 t Rind-, 105 500 t Schweine- und 1 200 t Schaffleisch. Die gesamte Fleischerzeugung war um 6% geringer als im Jahr zuvor.

Anfang November wurden von den landwirtschaftlichen Betrieben gut 446 000 Rinder gehalten. Während sich damit die Zahl der Rinder binnen Jahresfrist weiter verringerte (-0,7%), standen mit 376 000 Tieren wieder mehr Schweine in den Ställen (+4,3%). Die günstigeren Erlöse dürften eine Reihe von Schweinehaltern zu einer Produktionsausdehnung veranlasst haben.

Ein Viertel der Weinproduktion entfiel auf Rotwein

Da sich die Reben auf Grund günstiger Witterung im Frühjahr in einem sehr guten Zustand präsentierten, wurde zunächst mit der dritten überdurchschnittlichen Weinmosternte in Folge gerechnet. Überwiegend unbeständiges und niederschlagsreiches Wetter im Sommer und Herbst führte dann zum verstärkten Auftreten von Fäulnis und bescherte den rheinland-pfälzischen Winzern und Kellereien etwa 16% weniger Wein als im Jahr zuvor. Die Weinerzeugung erreichte nach Auswertung der Weinerzeugungsmeldungen 2000 rund 6,7 Mill. hl. Im Herbst 1999 waren es über 8 Mill. hl Wein. Wie auch schon in den Vorjahren handelte es sich beim größten Teil (94%) des Rotweines um Qualitätswein. Von den gut 5 Mill. hl Weißwein wurden 60% als Qualitätswein und gut ein Viertel als Qualitätswein mit Prädikat ausgebaut. Bei den Mostverkäufen im Herbst war die Erlössituation für die Winzer erneut unbefriedigend. Dies betraf vor allem den Weißmost, für den ähnlich wie im Vorjahr extrem niedrige Preise gezahlt wurden.

1,7 Mill. hl, rund ein Viertel der gesamten Weinproduktion, entfallen inzwischen auf Rotwein. Da die Weintrinker immer mehr auf Rotwein setzen, ist der Trend zum Anbau roter Rebsorten ungebrochen. Mittlerweile sind 19% der Rebfläche mit roten Sorten, vor allem Dornfelder, Portugieser und Spätburgunder, bestockt.

Ertragseinbußen bei Sauerkirschen

Der Obstbau blieb im Jahr 2000 weitgehend von Schäden durch Winter- und Frühjahrsfröste verschont. Jedoch war der Insektenflug während der Blütezeit witterungsbedingt bei einigen Obstarten teilweise unbefriedigend. Die Sauerkirschenernte fiel dementsprechend schlechter als im Vorjahr aus. Im Marktoftbau wurde ein Viertel weniger geerntet. Auch der Ertragsdurchschnitt (17,2 kg/Baum) der Jahre 1994/99 wurde um 5% unterschritten. Der Baumertrag für Südkirschen (25,5 kg/Baum) übertraf dagegen den Durchschnitt der letzten sechs Jahre um fast ein Drittel. Der Baumertrag für Äpfel lag mit 22,2 kg/Baum auf dem Niveau des Vorjahres. Die Erntemenge für Äpfel überschritt mit gut 680 000 dt dann auch den Vorjahreswert nur geringfügig.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld
Diplom-Volkswirt Werner Kertels
Diplom-Ökonom Rainer Klein
Dr. Hans Herbert Krieg
Diplom-Volkswirt Hans-Henning Meincke

Neuregelung der Statistiken in der Elektrizitätsversorgung ab Januar 2001

Die 1997 in Kraft getretene Binnenmarkttrichtlinie Elektrizität der Europäischen Union sieht eine stufenweise Liberalisierung der europäischen Strommärkte vor. Die Umsetzung in deutsches Recht wurde mit dem Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 24. April 1998 vollzogen. Mit diesem Gesetz sind die kartellrechtlichen Ausnahmebestimmungen für die Strom- und Gasversorgung abgeschafft worden. Zentraler Punkt des Gesetzes ist die Aufhebung der geschlossenen Strukturen durch Beseitigung der ordnungspolitischen Ausnahmebehandlung der Demarkations- und Konzessionsverträge. Vertragliche Konstruktionen, mittels derer gegenseitige Abgrenzungen von Versorgungsgebieten vereinbart werden, wurden mit In-Kraft-Treten der Novelle verboten und bestehende Vereinbarungen außer Kraft gesetzt. Die Städte und Gemeinden müssen künftig ihre öffentlichen Verkehrswege vom Grundsatz her jedermann für die Verlegung und den Betrieb von Leitungen zur unmittelbaren Versorgung von Letztverbrauchern in ihrem Gebiet zur Verfügung stellen. Die Versorgungsunternehmen sind verpflichtet, die Instandhaltung der Versorgungsanlagen und damit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten sowie die Versorgung der Letztverbraucher im Gemeindegebiet sicherzustellen. Sie erhalten jedoch kein ausschließliches Versorgungsrecht mehr, sondern müssen das Leitungsnetz auch anderen Unternehmen für Durchleitungen an deren Kunden zur Verfügung stellen. Dies gilt nicht nur für Kunden mit besonders großem Stromverbrauch, sondern für alle Stromverbraucher. Dadurch können heute in Deutschland auch Kleinabnehmer wie private Haushalte und mittelständische Gewerbebetriebe ihren Stromversorger bundesweit wählen und Preisunterschiede zwischen den Anbietern nutzen.

Eine wesentliche Voraussetzung für einen freien Handel ist die Regelung der Durchleitungsbedingungen und -entgelte für Stromlieferungen netzfremder Lieferanten durch bestehende Leitungsnetze. § 5 des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) bestimmt daher, dass die Versorgungsnetze für Stromdurchleitungen prinzipiell nach dem System des verhandelten Netzzugangs geöffnet werden müssen. Die Entgelte für die Durchleitungen dürfen nach § 6 Abs. 1 EnWG nicht ungünstiger sein als die Konzernteilen bzw. anderen verbundenen Unternehmen des netzbetreibenden Unternehmens in Rechnung gestellten. Dies zu bestimmen, setzt eine buchführungs- und betriebstechnische Entflechtung (Unbundling) integrierter Stromversorgungsunternehmen in die Bereiche

- Stromerzeugung,
- Stromübertragung und
- Stromverteilung

voraus (siehe §§ 4, 7 und 9 EnWG).

Vor diesem Hintergrund hat sich eine Arbeitsgruppe im Statistischen Bundesamt in Wiesbaden mit den Auswirkungen der Liberalisierung des Strommarktes auf

die amtlichen Statistiken befasst und Beschlüsse für die Anpassung der Berichtskreise und Fragebogen sowie der Brennstofflisten erarbeitet.

Bisheriger Berichtskreis wird erweitert

Nach den Regelungen im EnWG werden alle Unternehmen und Betriebe, die andere mit Energie versorgen oder ein Netz für die allgemeine Versorgung betreiben, als Energieversorgungsunternehmen eingestuft. Diese Aufgaben können auch von neuen Marktteilnehmern wahrgenommen werden. Die Aufnahme der Energieversorgung anderer bedarf der Genehmigung in der Regel durch das Wirtschafts- oder Energieministerium des Bundeslandes, in dem das Energieversorgungsunternehmen seinen Sitz hat. Bei den neuen Marktteilnehmern wird zwischen so genannten Stromhändlern und Brokern unterschieden. Erstgenannte treten selbst als Käufer bzw. Verkäufer von Energie auf. Sie führen damit selbst Versorgungen durch. Broker hingegen sind Unternehmen, die Energieversorgungsgeschäfte zwischen einem Anbieter und einem Käufer lediglich vermitteln. Sie bahnen Versorgungen nur an und haben reine Maklerfunktion. Sie sind nicht als Energieversorgungsunternehmen anzusehen. Einspeiser sind sonstige Stromerzeugungsanlagen, die nicht von Energieversorgungsunternehmen betrieben werden und für die in der Regel keine Genehmigung zur Energieversorgung besteht.

Nach § 6 des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewG) sind monatlich die Unternehmen der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung, das heißt alle Verbundunternehmen, regionalen und lokalen Energieversorgungsunternehmen, die Übertragungs- oder Verteilungsnetze und/oder Kraftwerke betreiben, für die fachlichen Betriebsteile der Elektrizitätsversorgung zu den amtlichen Statistiken meldepflichtig. Alle bisher erfassten Einheiten (so genannte Altanlagen) verbleiben im Berichtskreis. Anlagenbetreiber, die Strom ins Netz der allgemeinen Versorgung gegen Entgelt abgeben, aber keine Genehmigung zur Versorgung besitzen, werden als Einspeiser behandelt und nicht mit einem eigenen Fragebogen erfasst. Nichtindustrielle Abfall- und Müllverbrennungsanlagen sollen – unabhängig von der wirtschaftszweigsystematischen Zuordnung – wie Energieversorgungsunternehmen behandelt werden. Industrielle Stromerzeugungsanlagen, die aus dem Bereich Bergbau und verarbeitendes Gewerbe ausgegliedert werden (sog. Ausgründungen), aber eigenständig oder durch Übernahme von Energieversorgungsunternehmen Dritte mit Strom und/oder Wärme versorgen, sind erhebungskonsequent dem Wirtschaftszweig 40.10 „Elektrizitätsversorgung“ zuzuordnen und damit meldepflichtig. Windparks und andere Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bzw. Blockheizkraftwerke (BHKW) werden nur bei Vorliegen der Genehmigung zur Versorgung nach § 3 EnWG als Energieversorgungsunternehmen behandelt.

Erhebungsvordrucke neugestaltet

Gemäß der im EnWG vorgesehenen Regelungen zum Rechnungswesen der Energieversorgungsunternehmen und der in der Praxis eingetretenen Änderungen der Unternehmensstruktur werden die bisherigen Erhebungsvordrucke aufgrund der jeweiligen Aktivitäten am Markt aufgesplittet (Unbundling). Dies erfolgt in enger Abstimmung mit der Arbeitsgruppe im Statistischen Bundesamt, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWT), der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) und ausgewählten Energieversorgungsunternehmen. Im Einzelnen werden die bisherigen Statistiken in der Elektrizitätswirtschaft in die Bereiche „Erzeugung“, „Übertragung“ und „Verteilung“ getrennt. Während Erzeugung und Übertragung wie bisher im Rahmen des Monatsberichts über die öffentliche Elektrizitätsversorgung dargestellt werden können (was auch von der derzeit gültigen Rechtsgrundlage so vorgesehen ist), bleibt für die Erfassung der Verteilung von Strom nur die Jahreserhebung über Stromabsatz und -erlöse.

Somit ergeben sich für den Monatsbericht zwei Schwerpunkte: zum einen die Erhebung und Darstellung der Stromerzeugung und der Brennstoffeinsätze, zum anderen die Abbildung des physikalischen Stromflusses im Versorgungsnetz. Zur Optimierung der Erhebungsunterlagen wird der Erhebungsbogen in einen Fragebogen zur Befragung der Kraftwerke und einen Vordruck zur Erhebung bei den Netzbetreibern getrennt. Die Meldungen der Kraftwerke erfolgen betriebsweise; somit können die Daten anhand der Standorte länderspezifisch zugeordnet werden.

Gleichzeitig wurde, um den Anforderungen der um die Energiemerkmale erweiterten Gütersystematik für die EU-Produktionsstatistik (PRODCOM-Liste) künftig genügen zu können, eine jährliche Erhebung bei den Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung neu eingeführt. Der Erhebungsbogen, mit welchem einmal jährlich die Stromeinspeisung von sonstigen Marktteilnehmern (Industrie, Betreiber von Anlagen mit erneuerbaren Energien usw.) erfragt wird, wird unverändert weiter verwendet.

Die Fragebogen im Einzelnen

Im Folgenden wird auf den Inhalt der neu gestalteten Erhebungsvordrucke näher eingegangen:

1. Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung – Fragebogen 066 K für Kraftwerke –

Die Angaben für Kraftwerke beziehen sich – wie bisher auch – auf Erzeugungsanlagen mit einer Engpassleistung von 1 Megawatt und mehr. Sofern die Energieversorgungsunternehmen auch Anlagen (wie Blockheizkraftwerke oder Anlagen zur Erzeugung aus erneuerbaren und sonstigen Energieträgern) mit einer Engpassleistung von weniger als 1 Megawatt betreiben, werden diese wie bisher in Absprache mit dem jeweiligen Unternehmen als Bündelmeldung in den monatlichen Erhebungsvordruck integriert. Nicht einbezogen werden Blockheizkraftwerke, die nicht von Energieversorgungsunternehmen betrieben werden, sowie Einspeiser.

2. Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung – Fragebogen 066 N für Netzbetreiber –

Die Meldung ist monatlich für das gesamte Netz zur Übertragung und Verteilung elektrischer Energie eines Energieversorgungsunternehmens zu machen. Allerdings entfällt die bisherige Aufteilung nach Bundesländern, da bei den länderübergreifenden bzw. bundesweit tätigen Unternehmen entsprechende Daten nicht verfügbar sind. Nicht einbezogen sind Stromhändler, die zwar eine Genehmigung besitzen, aber keine Netze betreiben oder über keine Kraftwerke verfügen, sondern lediglich durch Kauf und Verkauf von Elektrizität am Strommarkt auftreten.

3. Zusatzerhebung zum Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung – Fragebogen 066 Z (Stromeinspeisung) –

Auch künftig werden reine Stromeinspeiser nicht direkt befragt, sondern ihre eingespeisten Mengen werden einmal jährlich nach dem Brennstoffeinsatz bei den aufnehmenden Energieversorgungsunternehmen ermittelt. Die Angaben sind nach Bundesländern getrennt aufzuführen.

4. Jahreserhebung bei Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung – Fragebogen 066 KWK (Kraft-Wärme-Kopplung) –

Nach der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 19. Dezember 1991 zur Einführung einer Gemeinschaftserhebung über die Produktion von Gütern (PRODCOM) sind unter anderem Daten über die in Heizkraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung erzeugte Elektrizität und an Dritte abgegebene Wärme zu erheben.

5. Erhebung über Stromabsatz und Erlöse der Elektrizitätsversorgungsunternehmen – Fragebogen 083 –

Einzubeziehen sind jährlich sowohl alle Berichtseinheiten, die zum Monatsbericht über die Elektrizitätsversorgung für Kraftwerke und Netzbetreiber auskunftspflichtig sind, als auch Stromhändler und sonstige nicht erfasste Einheiten (Kraftwerke von Energieversorgungsunternehmen mit einer Engpassleistung von weniger als 1 Megawatt), die elektrische Energie an Letztverbraucher abgeben. Die Angaben sind für das gesamte Unternehmen und, sofern sich die Netzausdehnung über die Fläche von mehreren Bundesländern erstreckt, für jedes Bundesland getrennt zu melden. Als Folge der Deregulierung sind bei den Merkmalen der Jahreserhebung Abstriche erforderlich. So wird z. B. die Abfrage der Stromabgabe nach Verbrauchergruppen erheblich reduziert, die Frage nach den Bedarfsarten entfällt ganz.

Ausblick

Insgesamt hat die Deregulierung und die Liberalisierung der Strommärkte kurzfristig erhebliche Preissen-

kungen, insbesondere für die Gewerbebetriebe, bewirkt. Die Strompreise für Haushalte wären ohne die zusätzlichen steuerlichen Belastungen ebenfalls deutlich gesunken. Es muss davon ausgegangen werden, dass die aktuellen Preissenkungen nicht zuletzt auf Überkapazitäten in der Stromerzeugung zurückzuführen sind. Die starken Preissenkungen auf der Großhandelsstufe bis auf das Niveau der kurzfristigen Grenzkosten der Stromerzeugung werden dazu führen, dass Überkapazitäten mittelfristig abgebaut werden. Preissenkungen für Letztverbraucher sind danach nur noch bei weiter zunehmendem Wettbewerb möglich. Dazu könnten vor allem niedrige Durchleitungstarife und ein zunehmend preisbewusstes Verhalten der Kleinverbraucher beitragen

Das Erhebungsgeschäft ist im abgelaufenen Jahr 2000 für die meldepflichtigen Energieversorgungs-

unternehmen und die statistischen Ämter immer schwieriger geworden. Durch die Liberalisierung des Strommarktes, die organisatorischen Anpassungen innerhalb der Energieversorgungsunternehmen (Stichwort: Unbundling) und neue Marktteilnehmer sind die bisherigen Meldestrukturen „aufgeweicht“ worden. Nur unter großen Anstrengungen aller Beteiligten wurde das Berichtsjahr 2000 fachstatistisch erfolgreich abgeschlossen. Mit der „Neuorientierung“ der amtlichen Statistiken im Bereich der Elektrizitätsversorgung ab Januar 2001 sollte der Informationsbedarf weiterhin zufriedenstellend gedeckt werden können, obwohl Veränderungen im Erhebungsprogramm die bisherige Breite der erfragten Merkmale auf ein notwendiges Maß reduzieren.

Diplom-Betriebswirt (FH) Hans-Gerhard Fuchs

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 020	4 028	4 031	4 031	4 029 ^P
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 814	1 887	1 208	2 261	575 ^P	1 609 ^P	1 199 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,4	5,6	3,6	6,6	1,7 ^P	4,7 ^P	3,6 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 303	3 183	2 901	3 061	2 496 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,5	8,8	8,9	7,3 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 559	3 544	3 426	3 727	3 717 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,6	10,3	10,9	10,9 ^P
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	14	15	14	14	12 ^P
je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,3	4,6	4,7	4,3	5,1 ^P
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 256	- 361	-525	-666	- 1 221 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	-1,1	-1,6	-1,9	- 3,6 ^P
Wanderungen										
Über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 967	9 284	9 013	9 384
Fortgezogene	Anzahl	8 116	8 439	9 618	9 702
Wanderungssaldo	Anzahl	851	845	-605	-318
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 867	13 678	13 831	17 119
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	156 654	149 361	142 886	149 027	156 049	125 226	127 478	134 420	144 146
Männer	Anzahl	88 177	82 051	76 701	82 031	87 397	65 447	67 134	72 457	79 969
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 021	7 733	6 457	7 825	9 186	5 256	5 815	7 083	9 062
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 932	44 070	40 632	42 874	45 456	33 822	34 947	37 310	40 612
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,8	8,2	7,8	8,2	8,5	6,5	6,6	6,9	7,4
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,7	9,1	8,7	9,1	9,5	7,2	7,3	7,7	8,2
Offene Stellen	Anzahl	27 279	29 696	21 778	23 049	27 886	26 026	25 521	26 383	30 777
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	799	961	795	640	719	929	776	615	589
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 719	6 206	6 059	5 667	5 866	7 533	6 980	6 585	6 594
Kurzarbeiter	Anzahl	4 316	4 887	3 353	3 212	3 831	1 848	1 783	1 630	2 762
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾	t	12 389	12 637	14 229	13 267	12 303	12 515	12 849	11 020	11 217
Rinder	t	3 196	3 207	4 146	3 719	3 026	3 075	3 494	1 996	1 888
Kälber	t	28	29	38	58	21	30	41	39	17
Schweine	t	9 045	9 276	9 906	9 320	9 163	9 284	9 173	8 766	9 193
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 394	63 124	57 784	61 566	63 286	59 054	56 003	60 245	61 504
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 581	14 290	14 349	14 497	14 199	13 915	12 896	13 080	12 604
Handwerk ⁹⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	96	-	96	-	-	-	93	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	100	104	-	117	-	-	-	113	-

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In und ausländischer Herkunft. – 9) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 276	2 275	2 293	2 293	2 315	2 299	2 299	2 299	2 384
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber/- innen)	Anzahl	311 516	307 750	307 950	307 750	301 787	303 284	303 508	302 027	302 621
Arbeiter (einschl. gewerblich Auszubildender)	Anzahl	200 212	197 036	197 250	197 036	191 990	193 229	193 203	192 221	192 822
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	26 611	26 090	27 381	24 672	25 322	25 982	26 857	23 122	26 085
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	1 711	1 698	2 301	1 698	1 592	1 641	2 367	1 686	1 664
Bruttolohnsumme	Mill. DM	913	903	1 191	904	834	889	1 224	882	868
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	798	796	1 110	794	758	752	1 142	804	796
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 480	9 478	10 126	10 008	8 281	10 536	10 539	10 013	9 759
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	3 876	3 892	4 154	4 178	3 354	4 414	4 340	3 991	4 264
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	40,9	41,1	41,0	41,7	40,5	41,9	41,2	39,9	43,7
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	5 140	5 193	5 684	5 284	4 889	6 182	6 231	5 418	5 575
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	2 402	2 426	2 465	2 728	1 674	2 244	2 285	2 648	2 171
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	204	193	224	197	173	292	235	179	212
Exportquote ²⁾	%	1 734	1 665	1 752	1 799	1 545	1 817	1 788	1 768	1 801
Energieverbrauch ³⁾	1 000 GJ	54 290	54 288	.	57 489	.	.	.	55 205	.
Kohleverbrauch ³⁾	1 000 GJ	4 311	2673	.	2 575	.	.	.	1 703	.
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ³⁾⁴⁾	Mill. kWh	9 686	10 093	.	10 843	.	.	.	10 534	.
Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	65	67	.	74	.	.	.	64	.
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 146	1 155	1 215	1 136	1171	1 223	1 221	1 137	1 209
Stromerzeugung (industr. Eigen-erzeugung)	Mill. kWh	165	164	204	186	168	127	150	160	165
Energie- und Wasserversorgung¹⁾										
Betriebe	Anzahl	77	77	78	78	86	86	87	87	86
Beschäftigte	Anzahl	14 040	13 644	13 698	13 656	12 894	11 995	11 938	11 888	11 204
darunter Arbeiter	Anzahl	6 789	6 570	6 592	6 583	6 223	5 804	5 720	5 696	5 038
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	879	852	888	864	794	739	764	685	644
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	82	79	99	75	69	95	89	64	58
Bruttolohnsumme	Mill. DM	34	33	42	31	28	40	37	26	22
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	48	47	58	45	40	54	53	39	36
Bruttostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	563,52	556,13	619,49	560,77	735,28	565,83	517,12
Nettostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	539,63	532,47	591,36	533,55	706,04	552,07	502,80
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 616,92	5 851,27	7 601,60	8 036,03	8 389,15	5 914,71	6 817,63
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe⁶⁾										
(Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)										
Beschäftigte	Anzahl	48 710	47 826	48 170	47 825	46 702	46 742	46 122	45 002	43 766
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 887	4 841	4 949	3 970	3 521	5 386	5 143	3 861	3 264
Wohnungsbau	1 000	2 188	2 046	2 060	1 627	1 524	2 397	2 219	1 685	1 463
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	1 000	1 208	1 236	1 242	1 080	964	1 293	1 265	958	883
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 492	1 559	1 647	1 263	1 033	1 696	1 659	1 218	918
darunter Straßenbau	1 000	669	710	718	552	445	831	767	551	340
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	196	200	238	212	177	200	232	194	172
Bruttolohnsumme	Mill. DM	151	153	180	161	131	154	176	146	129
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	46	47	58	51	45	45	56	48	43
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	708	716	817	868	572	787	787	822	548
Wohnungsbau	Mill. DM	284	254	290	271	186	251	239	253	161
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	Mill. DM	187	208	220	262	190	253	221	230	161
öffentlicher und Straßenbau	Mill. DM	237	254	307	335	196	284	328	328	226
darunter Straßenbau	Mill. DM	104	118	137	154	77	134	144	142	110
Ausbaugewerbe¹⁾³⁾ (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe)										
Betriebe	Anzahl	365	389	.	388	.	.	.	402	.
Beschäftigte	Anzahl	14 282	14 652	.	14 568	.	.	.	14 222	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 357	4 527	.	4 499	.	.	.	4 293	.
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	171	179	.	194	.	.	.	190	.
Bruttolohnsumme	Mill. DM	121	126	.	135	.	.	.	132	.
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	50	53	.	59	.	.	.	58	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	551	590	.	777	.	.	.	795	.

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert. – 5) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung. – 6) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet auf alle Betriebe. – 7) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 048	1 113	901	811	1 079	637	772	504	648
mit 1 Wohnung	Anzahl	762	842	689	586	833	479	615	396	523
mit 2 Wohnungen	Anzahl	197	191	137	161	174	114	112	79	89
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	89	80	75	64	72	44	45	29	36
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 135	1 171	995	829	1 127	647	799	536	687
Wohnfläche	1 000 m ²	199	208	176	149	196	119	147	94	122
Wohnräume	Anzahl	8 835	9 134	7 812	6 429	8 592	5 211	6 328	3 990	5 293
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	487	508	430	364	490	290	351	235	298
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	5	2	3	2	2	1	...
Unternehmen	Anzahl	159	193	137	125	179	121	217	83	110
Private Haushalte	Anzahl	885	916	759	684	897	514	553	420	538
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	200	217	191	186	189	184	193	131	145
Umbauter Raum	1 000 m ³	919	1 084	669	895	1 151	1 152	1 700	668	862
Nutzfläche	1 000 m ²	157	176	119	160	181	179	223	107	149
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	190	222	136	191	256	256	294	124	143
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	14	22	22	11	19	18	9	17
Unternehmen	Anzahl	170	185	162	158	165	161	171	121	122
Private Haushalte	Anzahl	9	9	7	6	4	4	4	1	6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 964	1 993	1 852	1 435	1 837	1 127	1 357	817	1 092
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 571	3 662	3 841	3 520	3 301	4 365	4 102	3 802	...
EU-Länder	Mill. DM	2 019	2 154	2 189	2 002	1 936	2 394	2 329	2 110	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	246	261	249	245	207	295	298	277	...
Dänemark	Mill. DM	58	58	59	47	57	73	55	65	...
Finnland	Mill. DM	29	26	23	27	22	29	33	25	...
Frankreich	Mill. DM	483	525	519	458	469	539	513	502	...
Griechenland	Mill. DM	27	28	31	27	29	43	34	34	...
Großbritannien	Mill. DM	293	308	324	306	272	327	318	252	...
Irland	Mill. DM	16	18	16	27	15	16	14	15	...
Italien	Mill. DM	248	289	330	269	273	356	325	269	...
Niederlande	Mill. DM	221	211	189	193	184	237	237	222	...
Österreich	Mill. DM	156	146	146	121	135	181	164	168	...
Schweden	Mill. DM	57	69	69	70	59	65	71	63	...
Spanien	Mill. DM	156	180	195	182	185	198	231	174	...
Portugal	Mill. DM	28	35	39	30	29	35	35	44	...
USA und Kanada	Mill. DM	277	292	294	302	299	386	290	311	...
Japan	Mill. DM	72	76	89	83	63	134	101	101	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	482	448	477	504	408	590	528	550	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	361	342	368	293	277	426	413	319	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 650	2 545	2 604	2 379	2 683	3 287	3 202	3 095	...
EU-Länder	Mill. DM	1 686	1 581	1 611	1 423	1 721	2 049	2 117	1 878	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	325	242	258	162	250	389	375	379	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	48	63	44	38	107	19	...
Finnland	Mill. DM	12	14	10	9	19	10	6	11	...
Frankreich	Mill. DM	390	391	368	405	345	463	319	444	...
Griechenland	Mill. DM	3	4	3	1	2	3	2	3	...
Großbritannien	Mill. DM	128	118	106	119	107	110	116	135	...
Irland	Mill. DM	21	16	14	15	22	28	23	23	...
Italien	Mill. DM	193	201	158	177	170	211	184	185	...
Niederlande	Mill. DM	289	287	353	254	451	468	586	367	...
Österreich	Mill. DM	96	83	75	69	70	93	88	100	...
Schweden	Mill. DM	48	43	64	23	73	68	133	39	...
Spanien	Mill. DM	106	106	130	103	142	134	133	155	...
Portugal	Mill. DM	27	25	23	22	25	34	46	18	...
USA und Kanada	Mill. DM	200	189	174	162	185	229	209	203	...
Japan	Mill. DM	88	79	76	78	86	73	42	63	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	172	186	160	196	217	212	293	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	224	261	293	294	251	405	324	398	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			2001
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	91,5	92,8	92,8	92,4	96,2	96,8	97,9	97,1
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	105,9	101,0	101,5	101,6	100,6	105,6	107,4	108,4	105,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,6	97,3	99,8	111,3	98,8	104,6	108,5	119,5	100,3
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,8	96,7	98,1	96,8	96,7	97,4	97,6	97,1	95,7
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	104,7	108,3	121,5	108,5	92,3	127,8	124,5	116,0	105,2
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	93,5	86,6	86,0	86,7	81,6	86,7	84,1	84,2	82,2
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	101,3	88,8	85,8	87,1	79,7	85,5	83,8	83,2	81,6
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,7	99,3	114,0	106,9	92,0	111,4	101,0	105,3	95,3
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1 000	536	570	487	352	281	882	529	405	286
Ausländer	1 000	107	113	94	72	53	149	96	92	52
Übernachtungen	1 000	1 671	1 753	1 314	1 066	863	2 685	1 414	1 270	867
Ausländer	1 000	314	333	254	206	147	430	257	277	137
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 343	1 285 ^r	1 365 ^r	1 264 ^r	1 169 ^r	1 354	1 388
Güterversand	1 000 t	703	721 ^r	801 ^r	762 ^r	698 ^r	820	940
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 350	19 005	15 401	16 092	13 846	15 774	15 177	12 641	14 662
Krafträder	Anzahl	1 339	1 271	224	229	397	361	184	212	303
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 728	16 370	13 829	14 600	12 357	14 073	13 623	11 162	13 002
Lastkraftwagen	Anzahl	903	954	1 059	935	821	1 044	1 058	951	1 077
Zugmaschinen	Anzahl	232	240	148	150	153	189	175	199	154
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 602	10 318	11 488	11 295	9 528	10 882	11 014	11 279	10 240 ^p
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 493	1 617	1 453	1 413	1 231	1 618	1 535	1 419	1 273 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 110	8 701	10 035	9 882	7 568	9 204	9 479	9 860	8 967 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 016	2 178	1 952	1 919	1 687	2 187	2 057	1 893	1 785 ^p
Getötete	Anzahl	32	32	32	30	21	29	17	21	23 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	19	20	23	21	14	18	8	16	21 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	1	2	1	3	3	–	–
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	1	1	3	1	–	–
Fußgänger	Anzahl	4	3	7	5	4	4	4	4	2 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	467	496	429	383	330	451	416	389	361 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	258	263	271	260	235	272	276	255	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	96	106	44	22	20	85	60	34	...
Radfahrer	Anzahl	47	55	28	19	12	35	22	18	...
Fußgänger	Anzahl	47	49	61	63	53	45	46	65	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	117	94	117	128	48	148	177	153	178
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	101 682	67 332	113 305	64 208	11 724	88 120	185 164	100 470	113 343

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000				2001
		Monatsdurchschnitt		November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	194 408	·	·	·	207 363	·
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	·	·	·	24 879	·	·	·	27 627	·
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	·	18 451	·	·	·	20 016	·
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	·	·	·	151 078	·	·	·	159 720	·
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	185 070	·	·	·	195 319	·
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	·	166 195	·	·	·	175 377	·
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	·	·	·	18 875	·	·	·	19 942	·
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	9 338	·	·	·	12 044	·
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	144 744	·	·	·	148 926	·
Sichteinlagen	Mill. DM	·	·	·	29 991	·	·	·	32 447	·
Termineinlagen	Mill. DM	·	·	·	40 283	·	·	·	44 617	·
Sparbriefe	Mill. DM	·	·	·	10 727	·	·	·	10 716	·
Spareinlagen	Mill. DM	·	·	·	63 743	·	·	·	61 146	·
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	139 894	·	·	·	143 585	·
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	·	·	·	135 624	·	·	·	137 412	·
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	·	·	·	4 270	·	·	·	6 173	·
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	·	·	·	4 850	·	·	·	5 341	·
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 642	3 955	4 240	5 616	3 903	3 425	5 181	6 110	4 340
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 439	1 621	1 587	3 009	1 263	1 024	1 544	2 889	1 557
Lohnsteuer	Mill. DM	1 133	1 195	1 481	1 692	1 171	884	1 541	1 645	1 178
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	188	157	591	–	–	–	647	–	–
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	62	– 51	651	– 176	– 82	– 116	642	– 198
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	117	84	30	21	215	179	14	27	381
Zinsabschlag	Mill. DM	46	45	60	20	126	25	87	29	226
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	22	20	45	–	–	–	58	–	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	120	234	68	626	– 73	19	18	546	– 29
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	8	31	117	–	–	–	67	–	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 203	2 334	2 652	2 607	2 640	2 401	3 637	3 221	2 783
Umsatzsteuer	Mill. DM	707	760	819	774	833	748	742	764	758
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 496	1 573	1 833	1 833	1 807	1 653	2 895	2 457	2 025
Zölle	Mill. DM	200	185	207	200	187	227	235	227	186
Bundessteuern	Mill. DM	230	238	202	656	65	257	230	702	94
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	152	155	148	488	– 11	193	178	536	3
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	66	71	43	158	65	53	41	154	79
Landessteuern	Mill. DM	128	139	128	127	147	123	119	115	151
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	6	6	6	7	3	4	– 2
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68	61	52	46	71	58	53	47	78
Biersteuer	Mill. DM	7	7	6	7	7	6	6	6	7

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	787	783	-	832	-	-	-	834
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	-	7	-	-	-	8
Grundsteuer B	Mill. DM	161	167	-	147	-	-	-	160
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. DM	532	521	-	573	-	-	-	584
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	66	71	-	93	-	-	-	70
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften									
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 974	2 165	2 256	3 354	1 969	2 219	2 513	3 657
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	630	713	683	1 328	549	451	660	1 271
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 103	1 205	1 371	1 348	1 355	1 486	1 621	1 658
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 113	1 186	1 155	1 776	1 148	1 002	1 124	1 693
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	565	620	599	1 158	533	358	562	1 091
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	387	399	426	417	467	434	440	402
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 180	1 229	-	1 608	-	-	-	1 533
Gewerbsteuer (netto) ²⁾	Mill. DM	406	405	-	400	-	-	-	387
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	471	503	-	848	-	-	-	815
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	48	58	-	100	-	-	-	82
Preise									
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,1	104,8	105,1	105,5	105,7	107,4	107,7	107,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	100,1	100,3	101,1	100,5	100,9	101,4
Löhne und Gehälter ³⁾									
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe									
Bruttomonatsverdienste	DM	4 491	4 586	-	-	4 503	4 705	-	-
Arbeiter	DM	4 641	4 731	-	-	4 631	4 847	-	-
Arbeiterinnen	DM	3 336	3 422	-	-	3 454	3 535	-	-
Bruttostundenverdienste	DM	26,96	27,58	-	-	27,80	28,24	-	-
Arbeiter	DM	27,76	28,36	-	-	28,59	29,02	-	-
Facharbeiter	DM	29,58	30,33	-	-	30,51	31,09	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	26,60	27,10	-	-	27,41	27,99	-	-
Hilfsarbeiter	DM	22,85	23,04	-	-	23,35	23,46	-	-
Arbeiterinnen	DM	20,65	21,17	-	-	21,30	21,72	-	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,76	20,09	-	-	20,11	20,54	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,3	38,2	-	-	37,3	38,3	-	-
Arbeiter	Std.	38,4	38,3	-	-	37,3	38,4	-	-
Arbeiterinnen	Std.	37,1	37,2	-	-	37,3	37,5	-	-
Angestellte									
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 349	6 491	-	-	6 543	6 666	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 857	5 975	-	-	6 009	6 097	-	-
Männer	DM	6 763	6 884	-	-	6 934	7 043	-	-
Frauen	DM	4 807	4 916	-	-	4 937	5 020	-	-
Technische Angestellte	DM	6 722	6 892	-	-	6 967	7 126	-	-
Männer	DM	6 886	7 055	-	-	7 139	7 292	-	-
Frauen	DM	5 183	5 390	-	-	5 397	5 591	-	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 586	4 706	-	-	4 767	5 002	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 562	4 690	-	-	4 751	4 993	-	-
Männer	DM	5 212	5 308	-	-	5 328	5 631	-	-
Frauen	DM	3 934	4 082	-	-	4 158	4 357	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 029	82 087	82 163	82 166	82 163
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	35 841 ^p	33 609 ^p	23 259 ^p	42 249 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	63 914 ^p	61 044 ^p	60 607 ^p	61 085 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 ^p	65 043 ^p	71 019 ^p	72 524 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 612	- 6 428 ^p	- 3 999 ^p	-10 412 ^p	-11 439 ^p
Arbeitslose	1 000	4 279	4 099	3 883	3 901	4 047	3 685	3 611	3 645	3 809
Männer	1 000	2 273	2 160	1 980	2 006	2 134	1 899	1 862	1 892	2 025
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,1	10,5	9,9	10,0	10,3	9,0	8,9	8,9	9,3
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,3	11,7	11,0	11,1	11,5	10,0	9,8	9,9	10,3
Offene Stellen	1 000	422	456	431	412	402	525	491	468	454
Kurzarbeiter	1 000	118	119	90	90	85	66	66	70	70
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 405	6 368	6 386	6 380 ^r	6 350	6 432	6 425	6 432	6 395
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	544	560	497 695	533	539	560	475
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	204 462	215 066 ^r	209 578	228 403	222 390	236 443	216 897
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	69 746	74 664 ^r	73 259	84 010	82 117	87 036	79 466
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	118,4	123,1 ^r	113,2	125,8	124,9	130,6 ^r	116,1 ^r
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	119,2	122,5 ^r	107,7	123,0	124,7	127,4 ^r	109,5 ^r
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	119,8	127,2 ^r	131,5	140,1	131,4	141,8 ^r	140,0 ^r
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	126,1	132,9 ^r	104,7	129,2	131,6	141,5 ^r	107,6 ^r
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	109,9	113,0 ^r	101,8	106,5	110,8	113,2 ^r	97,0 ^r
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	41 201	41 738 ^r	44 526 ^r	47 132
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	33 817 ^r	36 255 ^r	37 715	27 212	34 297	36 419	...
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 156	1 110	1 134	1 124	1 095	1 064 ^r	1 054	1 041	1 012
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	128	121	90	119 ^r	115	115	81
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	19 698	20 299	20 420	17 617 ^r	17 613	18 935	18 939
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	20 707	18 078	18 829	14 884	14 116	13 379	13 720
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	19 185	16 659	17 193	13 716	13 115	12 369	12 659
Wohnfläche	1 000 m ²	3 521	3 403	3 568	3 140	3 410	2 644	2 487	2 357	2 462
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	3 627	3 222	3 040	3 397	3 309	3 107	3 000
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	37 251	33 795	37 343	27 651	25 855	24 883	25 962
Handel und Gastgewerbe ⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	104,8	110,1	129,1	101,0	104,9	111,0	127,4
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	106,8	112,8	111,1	116,6	121,6	125,9	112,3
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	103,1	85,3	96,6	109,7	102,6	84,5	95,6

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597		86 345	95 147	85 092	95 668	111 280	111 057	97 446
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983		48 927	54 456	45 447	53 268	62 314	62 670	53 279
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 524		4 893	5 237	4 530	5 075	5 639	5 904	5 573
Frankreich	Mill. DM	8 825		9 520	10 398	9 427	10 785	13 001	13 225	10 477
Großbritannien	Mill. DM	6 780		7 258	8 090	6 521	7 718	8 846	9 401	7 472
Italien	Mill. DM	5 878		6 310	7 285	5 928	7 230	8 567	8 317	7 105
Niederlande	Mill. DM	5 576		5 525	6 289	5 444	5 895	6 797	6 896	6 347
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017		74 940	78 942	77 210	88 545	99 033	102 203	95 067
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670		39 534	41 707	40 003	44 268	51 172	53 125	49 178
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 870		4 235	3 942	4 304	4 270	4 959	5 252	4 766
Frankreich	Mill. DM	7 410		7 599	8 167	7 366	7 451	9 570	10 178	8 535
Großbritannien	Mill. DM	4 724		5 439	5 561	5 534	6 433	6 527	7 721	5 850
Italien	Mill. DM	5 376		5 096	5 593	5 655	5 412	6 551	5 995	6 349
Niederlande	Mill. DM	5 785		6 503	6 751	5 991	8 185	8 744	9 023	8 479
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	42 418	43 585	96 702	68 649	44 033	43 459	95 276
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	18 517	18 069	70 427	46 926	19 040	18 061	69 244
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	19 053	19 202	40 938	19 830	19 539	19 648	40 604
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	- 1 829	- 1 578	14 442	11 912	- 1 612	- 2 231	13 488
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	21 985	24 713	23 648	21 722	22 998	24 691	23 397
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	17 917	19 764	18 423	16 145	17 176	18 307	16 414
Zölle	Mill. DM	540	519	498	566	591	600	581	556	644
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	10 108	11 401	27 673	12 652	11 477	11 034	25 418
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 163	1 160	630	928	607	668	628	959	574
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	8 299	9 334	23 090	9 208	9 608	8 890	20 904
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	103,6	102,8	103,3	103,8	105,1	112,0	112,6	113,4	113,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	87,1	82,7	82,9	84,0	84,8	89,5	91,2	92,1 ^p	90,7 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,5	98,5	99,1	99,2	99,4	103,2	103,7	103,9	103,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	-	98,5	-	-	-	98,8	-
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,7	98,4	-	98,4	-	-	-	98,7	-
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	-	96,0	-	-	-	98,7	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	105,0	105,2	105,5	107,7	107,5	107,7	107,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	99,9	100,0	100,2	100,5	100,5	100,9	101,4
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	107,4	107,5	107,4	107,5	107,6	108,1	108,2
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	102,0	102,2	102,1	102,0	102,2	102,4	102,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	107,9	108,0	108,3	112,6	112,8	113,0	112,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,1	102,1	102,1	102,0	102,1	102,1	102,2
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,7	110,8	110,8	111,2	111,3	111,4	111,4
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	109,8	109,5	110,4	115,6	114,7	115,1	114,2
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	87,4	87,3	87,3	83,9	83,9	83,9	83,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	102,0	103,4	104,1	104,8	103,2	104,4	105,0
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	117,8	118,5	118,5	119,9	119,9	120,1	120,1
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	105,1	104,1	104,6	106,4	106,5	105,2	105,8
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	104,8	105,1	105,4	107,0	107,3	107,6	107,7

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

**Angestelltegehälter in der Industrie stiegen um 1,9%,
Arbeiterlöhne verzeichneten ein Plus von 2,2%**

Die durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter der Angestellten im produzierenden Gewerbe von Rheinland-Pfalz stiegen im vergangenen Jahr um 1,9%, die Brutostundenlöhne der Arbeiter um 2,2%.

Angestellte im produzierenden Gewerbe verdienen durchschnittlich 6 616 DM. Arbeiter kamen auf 28,15 DM pro Stunde, das entspricht bei einer bezahlten Wochenarbeitszeit von 38,3 Stunden 4 680 DM im Monat.

Bei Angestellten wie bei Arbeitern lagen die Verdienste der Männer über denen der Frauen. Angestellte Männer beispielsweise verdienen im Durchschnitt 7 158 DM (+2,2% gegenüber 1999), Frauen 5 091 DM (+1,6%).

Der niedrigere Durchschnittsverdienst der Frauen erklärt sich zumindest teilweise aus deren geringerer beruflicher Qualifikation. Ein Blick auf die Arbeiter verdeutlicht das: 52% der Männer sind Facharbeiter, aber nur 15% der Frauen. Facharbeiter verdienen im Durchschnitt mit 30,72 DM je Stunde 13% mehr als angelernte Kollegen und über ein Drittel (36%) mehr als ungelernte Arbeiter. Zu den Einkommensunterschieden trägt auch die Tatsache bei, dass der Frauenanteil in Wirtschaftszweigen mit unterdurchschnittlichem Verdienstniveau relativ hoch ist. kr

Die meisten Studienkollegiaten kommen aus Asien

Anfang des Jahres 2001 waren an den beiden rheinland-pfälzischen Studienkollegs 271 Studienbewerber eingeschrieben. Das sind 30 Personen oder 10% weniger als vor Jahresfrist. 165 Teilnehmer besuchen in Mainz und 106 in Kaiserslautern das Studienkolleg.

Studienkollegs sollen Studienbewerbern mit einem den deutschen Zugangsvoraussetzungen nicht genügenden ausländischen Bildungsnachweis die notwendigen fachlichen und sprachlichen Voraussetzungen vermitteln. Über die Hälfte der aktuell eingeschriebenen Teilnehmer (145) kommt aus Asien, 56 stammen aus Afrika, 51 aus Europa und 19 vom amerikanischen Kontinent. Bezogen auf die einzelnen Herkunftsländer sind China mit 95 Studienkollegiaten, Marokko mit 44 und Indonesien mit 21 die am stärksten vertretenen Nationen.

Die Zahl der eingeschriebenen Frauen liegt mit 133 Personen um 5% niedriger als im Vorjahr. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studienkollegiaten erhöhte sich um gut 2 Prozentpunkte auf nunmehr 49%. Die meisten stammen aus Asien (62) und Europa (39). we

Verbrauch von Trinkwasser weiter rückläufig

232 Mill. m³ Wasser lieferten die öffentlichen Versorgungsunternehmen im Jahr 1998 an Abnehmer in Rheinland-Pfalz. Der größte Teil der Nachfrage entfiel mit 187 Mill. m³ auf die privaten Haushalte und das Kleingewerbe. Hieraus errechnet sich mit 127 l pro Einwohner der geringste Wasserverbrauch seit Einführung differenzierter Erhebungen im Jahr 1979. Mit einem Rückgang von 3 l gegenüber 1995 und 16 l gegenüber dem Spitzenjahr 1983 liegt Rheinland-Pfalz im Bundesrend. Der durchschnittliche Wasserverbrauch der privaten Haushalte weist regional sehr starke Unterschiede auf. Er schwankte zwischen 111 l im Landkreis Altenkirchen (Westerwald) und 160 l in der kreisfreien Stadt Neustadt an der Weinstraße. we

Gasverbrauch 1999 gestiegen

Der Gasabsatz an die Endverbraucher in Rheinland-Pfalz ist 1999 um 2,1% auf rund 6 Mrd. kWh gestiegen.

Trotz des höheren Absatzes gingen die Erlöse der Gasversorger um 7,1% auf 2 Mrd. DM zurück (ohne Mehrwertsteuer, aber inklusive Ökosteuer). Daraus errechnet sich ein Durchschnittserlös von 2,9 Pf für die Kilowattstunde. Im Jahr zuvor lag der Durchschnittserlös noch bei 3,18 Pf.

Für die Gaskunden gibt es sehr unterschiedliche Tarif- und Vertragsregelungen. Die privaten Haushalte zahlten 1999 im Durchschnitt 5,36 Pf pro kWh. 1998 lagen die Vergleichspreise mit 5,52 Pf geringfügig höher. Von den Industriebetrieben verlangten die Energieversorger 1999 im Durchschnitt 1,92 Pf je kWh; im Jahr zuvor waren es noch 2,17 Pf. fu

Steuereinnahmen des Landes leicht rückläufig

Im Jahr 2000 nahm das Land Rheinland-Pfalz insgesamt 14,2 Mrd. DM Steuern ein, das waren 0,2% weniger als im Jahr zuvor. Rückläufige Steuereinnahmen gab es zuletzt in den Jahren 1997, 1994 und 1990.

Am größten war der Rückgang bei den reinen Landessteuern, deren Aufkommen vollständig dem Land zusteht. Hier verringerten sich die Einnahmen um 6% auf 1,6 Mrd. DM. Zu den drei aufkommensstärksten Landessteuern gehören die Kraftfahrzeugsteuer (736 Mill. DM), die Rennwett- und Lotteriesteuer (259 Mill. DM) sowie die Erbschaftsteuer (232 Mill. DM). Aber nur die Spielfreude der Rheinland-Pfälzer führte

kurz + aktuell

über die Rennwett- und Lotteriesteuer zu zusätzlichen Einnahmen (+10,5%); alle übrigen Landessteuern blieben unter den Vorjahreswerten.

Unterschiedlich verlief die Entwicklung bei den Gemeinschaftsteuern, die nach gesetzlich festgelegten Schlüsseln zwischen Bund, Land und Gemeinden aufgeteilt werden. Der Landesanteil an den Steuern vom Einkommen – hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Lohnsteuer und die Körperschaftsteuer – belief sich auf 7,3 Mrd. DM; er war damit um 1,5% niedriger als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür war die Körperschaftsteuer, bei der die Landeseinnahmen um

15,6% auf 1,1 Mrd. DM sanken; neben anderen, insbesondere zahlungstechnischen Ursachen dürften hierbei auch Reaktionen der Unternehmen auf die bevorstehende Steuerreform eine Rolle gespielt haben. Diesen Rückgang konnte die moderate Zunahme bei der Lohnsteuer um 0,6% auf 5,2 Mrd. DM nicht kompensieren; ihre Entwicklung wurde durch die zum Jahresbeginn 2000 in Kraft getretenen Maßnahmen (Senkung des Eingangs- und des Spitzensteuersatzes, Erhöhung des Grundfreibetrags) gedämpft. Dagegen verzeichnete der Landesanteil an den Steuern vom Umsatz einen deutlichen Zuwachs. Er erhöhte sich um 2,3% auf 4,9 Mrd. DM. Ia

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - Februar		Ver- ände- rung
	2000	2001	
	Mill. DM		%
Landessteuern	280,4	271,7	- 3,1
Vermögensteuer	13,5	2,2	- 83,8
Erbschaftsteuer	48,8	34,5	- 29,3
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	30,1	28,7	- 4,4
Kraftfahrzeugsteuer	127,4	147,9	16,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	47,6	45,7	- 4,1
Feuerschutzsteuer	0,3	0,6	101,0
Biersteuer	12,8	12,1	- 5,0
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 151,9	1 303,0	13,1
Lohnsteuer	1 101,5	1 097,0	- 0,4
Veranlagte Einkommensteuer	- 118,2	- 138,6	X
Kapitalertragsteuer	101,5	195,7	92,8
Zinsabschlag	90,7	142,1	56,7
Körperschaftsteuer	- 23,5	6,9	X
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	955,6	825,0	- 13,7
Umsatzsteuer	745,3	570,0	- 23,5
Einfuhrumsatzsteuer	210,3	255,1	21,3
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	7,8	3,8	- 51,2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	3,7	1,8	- 51,4
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	11,9	5,8	- 51,2
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	2,9	1,4	- 51,2
Insgesamt	2 414,1	2 412,6	- 0,1

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Februar 2001

Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu Februar 2000 in %
Früheres Bundesgebiet ¹⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	108,9	2,6
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	103,2	1,6
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,5	1,7
Bekleidung, Schuhe	102,7	0,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	112,9	3,9
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,8	0,4
Gesundheitspflege	111,1	1,1
Verkehr	117,1	4,9
Nachrichtenübermittlung	83,4	.
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	106,8	2,0
Bildungswesen	119,5	1,1
Beherbergungs- und Gaststätten-dienstleistungen	106,6	1,2
Andere Waren und Dienstleistungen	108,8	2,5
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	108,4	2,5
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	107,8	2,1
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	109,2	2,6
Deutschland ²⁾		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,0	2,6

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSFESTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71-245, Telefax (0 26 03) 71-315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2001 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.